april

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 27. 3. 75/Nr. 4

3,00 DM

C22160E

Lire 850
Holland hfl 3,80
Schweiz sfr 3,80
Österreich S 25,–

Auf dem Weg zum Polizei-Staat:

Wann brennt der Bundestag?

Konkret-Poster:

Solidarität mit Staeck

Martin Walser:

Heimweh nach Amerika

NEU:

Rasierklinge

Almeyda ⊛ Matthöfer ⊛ Hansen ⊛ Buchholz
Peggy Parnass ⊛ Hoier ⊛ Strasser ⊛ Blüm
Tomayer ⊛ v. d. Grün

Chile: Die 20 Foltern der Junta

in konkret April 1975

Radikalauer von Winfried Thomsen

konkret intern

Eine glaubliche Geschichte von Hermann L. Gremliza

Polizei vor Recht von Jürgen Saupe

Widerstand jetzt! von Karl-Heinz Hansen

Lieber Strauß als Schmidt von Hans Matthöfer
Warum Sektierer meinen: „Je schlimmer, desto besser"

Volksherrschaft gegen das Volk von Martin Buchholz
Über die Heuchel-Parole „Solidarität der Demokraten"

Protest Geflüster von Christel Buschmann

Richter Graue von Peggy Parnass
Ein Prozeß, der nicht stattfand, ein Angeklagter, der anklagt, ein Anwalt, der Richter war, und ein Richter, den es wirklich gibt

Bewegung 1. Advent von Horst Tomayer

Jusos ohne Ende? von Johano Strasser
Johano Strasser, 35, mußte aus Altersgründen aus dem Juso-Bundesvorstand ausscheiden. Für KONKRET beschreibt er seine Erfahrungen

"Schlechter als die CSU" von Siegmar Geiselberger
Siegmar Geiselberger, Stadtrat in München und jahrelang Symbolfigur im Kampf der Parteilinken gegen den CSU-Kurs des bayrischen Landesvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, ist aus der SPD ausgetreten. Schon vor den bayrischen Landtagswahlen hatte er den Satz geprägt: „Es ist mir scheißegal, ob die SPD die Mehrheit hat, wenn sie CSU-Politik machat" (bayrischer Konjunktiv).

Jusos auf dem Shadok-Trip von Bodo Zeuner

Das große Arbeits-Los von Wulf Beleites
Wulf Beleites erlebte, wie man das Vertrauen eines Bürgers in den Sozialstaat zerstört

Zufälle

Authentische Befreiung von Norbert Blüm
Norbert Blüm berichtet aus Südamerika:

Die traurige Wissenschaft
KONKRET-Serie Student '75, 3. Teil: Lernen und Forschen - was, wie und für wen?

Der Fall Sastre von Rosemarie Bollinger
Über Francos letzte Rache

Hoffnungen + Fehler von Clodomiro Almeyda
Interview mit Clodomiro Almeyda: Stürzt die Junta noch in diesem Jahr?Clodomiro Almeyda, 52, Rechtsanwalt, Professor für Philosophie und seit über zwanzig Jahren

Chef der Sozialistischen Partei Chiles, war Außenminister der Volksfront-Regierung Salvador Allende. Am 11. September 1973 wurde er von den Putschisten im Regierungspalast „Moneda" festgenommen und auf die KZ-Insel Dawson deportiert. Später brachte man ihn in die Luftwaffen-Akademie nach Santiago, unterwarf ihn zahlreichen Torturen und klagte ihn des Mißbrauchs öffentlicher Gelder und des Waffenschmuggels an. Auf Intervention der Bundesregierung wurde Almeyda im Januar freigelassen. Da Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) Almeyda als Gefahr für die freiheitlich-demokratische Ordnung nicht -wie vorgesehen - in seinem Ländle wohnen lassen wollte, ging der Chilene nach Rumänien ins Exil.

Chile nach dem Putsch - 2. Folge
KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

Manger Ware von Winfried Thomsen
Über Schwierigkeiten mit der Satire

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Was ist so sexy am Faschismus? von Hartmut Schulze
Plädoyer, einen Film zu verbieten

Meine Lektüre von Max von der Grün
KONKRET-Buchkolumne: Autoren schreiben über ihren eigenen Lesekonsum. Diesmal der Arbeiter-Schriftsteller Max von der Grün

Heimweh nach Amerika von Martin Walser
Versuch, ein Gefühl zu verstehen

Cash and carry von Tom Appleton
Wie man aus den fixen Werten von gestern die fixen Ideen von heute machtÜber Country & Western Musik

IG Druck und Papier-Tiger von Yaak Karsunke
Über den Fall Siemens/Delius:

Am laufenden Band von Mario Angelo, Henryk M. Broder, Frank Grützbach

Post

Rasierklinge von Heiner H. Hoier, Detlef Michelers

Konkret 04/75, S. 2

Winfried Thomsen

Radikalauer

Dieser Professor Carstens wirkt so ungeheuer einschläfernd - ist das nun Euthanasie?

Friedrich Zimmermann/ CDU - auch als Old Schwurhand bekannt - hat einen Eid auf die Verfassung abgelegt.

Der Bundestag wurde mit großer Mehrheit endgültig verabschiedet.

Nachdem die Demokratisierung der Bundeswehr mit der Taufe einer Fritz-Erler-Kaserne weitere Fortschritte gemacht hat, warten wir jetzt auf den Zerstörer „August Bebel".

Es liegt was in der Luft, ein ganz besonderer Duft: es riecht nach Reichstagsbrand.

Das Erfolgsrezept: Senil plus debil gleich Kanzlerkandidat:

Wegen ihrer sinkenden Steuereinnahmen will die Kirche jetzt Werbung auf den Talaren zulassen.

Ich höre immer Klagen über die Bandenwerbung in den Sportstadien. Welche Banden werben da eigentlich?

Wußten Sie schon; daß die CDU/CSU sich in der innenpolitischen Auseinandersetzung bisher noch vornehm zurückgehalten hat?

Die SPD ist wie ein Eunuch: sie weiß zwar noch ungefähr wie, kann aber nicht.

Die CDU weiß, genau, wann die Unternehmer wieder Lust haben werden zu investieren und Arbeiter einzustellen. Sie weiß das bestimmt nicht von den Gewerkschaften. Woher also weiß sie es?

Wer macht diesen Kohl eigentlich so fett?

Konkret 04/75, S. 2

konkret intern

Am 23. Februar hatten wir uns entschlossen, auf den KONKRET-Titel im April das Thema "Demontage des Rechtsstaats" zu setzen. Am 25. Februar hatte Winfried Thomsen seine Radikalauen abgeliefert - darunter diesen: "Es liegt was in der Luft, ein ganz besondrer Duft: Es riecht nach Reichstagsbrand." Am 27. Februar wurde Peter Lorenz entführt. Am 5. März wurde Westberlin, wie Hans Habe beobachtete, wieder "Frontstadt". 6000 Polizisten zogen los, verhafteten 160 Menschen, drangen mit Schweißbrennern und Vorschlaghämmern in Wohnungen ein, zerstörten Spiegel, Waschmaschinen und sonstiges Mobiliar. Der Sheriff, nach dem Herbert Kremp in der "Welt" gerufen hatte, war am Werk. In Bonn machten sich die Polizeistaats-Anwälte aus CDU und CSU daran, die Bürgerrechte weiter auszuhöhlen. Warnungen, wie die des Sozialdemokraten Gerhard Jahn, das bestehende Recht biete "jede Möglichkeit zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten", blieben isoliert. Der Fall Lorenz soll dazu herhalten, sozialistische Positionen zu kriminalisieren, Gesetze gegen "Extremisten" zu machen - unter diesem Begriff werden Anarchisten und Bankräuber mit Jusos, anderen Sozialisten und DKP-Leuten zu einer Bande zusammengefaßt. Andere Demokraten werden mit der Vokabel "Sympathisantenfeld" gleich dazugeschlagen. So will der CDU-Abgeordnete Gersten gegen das "Vorfeld" und Leute wie "Adorno, Mitscherlich und Böll" tätig werden (wobei er mit dem Paragraphen gegen Leichenschändung in Konflikt kommen könnte). Auch KONKRET, das mit den Anarchisten weniger zu tun hat als etwa Alfred Dregger (dem sie immerhin Schützenhilfe leisten), gehört natürlich zu diesem "Vorfeld" oder gar zu den Baader-Meinhof-Sympathisanten, wie es kürzlich wieder in der "Welt" hieß. Da hinter bundesdeutschen Richtertischen Geeichter wie das des "Welt"-Autors Armin Mohler (der war's) nicht selten sind, verfolgen wir auch ein eigenes Interesse, wenn wir die Demokraten dieses Landes auffordern, den Reichstagsbrand-Schatzern Einhalt zu gebieten.

Konkret 04/75, S. 5

Hermann L. Gremliza

Eine glaubliche Geschichte

Ende Januar 1975 fährt ein Freund von mir, der Jurist M., mit einem Bekannten auf der Autobahn Kiel-Hamburg in Richtung Süden. Hinter ihm ein weißer BMW, der zweimal überholt und sich dann wieder zurückfallen läßt. Das Typenschild - vermutlich 2002 - ist entfernt, im Wagen sitzen zwei Zivilisten, auf dem Kofferraum-Deckel ist eine merkwürdig geformte Antenne installiert.

Kurz vor einem Parkplatz überholt der BMW, der Beifahrer winkt mit einer Polizeikelle „Halt".

Auf dem Parkplatz kurbelt mein Freund das Fenster runter: „Ja, bitte?" Die BMW-Besatzung: „Ihre Papiere!" Werden gezeigt: „Sind wir zu schnell gefahren? Oder was?" Antwort: „Sie sind vorläufig festgenommen."

„Warum?"

„Das brauchen wir ihnen jetzt nicht zu sagen."

„Das sollten Sie aber. Ich bin Jurist."

„Sie können sich ja später beschweren."

„Können Sie sich als Polizei ausweisen?" Die beiden zeigen kurz ihre Marke und stecken sie wieder weg. „Folgen Sie uns!"

Die BMW-Mannschaft steigt ein, mein Freund darf in seinem Auto hinterherfahren - runter von der Autobahn, in die nächste Kleinstadt, vor eine Polizeistation. Drinnen werden die beiden Zivil-Beamten begrüßt, nicht mit Namen, aber mit Hallo. Sie wurden offenbar erwartet. Mein Freund und sein Begleiter werden getrennt, mit beiden geht je ein Zivilbeamter in einen anderen Raum.

Die Personalien werden aufgenommen, der Personalausweis wird vorgelegt.

„Was haben Sie in Kiel gemacht?"

„Ich war beruflich dort."

„Nochmal: Was haben Sie in Kiel gemacht?"

„Sie können mich fragen, was Sie wollen, Sie erfahren nichts. Sie müssen mich in 24 Stunden einem Haftrichter vorführen, bis dahin sage ich nichts. Was soll das ganze eigentlich?"

„Darüber darf ich nichts sagen."

„Wie heißen Sie? Was ist Ihre Dienstnummer?"

„Sag ich Ihnen nicht. Sie können sich ja beschweren. Gehen wir doch mal rüber."

Zurück ins Wachlokal, dort sitzen drei uniformierte Beamte. Der Zivile: „Da kommen wir nicht weiter, aus dem krieg ich nichts raus."

Mein Freund: „Erstens möchte ich wissen, wo mein Begleiter ist, und zweitens möchte ich jetzt gerne nach Hause. Ich halte diese Festnahme für widerrechtlich und ein weiteres Festhalten für Freiheitsberaubung im Amt."

Da baut sich ein Uniformierter vor ihm auf: „Du hälst uns wohl für Bullen?"

„Sie sagen das Wort Bullen, nicht ich."

„Auch Scheißbullen, nicht?"

„Wenn Sie mir's so in den Mund legen: Ihr seid Scheißbullen."

„So, dann paß mal auf, jetzt zeigen wir Dir mal, daß wir Bullen sind." Der Uniformierte nimmt seine Mütze ab, legt sie auf die Barriere: „Ich schlage jetzt so zu, daß nachher kein Arzt was feststellen kann." Zwei Beamte packen meinen Freund von hinten, drücken seine Arme auf den Rücken. Der Redner schlägt zu, vier oder fünf mal, immer oberhalb des Magens, auf den Solar plexus.

Mein Freund sackt nach vorne, die Polizisten lassen ihn los. „Das hast Du nun davon."

Nach fünfzehn Minuten kommt sein Begleiter aus dem anderen Raum. Als er meinen Freund so sieht, fragt er: „Was ist denn hier passiert?"

„Erzähl' ich Dir später."

„Was haben Sie jetzt mit uns vor?"

„Sie können nach Hause fahren. Der Wagen bleibt aber hier."

„Warum?"

„Vorläufig beschlagnahmt."

Hier endet die Geschichte. Ich erzähle sie nicht, weil sie wahr ist. (Das ist sie.) Ich erzähle sie nicht, weil sie beweisbar ist. (Das ist sie nicht.) Ich erzähle sie, weil ich weiß, daß sie wahr und nicht beweisbar ist.

Seit ich Journalist bin, und das sind nun neun Jahre, quält mich das: Immer wieder kommen Menschen zu mir, die davon berichten, daß sie in Haftanstalten oder auf Polizeiwachen mißhandelt wurden. Nie hatten sie einen Zeugen, immer waren nur Beamte dabei. Meist waren es Leute, die man uns als „Asoziale" zu sehen gewöhnt hat. Sie artikulierten sich schlecht, widersprachen sich auch, waren nervös, oft psychisch gestört. Soziologen sprechen von „Randgruppen".

Oder es waren Leute, die dem B & M-Verein nahestanden. Da wußte man nie, ob man nicht angelogen wurde. Wie oft, vor allem in der Anfangszeit der gewalttätigen Apo-Fraktion, wurden die Fairness und Gutwilligkeit linker oder linksliberaler Journalisten, die in bürgerlichen Redaktionen saßen, mit Vorsatz mißbraucht. Wer auf drei oder vier Schauermärchen hereingefallen war, glaubte schließlich gar nichts mehr. Was die RAFkes da angerichtet haben - an Zerstörung von Sensibilität für Unrechtshandlungen des Staatsapparats -ist in vielen Jahren nicht wieder herzustellen.

Mein Freund M. ist weder Mitglied noch Sympathisant einer gewalttätigen Gruppe. Im Gegenteil: Er ist ein kämpferischer und erbitterter Gegner dieses Revoluzzertums. Er ist auch kein Randgruppen-Vertreter, sondern Mitglied eines Berufsstandes, der einiges gesellschaftliche Ansehen genießt. Solange ich ihn kenne, bewundere ich seine Art, durch allzu detaillierte Ehrlichkeit die Pointen seiner Erzählungen zu vermasseln. Ich weiß, daß ich ihm jedes Wort glauben kann.

Hätte KONKRET mehr Geld, hätte ich diese Geschichte mit dem vollen Namen meines Freundes und der Adresse der Polizeistation versehen. Die Folgen wären vorhersehbar gewesen: Anzeige wegen Verleumdung, Prozeß, vierfacher Beamten-Meineid, hohe Geldstrafe, Eintragung ins Strafregister, Gerichts- und Anwaltskosten. Und natürlich eine -damit's nicht so komisch aussieht: rückdatierte - Anzeige gegen meinen Freund wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung, Körperverletzung, Prozeß, vierfacher Beamten-Meineid und so weiter, siehe oben.

Ich bin, wie gesagt, seit neun Jahren Journalist. Zuerst - fast fünf Jahre lang - beim „Spiegel", danach bei KONKRET. Natürlich habe ich unter den Kollegen bei bürgerlichen Blättern viele Gegner, politische vorwiegend, aber auch persönliche. Doch keiner von ihnen hat mir je vorgeworfen, journalistisch nicht sauber zu arbeiten. Gut, man verwechselt mal ein Zitat, irrt sich in einer Zahl, das ist Berufsrisiko (und manchmal Schlamperei). Aber ich schreibe nicht leichtgläubig was hin und ich erfinde nichts.

Ich muß das so ausführlich sagen, weil es die Voraussetzung für diesen Wunsch ist:

Ich bitte, mir die Geschichte von meinem Freund M. zu glauben.

Konkret 04/75, S. 6

Jürgen Saupe

Polizei vor Recht

„Die Anarchisten sind nicht die Gefahr, die uns bedroht"

Franz Josef Strauß

Strauß hat recht. Wer die Demokratie, den Rechtsstaat und die Freiheiten der Bürger beseitigen will, braucht mehr als ein paar Waffen und ein sicheres Versteck. Er braucht eine politische Basis in der Bevölkerung, er muß Recht setzen, ändern und manipulieren können, hinter ihm müssen Polizei, Justiz, Verwaltung und Militär stehen. Und er bedarf eines Propaganda-Apparats, der dem Volk alle Unrechts-Taten als Recht verkauft.

Das alles können weder die Anarchisten von der „Bewegung 2. Juni", noch die „Rote Armee Fraktion", noch die anderen Bankräuber-Gruppen.

Der Aufwand, der nötig ist, einen Rechtsstaat aus den Angeln zu heben, wird dennoch getrieben. Mittlerweile bis zu dem Punkt, wo ein Ordinarius für Völkerrecht an einer westdeutschen Universität (Thomas Oppermann, Tübingen) die „Bereitschaft" verlangt, „heilige Kühe des Grundgesetzes zu schlachten" und sich daran zu erinnern, „daß das deutsche Volk mit fester Hand regiert zu werden wünscht".

Wozu der Aufwand, wenn die paar Dutzend Anarchisten „nicht die Gefahr" sind, „die uns bedroht"?

Es gibt eine Zielgruppe, deren Größe den Aufwand rechtfertigt. Springer-Autor Hans Habe („Die faule Gewohnheits-Terminologie von den ‚Anarchisten` ist . . . nicht mehr an den Mann zu bringen") hat die Mitglieder der Gruppe aufgezählt: „Gustav Heinemann", „Heinrich Böll, Deutschlands unglücklichster Nobelpreisträger", „Linksextremisten", „Jusos", „Kommunisten". Dazu kommen alle, die mit dieser Gruppe sympathisieren: Sozialisten, Linksliberale, Gewerkschafter, linke Sozialdemokraten, DKP-Leute oder - wie es bei Springer heißt - „Kommunisten aller Art".

Gegen sie alle wird seit Jahren Recht geändert und manipuliert (und manche von ihnen haben dabei sogar mitgewirkt). Das läßt sich beweisen.

Es begann mit den Notstandsgesetzen. Exemplarischer Fall: Die Beseitigung des grundgesetzlich garantierten Fernmeldegeheimnisses. (Daß dies nichts zur Beobachtung von Gewalttätern beiträgt, die sich nicht abhören lassen, hat der Fall Lorenz gezeigt.) Damals versperrte die Große Koalition erstmals dem Bürger die Anrufung von Gerichten gegen einen Verwaltungsakt. Die CDU-Mehrheit des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts sanktionierte die Bonner Meinung und brach damit den „Schlußstein im Gewölbe des Rechtsstaates" heraus, wie Professor Richard Thoma Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes nannte, in dem es heißt: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen."

An diesem 15. Dezember 1970, an dem das Verfassungsgericht einen Kernpunkt der Verfassung preisgab, wurde gleich ein Kurswechsel sichtbar: Die Staatsobrigkeit erhielt Vorrang vor dem Bürger und seinen Rechten. Und erstmals bewährte sich die dritte Gewalt als Partei, als letzte, ultimate Waffe der Reaktion.

Das wurde inzwischen ausgebaut. Das Bundesverfassungsgericht mit seinen beiden parteilich besetzten Senaten hat sich Gesetzgebungskompetenzen angeeignet (und bei seinen Entscheidungen über den Grundlagenvertrag mit der DDR und über den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches durchgesetzt), die die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik durchlöchert haben. Aber warum sollte auch ein eigens von Ex-Nazi und Ex-Repetitor Kurt-Georg Kiesinger (CDU) vor der Ernennung zum Bundesinnenminister über seine Rechtskenntnisse examinierter Berliner Anwalt namens Ernst Benda (CDU) sich vom Polizeiminister nur dadurch zum Träger einer dritten Gewalt wandeln, daß er eine rote Robe überzog.

Was das oberste Gericht der Bundesrepublik trieb, machte Schule: Rechtsstrapazierung, um Euthanasie-Ärzte der Nazi-Zeit zu decken; Rechtsstreckung, um einen Studenten zu bestrafen, der sein Bürgerrecht wahrnahm. Zwei Beispiele für viele.

Der Bundesgerichtshof billigt am 20. März 1974 ein Frankfurter Urteil gegen den praktischen Arzt Kurt Werner Borm, der freigesprochen worden war von der Beihilfe zum Mord in immerhin 6652 Fällen. Borm hatte im Dritten Reich über Monate hinweg als Arzt in zwei Tötungsanstalten Geisteskranke identifiziert und sie - bevor sie vergast wurden - nach glaubwürdigen Todesursachen untersucht. Anschließend schrieb er - unter falschem Namen - an die Angehörigen der Toten gefälschte Berichte über den Grund des Ablebens. Objektiv, so der Bundesgerichtshof, war das Beihilfe zum Mord. Doch die subjektive Schuld des Arztes sei nicht erwiesen. Ihm sei nicht nachzuweisen, daß er von der heimtückischen

Tötungsweise - Kohlenmonoxyd im Duschraum -Kenntnis gehabt habe. Was muß das für ein Arzt sein, der in 6652 Fällen Kondolenzschreiben verschickt und dabei nicht weiß und auch nicht wissen will, wie die vorher ja von ihm noch lebend untersuchten, nun toten Geisteskranken ums Leben kamen. Ein Urteil im Namen des Volkes mit dem Aktenzeichen: 2 StR 589/72. Rechtskräftig.

Das andere Beispiel: Bei einer genehmigten und ruhig verlaufenen Demonstration in Tübingen gegen eine Novellierung des Landeshochschulgesetzes entdeckten einige Demonstranten einen Mann, der sie aus einem Haus heraus mit Teleobjektiv fotografierte. Sie stürmten in das Haus, der Mann hatte inzwischen die Kamera samt Film in einem Aktenkoffer verstaut, und der nun Angeklagte schnappte sich den Koffer und verschwand damit. Das brachte ihm eine Anzeige wegen Raub ein.

Das Landgericht Tübingen bescheinigte dem Polizisten (als solcher stellte sich der Fotograf heraus), er habe rechtswidrig fotografiert, und dem Studenten, er habe das Recht gehabt, den Aktenkoffer wegzunehmen. Auch habe keine Verpflichtung bestanden, die Sachen zurückzubringen. Da aber der Kofferinhalt auf einem Flugblatt abgebildet wurde, war das für das Gericht eine „Benützung". Konsequenz: Der Student habe eine Unterschlagung begangen. Urteil: 3000 Mark Geldstrafe, abzüglich 460 Mark durch U-Haft verbüßt. Ebenfalls im Namen des Volkes unter Aktenzeichen III/Kls 5/73.

Daß gegen Gesetze verstoßen wird -vom Mord bis zum Ladendiebstahl -ist normal und gefährdet keinen Rechtsstaat. Daß aber die Organe der Rechtspflege mit Winkelzügen Recht sprechen oder gar Recht setzen, das macht den Rechtsstaat kaputt. Der Bürger glaubt, es sei Recht, was hier gesprochen wird. Und er verliert das Rechtsempfinden.

Das wird exemplarisch in unserem Land, wenn es um Minderheiten geht, denen die Bürger mit Vorurteilen begegnen. Wieder zwei Beispiele:

In der Nähe von München erschießt ein Bauer eine hochschwangere Zigeunerin. Er hatte sie in seinem Hause angetroffen und sie für eine Diebin gehalten. Als er in Haft genommen wird, reagieren die Gemeinde, aus der er stammt, und der Landrat des Kreises mit Agitationen gegen die Zigeuner und für den Todesschützen. Man sammelt für die Familie des Bauern, nicht für die Kinder der Toten.

Das zweite Beispiel: Bei einer Polizeiaktion gegen ein Kloster der Hare Krishna-Jünger bei Frankfurt nimmt die Polizei Dutzende von Mitgliedern dieser Glaubensgemeinschaft fest. Man entdeckt zwei Waffen und eine sechsstellige Geldsumme. Selbst liberale Zeitungen berichten wohlmeinend über die Polizeiaktion. Niemand protestiert gegen die Unverhältnismäßigkeit der Mittel, und niemand kommt auf die Idee, allein der Besitz eines größeren Geldbetrages und zweier Pistolen könne wohl unter normalen Maßstäben einen solchen Einsatz nicht rechtfertigen. Gleiche Geldsummen sind mit Sicherheit in katholischen Klöstern Bayerns zu finden, die Waffen sehr wahrscheinlich auch.

Schon ist die Reizschwelle so hoch, daß der Bürger sich nicht mehr über solche Aktionen empört. Schon reagieren Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen immer seltener auf exzessive Staatseingriffe, auf Verletzungen von Bürgerrechten. Die Öffentlichkeit hat sich an derlei gewöhnt.

Das kommt nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis systematischer Arbeit einer Koalition, deren Mitglieder zu hören schon weit unterhalb der Reizschwelle auch aufgeklärter und geneigter Leser liegt. Man mag sie bald nicht mehr nennen, diese Front von Strauß und Stücklen, Kohl und Carstens, Dregger und Stoltenberg, Schleyer und Amerongen, Kremp und Löwenthal, Springer und Bauer. Und je nach Bedarf und Kurzsichtigkeit reihen sich Sozialdemokraten und Liberale in diese Front mit ein. Selbst die Gewerkschaften lassen sich dazu verleiten, gelegentlich aufs falsche Blech zu trommeln, weil sie offenbar nicht glauben wollen, was sie fast täglich lesen können.

Was heißt es denn, wenn der CDU-Politiker Alfred Dregger den „Schutz vor Radikalen und Verbrechern" fordert. Das heißt, daß Radikale und Verbrecher in gleicher Weise bekämpft werden sollen. Und Radikale, das sind die, von denen der Radikalen-Erlaß spricht, den ausgerechnet der Sozialdemokrat Willy Brandt mit den Ministerpräsidenten der Länder zusammen ausgetüftelt hat. Nach gängiger Verwaltungspraxis sind es Linke (ganz selten auch mal Rechte, die sich das Singen des Horst-Wessel-Liedes nicht abgewöhnen können).

Bisher dürfen diese Linken, und dazu zählen längst auch Sozialdemokraten, nicht im öffentlichen Dienst tätig werden. Noch ist das „nur" ein Berufsverbot. Nur. Doch wenn Dregger zum Schutz vor Radikalen aufruft, dann wird das wohl bald Knast heißen.

Was heißt es denn, wenn „Welt"-Chefredakteur Herbert Kremp im Anschluß an die Lorenz-Entführung nach dem Sheriff ruft. Sheriff, das heißt ja wohl Colt am Gürtel und „High Noon". Wenn dann zum Colt noch Schulterriemen und Schwarzhemd kommen . . .

Was heißt es denn, wenn das Dregger-Sprachrohr Kremp fordert: „Dieser Staat muß gehärtet werden . . . Gekommen ist das Ende der Lauheit; das Ende der laschen Liberalität." „Härten", das hieß mal „Stahlbad" und „Gelobt sei, was hart macht".

Lauheit, diese Vokabel mußten die „Memmen" bei der Hitler-Jugend hören, wenn man ihnen mal eben so zum Hartwerden eine Holzhandgranate in den Bauch geworfen hatte. Und: „Lasche Liberalität." Das stabreimt im besten Promi-Stil. Ende der Liberalität, das heißt auf deutsch: Ende der Freiheit.

Und auf wessen Konto diese Herren ihre Vorwürfe als Belastung gebucht sehen möchten, daran läßt der NS-Kriegsrichter und CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, keinen Zweifel. Er schwätzt von einem „Sympathie-Dunstkreis seit 1969, aus dem heraus die Terroristen ihre Aktivitäten erst entfalten konnten." Seit 1969 gibt es in Bonn die sozial-liberale Koalition. Von der Denunziation bis zur Anschuldigung und dann zur Anklage sind es nur ganz kleine Schritte.

Was die ganze Agitation eigentlich soll, das hat ein kleines Licht der CDU erhellt: Der Mainzer Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster. Sein Beitrag zum „Vorfeld" der Berliner Terroristen: „Da wäre leider Gottes eine ganze Reihe von Schriftstellern zu nennen. Mitscherlich, Adorno, Böll, die müssen wir in die Schranken weisen."

Kurzum, Autoren wie die, deren Bücher 1933 verbrannt wurden. Da ist der engagierte Christ - Heinrich Böll. Der liberale Aufklärer - Alexander Mitscherlich. Und der sozialkritische Humanist - Theodor Adorno. Vor Gerster hießen die drei: Förster, Hirschfeld, Tucholsky.

Zu diesem Klima paßt es, wenn CDU-Dregger und CSU-Jäger über die Einführung der Todesstrafe räsonieren und wenn der Fernsehfahnder Eduard Zimmermann erklärt, man solle Untergrundgruppen „mit dem Ausnahmerecht des Krieges" bekämpfen, den Baader-Meinhof-Prozeß aussetzen und die inhaftierten Terroristen als „besonders gefährliche kriegsgefangene Partisanen" behandeln. Und schließlich: „Wer mit der Waffe angetroffen wird, soll standrechtlich erschossen werden können." Aber Zimmermann darf in öffentlichrechtlichen Anstalten auftreten. Wer den Rechtsstaat abschaffen will, dem droht kein Berufsverbot.

Nur muß einen das nicht wundern, wenn sogar der Bundesjustizminister, Hans-Jochen Vogel (SPD), in einem SPIEGEL-Interview das Grundrecht auf Leben hinter den staatlichen Strafanspruch einreiht. Dieses sagte er natürlich nicht zum Fall Lorenz, sondern zum Tod von Holger Meins.

Verbale Ausfälle und noch so krauses Lautdenken allein sind keine akute Gefahr für eine Rechtsordnung. Das gilt auch für die in Wort und Schrift verbreiteten Erklärungen der Rechtsfront. Aber es ist ja nicht bei diesen Kraftmeiereien geblieben. Im Sturm auf den Rechtsstaat sind die Staatsorgane mehr und mehr aus dem Ruder gelaufen.

In München sind allein innerhalb weniger Monate von eilfertig schießenden Polizisten vier Menschen getötet worden, deren Unrecht gering oder gleich Null war. Die Polizisten sind alle auf freiem Fuß und eine Verurteilung ist nicht zu erwarten. Schließlich hat das Amtsgericht München den Polizisten Presse aus der Haft entlassen, der einen 18jährigen Schwarzfahrer im Auto mit zwei Schüssen getötet hat. Der Standpunkt des Gerichts: Tötungsvorsatz ist nicht nachweisbar.

In Nordrhein-Westfalen sind allein im letzten Jahr drei Fälle aktenkundig geworden, wo Bürger von Polizisten schwer mißhandelt wurden.

Ist das der gehärtete Staat, von dem Kremp schreibt? Ist es hart genug, wenn es immer wieder in Polizeiberichten heißt: Auf der Flucht erschossen?

Härte nach diesem Geschmack wird es wohl auch gewesen sein, was vier Mannheimer Strafvollzugsbeamte im Dezember letzten Jahres vor den Kadi brachte. Sie hatten mit Faust und Gummiknüppel für „Sicherheit und Ordnung" gesorgt. Hart waren auch die drei anderen Mannheimer Beamten, die den Untersuchungshäftling Hans-Peter Vast bewußtlos schlugen, ihn dann unter das Bett schoben, wo er erstickte.

Tote im Mannheimer Knast, im Kölner Klingelpütz, in der Hamburger Glocke. Die Reihe läßt sich fortsetzen. Immer gleich ist die Handlungsweise der Beamten, immer gleich sind die Vertuschungsmanöver der Anstaltsärzte, immer gleich auch die Schwierigkeiten der Anwälte, die malträtierte Inhaftierte gegen ihre Peiniger vor Gericht vertreten.

Bürger werden in der Haft geschunden, geschlagen, unmenschlich behandelt. Schlimm genug, wenn es sich bei den Tätern um subalterne Beamte handelt, die mit ihren Aggressionen nicht fertig werden. Schlimmer jedoch ist es, wenn führende Politiker und der Gesetzgeber selbst dem Bürger in der Ausnahmesituation der Haft die Rechte beschneiden oder verletzen.

Im Dunstkreis der BM-Panikmache ist die Isolationshaft, die **Folter bedeutet,** in diesem Staat rechtens geworden. Schon nehmen es Bundesregierung und niedersächsische Landesregierung teilnahmslos hin, wenn im Falle Augustin eine unabhängige niederländische Kommission die Haftumstände verurteilt. Elementare Verteidigungsrechte, wie das ungestörte

Gespräch mit dem Mandanten, sind beschnitten. Die Zahl der Wahlverteidiger ist beschränkt. Die Öffentlichkeit der Prozesse ist nicht mehr gewährleistet.

Ein Prozeß, in dem sich Heinrich Böll, der einzige lebende Literatur-Nobelpreisträger unseres Landes, gegen politische Verleumdungen zur Wehr setzen muß, wird in einem Gerichtssaal mit 16 Zuhörerplätzen verlegt. Wenn es einem vorsitzenden Richter - wie im Hamburger Strate-Prozeß - ins Konzept paßt, wird der Saal schnell mit „Kriminalstudenten" gefüllt und die interessierte Öffentlichkeit muß draußen bleiben.

Die Proteste der liberalen Presse gegen solche Praktiken sind längst verstummt. Nur gelegentlich erhebt sich eine Stimme, wie die von Gerhard Mauz. Kein Wunder, dieses Schweigen im Blätterwald, wenn man weiß, wie es in Pressehäusern aussieht. Systematisch wird eingeschüchtert, wer seine Arbeitsrechte wahrnimmt; wird gefeuert, wer nicht kuscht. Heinrich Bauers „Quick" kündigt ohne jede vorherige Warnung einen seit Jahren beschäftigten Redakteur wegen dessen politischer Meinung. Die anderen machen's noch verdeckt, doch im Prinzip genauso.

Längst haben es sich Beamte abgewöhnt, zu demonstrieren oder zu protestieren. Nicht nur in Tübingen werden genehmigte Demonstrationen illegal fotografiert und die Demonstranten identifiziert, damit die Staatsschutzkarteien wachsen. Selbst Leser-Briefe in Zeitungen sind gefährlich. Münchens Polizeipräsident Schreiber benützt seine amtlichen Möglichkeiten, um hinter die Identität von Leserbriefschreibern zu kommen.

Um Kritiker auszumachen, dazu funktioniert der Polizeiapparat. Er funktioniert auch, wenn leicht außerhalb der Legalität Polizisten eines Bundeslandes in einem anderen tätig werden. 1969 gab es im Bundeskriminalamt 933 Planstellen. Schon im März 1974 sind daraus 2101 geworden. Der Etat des Amtes kletterte von 1969 bis 1973 von 22,4 auf 122 Millionen Mark.

Der Polizeiapparat etabliert sich, der Rechtsstaat ist auf dem Weg zum Polizeistaat. Die Mobilen Einsatzkommandos (MEK) sind ein Beleg dafür. Der Bundesgrenzschutz ist längst zur Bundespolizei aufgestiegen. Verkehrspolizisten mit Maschinenpistole sind ein gewohnter Anblick. Richter auf Schießübungen, Waffenscheine für Bundestagsabgeordnete, Knarren für ZDF-Moderatoren sind alltäglich.

Und der Gesetzgeber zieht nach. Bundesregierung und Opposition wollen gemeinsam das Strafrecht ändern und die Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellen. Wer künftig Schriften verbreitet, die bestimmt und nach den Umständen geeignet sind, die Bereitschaft zu Gewalt zu fördern, soll bestraft werden. Was Bundesrichter, die so fein zwischen subjektiver und objektiver Schuld wie im Falle des Euthanasie-Arztes Borm zu unterscheiden vermögen, aus einem solchen Gesetz machen können, kann man sich denken.

1949 wurde die Darstellung von NS-Kennzeichen verboten. Das war ein Gesetz gegen Faschisten. Heute werden nach diesem Gesetz antifaschistische Künstler bestraft, die vor einem neuen. Faschismus warnen wollen und dabei NS-Insignien etwa in Karikaturen verwenden.

Der Polizeistaat präpariert sein Handwerkszeug. Und Willy Brandt meint: „Wir werden die Freiheit dieses Staates kraftvoll verteidigen, aber verteidigen Sie die freiheitliche Substanz, als ob es um Ihren Kopf ginge." Als ob der Mann was ahnt.

Konkret 04/75, S. 8

Karl-Heinz Hansen

Widerstand jetzt!

„Ich bin gegen geordnete Zustände in einem Schweinestall", schrieb Bett Brecht in seinen „Flüchtlingsgesprächen" auf der Flucht vor Hitlers Schergen, ohne zu ahnen, daß Franz-Josef Strauß im Jahre 1975 in Passau die Bundesrepublik einen „Saustall" nennen würde. Noch weniger konnte er voraussehen, daß zusammen mit den Schlagzeilen über die Entführung eines Berliner CDU-Politikers durch anarchistische Polit-Terroristen in Zeitungen des Jahres 1975 zu lesen war: „Strauß erscheint fortan als potentieller Bundeskanzler" („Les Echos") und „Kanzleraussichten für Strauß günstig" („L'Aurore").

Gleichzeitig denunzierten die geistigen Komplizen des Terrorismus in den Redaktionsstuben von „Welt" und „Bild" mit Schaum vor dem Mund die „übertriebene Liberalität der inneren Ordnung" der Bundesrepublik. Scheinheilig beschwören Rechtsfanatiker die „Solidarität der Demokraten", wenn sie Zeter und Mordio über den „inneren Zustand des Staates" schreien. Ein schleichender Verfassungswandel bahnt sich an, dem vom „gesunden Volksempfinden" herbeigesehnten starken Mann den Weg zu ebnen. Der Übergang zum virulenten Faschismus war noch stets mit heuchlerischen Parolen vom inneren Notstand, von mangelnder Ordnung und Sicherheit begleitet.

Oder was bedeutet der Ruf aus dem Lager der CDU/CSU nach „sicherheitspolitischer Umkehr" sonst?

Umkehr wohin? Zurück zu den Zeiten des Herrn Erhard, der freiheitlichen Demokraten die Zwangsjacke der „formierten Gesellschaft" anpassen wollte? Zurück zum Verfolgungswahn des kalten Krieges, als alle, die den kategorischen Imperativ des Grundgesetzes zum sozialen Bundesstaat ernstnahmen und individuelle Freiheit durch mehr soziale Gerechtigkeit ergänzen wollten, von herrschenden Christdemokraten als Bolschewistenknechte diffamiert wurden („Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau - darum CDU" - Wahlplakat der CDU im Jahre 1952)? Zurück zu den Anfängen der Bundesrepublik, als die Globkes, Vialons und Oberländers ihre braune Vergangenheit als Ingenieure der schwarzen Macht Adenauers bewältigten? Oder gar zurück bis zur Ordnung des Friedhofes und des Köpfens? Wie sonst soll man den Ruf der Politchristen Dr. Jaeger und Dr. Dregger nach Wiedereinführung der Todesstrafe verstehen, wenn sie nicht das Klima schaffen wollen, in dem der Staat unter emotionalem Beifall vieler Aufgeputschter zurückmordet?

Die Rechnung dieser schamlosen Demagogen mit der menschlichen Vergeßlichkeit darf nicht aufgehen! Erinnern wir uns, daß in jenen Tagen des braunen Terrors und der Diktatur des „starken Mannes" zu den uneingeschränkt fortdauernden „gewöhnlichen" Verbrechen von Mord und Totschlag die Kapitalverbrechen des totalen Staates, des ermächtigten Diktators und seiner willfährigen Lakaien noch hinzugefügt wurden! Erinnern wir uns, daß es zum Widerstand zu spät ist, wenn bürgerliche Schreibtischtäter mit allen Tugenden von Fleiß, Gehorsam und Pflichterfüllung dem individuellen Sadismus und Terrorismus staatliche Betätigungsgarantie organisiert und mit makabrem nationalen Phatos verbrämt haben („Meine Ehre heißt Treue").

Den Hetzereien von Kremp über Boehnisch bis Ziesel und den auf Irrationalismus setzenden Demagogen von Jaeger über Dregger bis Strauß muß jetzt und sofort jeder Widerstand leisten, der den aufklärerischen Geist einer sozialen Demokratie für verteidigungswert hält gegen den geistigen Belagerungszustand, den jene mit Ledernackensprüchen herbeischreiben und -reden möchten, um den erst seit wenigen Jahren in Gang gesetzten Prozeß der Verwirklichung einer sozialen und demokratischen Republik zu stoppen.

Wir müssen Widerstand leisten gegen eine Art von Sicherheit, die als beste Verteidigung von Demokratie und Freiheit die Einschränkung von Freiheiten propagiert. Wir müssen Widerstand leisten gegen eine Ordnung, in der ein mit den schwärzesten Affären unseres Staates verbundener Franz-Josef Strauß möglicher Kanzlerkandidat ist. Die Verteidigung eines freiheitlichen Rechtsstaates, welche nicht seine inhaltlichen Wesensmerkmale widerspiegelt, ist wie Selbstmord, um sich das Leben zu retten. Es ist höchste Zeit für alle Demokraten, die verdeckte Strategie der öffentlichen Verleumder von rechts solidarisch zu bekämpfen.

Wir wollen keine geordneten Zustände in einem Schweinestall.

Konkret 04/75, S. 11

Hans Matthöfer

Lieber Strauß als Schmidt

Warum Sektierer meinen: „Je schlimmer, desto besser"

„Herr Lorenz, morgen sind Sie Regierender Bürgermeister, und wir haben noch dazu beigetragen", das soll laut „Spiegel" ein „revolutionärer Kapuzenmann" am Berliner Wahlsonntag zu ihm gesagt haben. Objektiv ist diese durch den übergezogenen Strumpf dringende Feststellung sicher richtig. Gewiß haben die Bürger- und Millionärskinder, mit denen es Lorenz zu tun hatte, über ihren Wahlbeitrag auch noch Befriedigung empfunden. Jedenfalls sind sie gegen die SPD und sicher nicht für die Gewerkschaften. Bekanntlich...lenkt schon die Existenz dieser Organisationen und noch mehr die Mitarbeit in ihnen von revolutionärer Bewußtseinsbildung und Tätigkeit ab, unterstützt sie objektiv Parlamentarismus und Kapitalismus und dient der Erhaltung ihrer Mißstände. Diese Einstellung wird die Eltern der Entführer freuen. Wenigstens insoweit sind ihre rebellierenden Kinder nicht aus der Art geschlagen. Miese Sozis sind sie Gott sei Dank nicht geworden. Gute Manieren haben sie immer noch, und man kann sich gut mit ihnen unterhalten.

Weil sie aber nicht im Arbeitermilieu aufgewachsen sind, weil sie nie als wirkliche Arbeiter - also nicht nur vorübergehend mit der Attitüde eines Zoologen, der eine exotische Spezies studiert - im Betrieb gearbeitet haben, weil sie nie versucht haben, große Gruppen von Arbeitern zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen oder auch nur einen einzigen Arbeiter zu einem Sozialisten zu machen, deshalb werden sie nie verstehen, wie schwierig es ist, Arbeiterbewußtsein zu ändern, welche Probleme demokratische Massenorganisationen haben, warum die SPD so ist, wie sie ist, und was man tun muß, um sie und die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie arbeiten muß, zu verändern.

Diesen mangelnden Realitätsbezug teilen sie mit den anderen K-Gruppen. Ihre Propaganda kann zwar die SPD bei den Arbeitern madig machen, daß diese dann aber keineswegs - wie beabsichtigt - sozialistisches Bewußtsein bilden, sondern nach rechts abwandern, frustriert und verblüfft sie zuerst und wird schließlich zum gewünschten Ergebnis erklärt. „Je schlimmer, desto besser." Lieber Lorenz als Schütz. Lieber Strauß und Dregger als den SPD-Kanzler Helmut Schmidt. Lieber Pinochet als Allende? Spätestens hier sollte die Argumentationskette doch wohl abreißen. Spätestens hier müßte doch wohl dem verbohrtesten Sektierer klar werden, daß irgend etwas mit seinen Prämissen nicht stimmt.

Es gibt in diesem Lande noch keine bewußten linken Mehrheiten. Der Übergang zum demokratischen Sozialismus setzt aber einen Zustand voraus, den herzustellen ja eben die große Schwierigkeit ist, nämlich das Vorhandensein aktiver Mehrheiten politisch bewußter Menschen. Ihn zu erreichen verlangt ständige Anspannung aller Kräfte zur Durchsetzung von Reformen, die ihrerseits wieder die Bewußtseinsbasis für weitergehende Reformen schaffen, ständiges Erfinden neuer Durchsetzungsmethoden, ständiges Suchen nach neuen Aktionsfeldern und gesellschaftlichen Schwachstellen, die als Ansatzpunkte der Aufklärung und Transformation dienen können.

Wenn die SPD auf den verschiedenen Ebenen der Politik, in den Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen stabile Mehrheiten erzielen und sichern will, muß sie beachtliche Stimmenanteile hinzubekommen. Da das wahrscheinlich nicht nur durch eine Mobilisierung von Nichtwählern oder durch einen hohen SPD-Anteil bei den Neuwählern zu erreichen sein wird, müssen also Wähler veranlaßt werden, von ihrer bisherigen Partei zur SPD überzuwechseln.

Das bringt die Führung der SPD (wenn sie ernsthaft versuchen will, unter den gegebenen und von ihr nur sehr schwer und nur sehr langsam zu verändernden Umständen die Mehrheit zu erringen) in das strategische Dilemma jeder politischen Partei, die in verhältnismäßig ruhigen Zeiten Randschichten gegnerischer Gruppen von der Richtigkeit ihrer Anschauungen überzeugen und sie zu Verhaltensänderungen veranlassen will: Sie glaubt sich der Denkweise, den Meinungen und der Tradition dieser Randgruppen anpassen zu müssen, weil sonst bei diesen die bestehenden starken Sperren gegenüber einer Meinungsänderung nicht überwunden werden können. Damit kommt sie in Konflikt mit dem harten Kern ihrer eigenen Anhänger, dem diese Art zu argumentieren und diese Art Politik nicht paßt, der das Ganze eigentlich als Verrat an Grundsätzen ansieht, von denen er zu Recht oder Unrecht meint, sie motivierten seine politische Aktivität. Wird dieser Kurs von der Führung zu lange und zu konsequent beibehalten, kann er zur Desorientierung und entsprechender Inaktivität in der Partei führen und Gegentendenzen auslösen, die ein Abbröckeln von Gruppen nicht immer unbeachtlicher Größenordnung zur Folge haben. An einem bestimmten Punkte der Entwicklung wird man also überlegen müssen, wie man diese Verluste durch eine Änderung der Politik möglichst gering halten kann. Diese Richtungsänderung wird erschwert durch die von den Konservativen geschürte Angst der Wähler vor Veränderungen und durch die propagandistische Übertreibung von Übergangsschwierigkeiten. Die Rolle der hessischen Bildungsreformbemühungen im letzten Wahlkampf

ist dafür ein typisches Beispiel.

Trotzdem: Man muß in der SPD für sozialistische Lösungen kämpfen und gleichzeitig durch zähe Arbeit in der Bevölkerung das Bewußtsein schaffen, das es der SPD ermöglicht, diese Lösungen in Wahlkämpfen *erfolgreich* zu vertreten. Schwierig, mühselig, langwierig und nicht frei von Rückschlägen ist der auf überzeugte Mehrheiten sich stützende Weg zum demokratischen Sozialismus gewiß, aber es gibt keinen anderen. Er kann durch Terror nicht abgekürzt werden. Terror hilft nur Herrn Strauß und den hinter ihm stehenden Kräften. Er behindert den Fortschritt und bedroht die Demokratie. Und die, die den Terror ausüben, wissen das auch.

Konkret 04/75, S. 12

Martin Buchholz

Volksherrschaft gegen das Volk

Über die Heuchel-Parole „Solidarität der Demokraten"

Können Sie's noch hören? „Solidarisch gegen den Terror" sollen wir sein, wenn wir Mitglied im exklusiven Club der „Demokraten" sein wollen. Denn es geht - und das weiß noch jeder Sitzenbleiber, jeder Hinterbänkler - um die „Solidarität aller Demokraten".

Das ist endlich mal was Besonderes. Wer sich da etwas an der Vokabel „Solidarität" stößt, weil ihm eine verdächtige Prolet-Nostalgie in den Untertönen mitzuschwingen scheint, der sei beruhigt. „Solidarität" - das ist nicht mehr so ein billiger Fummel von der Stange für die Massen, das ist ein pikfeiner Mode-Artikel für die oberen Zehntausend (oder wieviel das zur Zeit gerade sind). Vergessen Bert Brecht und sein Song: „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen: vorwärts und nicht vergessen - die Solidarität . . ." Für diese Stärke hat die Bourgeoisie jetzt eine Schwäche, beim Abmagern und beim Gourmieren.

Ein Meisterstück psychologischer Klassen-Kampfführung: Früher war Solidarität etwas wirklich Solides, eine Waffe in der Arbeiterfaust (oder wie immer pathetisch man das nennen will), jedenfalls gehörte der Begriff klar auf die eine Seite der Barrikade. Solidarität war und ist die Stärke jener, die allein überrollt werden, aber gemeinsam alle Räder zum Stillstand bringen können.

Sicherlich: Gemeinsame Interessen gab und gibt es auch auf der anderen Seite, so eine Art Schnabelstillstand unter den Krähen oder Geiern, die sich versichern, einander gegenseitig so lange kein Auge auszuhacken, bis sie alle anderen gefleddert haben. Nur: Niemand kam bislang auf die Idee, so etwas „Solidarität" zu nennen, weil es eben kein wirkliches Miteinander ist, sondern nur ein zeitweiliges Nicht-Gegeneinander. Nun aber nennen sie es so, weil noch mehr Verwirrung stiftend unter den sowieso schon Verwirrten.

Mit ein bißchen Geschick könnte der Wolf (nein, nicht der von Amerongen, sondern der von den Gebrüdern Grimm) heute dem Rotkäppchen einreden, daß die Solidarität aller Märchenfiguren die totale Einverleibung von Großmutter und Enkelin zwecks Sicherung gegen Terroristen im grünen Jäger-Wams erfordere. Würde Rotkäppchen dennoch auf der Frage beharren, warum es ausgerechnet mit dem Wolf gemeinsame Sache machen sollte, wäre die Antwort letztlich die alte: „Damit ich dich besser fressen kann." Aber warum sollte er's nicht mal auf die „solidarische" Tour versuchen ...

Doch vielleicht sind die Gesetze des Märchenwaldes nicht die des kapitalistischen Dschungels. Wer sagt denn, daß jene „Demokraten", von denen da dauernd die Rede ist, auch wirklich Wölfe sind. Die Tatsache, daß sie ein Schafsfell tragen, besagt ja nicht, daß unsere Leithammel nicht möglicherweise doch eben nur Hammel sind, denen wir beruhigt und belämmert folgen können.

Hören wir also hin, was sie uns zu sagen haben. Demokraten müßte man ja logischerweise daran erkennen, daß sie für Demokratie sind. Zu jenen, die die „Solidarität aller Demokraten" am lautesten predigten in den ersten Stunden nach der Lorenz-Entführung, gehörten Rainer Barzel, Franz-Josef Strauß, Alfred Dregger und Heinrich Lummen CDU-Fraktionsführer im Westberliner Abgeordnetenhaus.

Alle haben sich schon früher ausführlich über Demokratie und Demokratisierung ausgelassen. In seiner Doktorarbeit zum Beispiel hielt Rainer Barzel unser Grundgesetz für ein „bedenkliches Werk": zu viel Grundrechte, zu wenig „Grundpflichten", die, laut Barzel „aus der einmaligen Offenbarung des göttlichen Wesens herausfließen". Aufgrund dieses göttlichen Ausflusses seien Wahlen eigentlich kein notwendiges Menschenrecht, da „die Mitgestaltung des Menschen am Staatsleben nicht notwendig im Wege der Wahl erfolgt". Das Wesen der Demokratie sei letztlich gottlos, es offenbare nur „das dem modernen Massenstaat innewohnende Moment der Tyrannis der Quantität".

Soweit Rainer Barzel. Demokrat Nummer 2 stellt erst einmal was klar: „Was die sogenannte Demokratisierung bei uns angeht, so sei zunächst darauf hingewiesen, daß es sich hier ähnlich wie bei dem Begriff Volksdemokratie um eine kommunistische Vokabel handelt, mit deren Hilfe in der DDR alle Ansätze eines freiheitlich-rechtsstaatlichen Gemeinwesens zerschlagen wurden." Sagt Alfred Dregger. Ein gelungener Salto mortale: Wer mehr an Demokratie fordert, der will unser Gemeinwesen zerschlagen, ist also ein Terrorist, gegen den wiederum „die Solidarität der Demokraten" mobilisiert werden muß. Dregger sagt aber noch klarer, warum er etwas gegen „die innerhalb der Bundesrepublik angestrebte Demokratisierung aller Lebensbereiche" hat: „Das läuft nämlich im Ergebnis darauf hinaus, daß diese Lebensbereiche dem Mehrheitswillen unterworfen werden." Pfui Deibel.

Außerdem - so Franz-Josef Strauß: „Mehr an Demokratie ist nur dort angebracht, wo die Sache auch eine Demokratisierung zuläßt. Die Verwirklichung der Forderung nach Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens muß notwendigerweise dort scheitern, wo sie den Einbruch in Nichtdemokratisierbares bedeutet."

Heinrich Lummer führt dann aus, was Strauß meint: „Mit einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsstruktur verträgt es sich durchaus, wenn gewisse Teilbereiche der Gesellschaft nach anderen Prinzipien organisiert und strukturiert sind. Als solche Teilbereiche können zum Beispiel gelten: die Polizei, jede Armee, die Schule, die Universitäten und auch die Kirchen."

Der „Industriekurier", heute mit dem „Handelsblatt" fusioniert, wußte noch einen Teilbereich zu nennen, der „nach anderen Prinzipien" funktionieren soll: „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie die Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder Zuchthäuser."

Also sehr viel bleibt da nicht mehr, was überhaupt zu demokratisieren wäre. Nach dem Willen solcher „Demokraten" sähe so der Lebensweg eines freien Bürgers unseres freien Landes aus: Zuerst geht er zur Schule, wo Demokratie schon mal nichts zu suchen hat. Mit sehr viel Glück geht er danach an die Uni, im wahrscheinlichen Fall in den Betrieb, unweigerlich aber in die Armee - und dann wieder zurück in die Fabrik. Ins Zuchthaus kommt er hoffentlich nicht, doch selbst wenn: an demokratischen Rechten wird ihm da nicht viel abgehen. Er hat sie eh nie gehabt.

Immerhin hat er ja das Recht, die ihm passenden „Demokraten" zu wählen,

wenn er auch aus eigener Erfahrung kaum wissen kann, was sich hinter solcher Selbst-Etikettierung verbirgt. Da die Perversion der Begriffe schon so weit getrieben wurde, daß der zum Feind der Demokratie erklärt wird, der sie fordert und durchsetzen will, kann die „demokratische Entscheidung" der meisten Wähler nicht minder pervers sein. Demokratie ist, das weiß der Bundesdeutsche, wenn man alle paar Jahre ein Kreuz auf einen Zettel macht und diesen in eine Urne wirft, wo er dann sanft ruhen kann. Und damit es so bleibt, das erfährt er jeden Tag aus der morgendlichen „Bild"-Lektüre und aus der abendlichen „Tagesschau" - ist eben die „Solidarität der Demokraten" erforderlich.

Zu dieser „Solidarität" bekannte sich auch wortreich der Bundeskanzler. Sein Demokratie-Rezept ist ein ganz anderes als das der Herren, die bislang hier zu Wort kamen. Er will - nachzulesen in seinem Buch „Strategie des Gleichgewichts" - , daß die „Massendemokratie mehr teilhabe an der politischen Macht". Für ihn, den Macher, ist das ein einfaches Rezept zur Rettung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Würde es nicht angewandt, warnt Schmidt, „so würde sich zunächst die Flut der Unruhe an den Dämmen stauen, später aber könnte sie die Dämme überspülen oder eindrücken oder über alles hinwegstürzen". (Das ein und „alles" dieses Systems: die vom Deichgrafen und -Flutbändiger Schmidt geschützte kapitalistische Anarchie.) „Deshalb muß die Massendemokratie Schleusen, Auslaß, Kanäle für die Flut schaffen" (in wessen Kanäle soll diese Massendemokratie wohl gelenkt werden? Wer braucht überhaupt diese Kanäle, diese Schleusen, diese Ventile?) „Es sind nicht bloß ein paar Studenten, die sich gegenseitig hysterisch machen, sondern es sind Millionen Arbeiter und Angestellte, die eine Rolle spielen wollen."

Kann es sein, daß letztlich auch Schmidt Angst hat vor dem „Mehrheitswillen" (Dregger), den zu lenken, zu kanalisieren er sich anbietet. Hat er Angst vor den „Massen", die ihre Interessen durchsetzen könnten? „Die Schwierigkeiten sind ungeheuer . . . Wenn der einzelne mehr Macht erhalten soll als er heute besitzt, kann dies die Funktionsfähigkeit des Ganzen zum Kollaps bringen", die „Existenzbedingung des Systems" gefährden, sagt Schmidt.

Kann es sein, daß die Beschwörungsformel „Solidarität aller Demokraten" nichts anderes ist als ein unheimlicher, heimlicher Schiß vor den „Menschen draußen im Lande" (wie es die Polit-Poeten im Bundestag ausdrücken)? Angst vor dem Volk, das soll's ja geben, und angeblich geht von diesem Volk alle Staatsgewalt aus (Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes).

Ein Häuflein von Abenteurern, das Herrn Lorenz unbedingt zum Wahlerfolg verhelfen wollte, mag das politische Geschäft zeitweilig durcheinanderbringen, doch die Geschäftsordnung, die Geschäftsgrundlage wird durch ihr Tun und Lassen nicht angetastet. Sie sind störend für die einen, willkommen für die anderen, je nachdem, wer gerade den Laden führt. Aber gegen sie braucht man keine Heuchel-Parolen wie die von der ... „Solidarität der Demokraten".

Konkret 04/75, S. 14

Christel Buschmann

Protest Geflüster

Am Sonnabend, dem 15. Februar 1975, passierte folgende Kleinigkeit:

Berlin, Gedächtniskirche, Frauen, Flugblätter, Parolen, eimerweise rote Farbe auf den heiligen Stufen: der blutige Protest sozusagen gegen den Paragraphen 218. Die Filmemacherin Helke Sander, eine Frau, die sich als Mitglied des bundesrepublikanischen „Kuratoriums zum Jahr der Frau" (in dem übrigens auch „Frau" Hanns-Martin Schleyer untätig ist) der Veredlung durch höchste Instanzen rühmen kann, wenn sie will, Helke Sander also filmt die Aktion. Sie plant einen Film über die Abtreibungsproblematik „Aktion Lysistrata" und sammelt Dokumentarfilmmaterial.

An diesem Sonnabend kann sie lange sammeln. Solange bis die Demonstration vorbei ist. Als Polizei und Feuerwehr kommen, auf daß das rote Schandmal entfernt werde, wird Helke Sander, die auch diese Aktion filmen wollte, weil sie eben leider so unbedingt dazugehört, von hinten gegriffen und in einen Polizeiwagen geladen.

Kaum ist die Demonstration also vorbei, ist es auch vorbei mit der Pressefreiheit. Das Filmmaterial wird beschlagnahmt, und Helke Sander muß erfahren, daß sie nicht für ihren Film, sondern für die Polizei gedreht hat. Als Grund der Beschlagnahmung erscheint im Protokoll „Sicherung von Beweismaterial", das Amtsgericht Tiergarten befand später: „Es ist zu vermuten, daß auf den Filmen die Täter abgebildet sind. Die Filme können daher als Beweismaterial für die Identifizierung der Täter von Bedeutung sein."

So. Das war ein Akt von Gewalttätigkeit, der, so sollte man meinen, nun zwar nicht die rechte, aber doch die ganze (wenige) liberale und halbwegs liberale linke Presse aufschreien lassen müßte. Als Friedrich der Große Voltaire in Frankfurt geheime Aufzeichnungen nach eventuellen Straftaten durchsehen ließ, hat sich noch ganz Europa über den obrigkeitlich-preußischen Eingriff aufgeregt.

Aber heute ist man weiter. Ein Vorfall, der das Ende aller im engeren oder weiteren Sinne dokumentarischen Berichterstattung einläutet, erregt die am Sonntag und Montag nach der Aktion angerufenen Presseorgane - das ist die traurige Bilanz - allenfalls in Richtung „Lapalie!".

Anrufe bei Berliner Zeitungen ergeben lediglich eine kurze Notiz im Lokalteil des „Tagesspiegel". Eine Dame von „dpa" bagatellisiert den Fall mit der Erklärung, daß die Berliner Polizei Presseleuten das Material wegnehmen dürfe, das hätte es schon oft gegeben. Eine Journalistin der Münchener „AZ" weiß zu berichten, daß ihren Fotografen so etwas eigentlich sehr oft passiert und wie es denn mal mit einem Anwalt wäre. Eine Rundfunkanstalt meint, ja wenn die Filmverbände eine Protestresolution unterschreiben würden, ja dann . . .

Jemand vom WDR berichtet, daß da doch schon ganz andere Dinger gedreht worden seien. Eine liberale Zeitung kann sich nicht entschließen und will erstmal abwarten, ob am Montag oder Dienstag irgendwo anders etwas erscheint. Und so weiter und so weiter.

Ein Ereignis ist eben noch lange kein Ereignis. Ihm muß erst der Saft entzogen, es muß erst Papier, sozusagen geadelt werden, gesellschaftsfähig sein, ehe es wirklich wichtig, ehe es wirklich Ereignis und wirklich ungerecht wird. Da heißt es für die Beteiligten wider Willen tricksen, mit bekannten Namen winken, auf anderes hinweisen als die Sache selbst, sich gegen den Vorwurf mangelnder Prominenz zur Wehr setzen (und das -zum eigenen Erschrecken - ohne es gleich zu merken), anstatt auf Prinzipiellem zu bestehen.

Was ist interessant an der Beschlagnahmung von Filmmaterial durch die Polizei? Nicht - so muß man erfahren - das Problem Pressefreiheit und Staat oder die Frage, ob Dokumentarfilmer ein Zeugnisverweigerungsrecht haben oder nicht. Interessant ist, wer und wie viele das interessant finden werden.

Hat man das Glück, daß eine größere Zeitung die Geschichte per Abdruckwichtig macht, dann muß man sich um nichts mehr besonders bemühen. In diesem Fall brachte die „Frankfurter Rundschau" die Wende. Sie war der Passierschein zur Solidarisierung mit dem Fall Sander auch für die, die vorher nicht wollten oder auch nicht genau wußten. Und als sich nach Otto Schily auch noch Alexander Kluge fand, brauchte man sich über mangelnde Publizität nicht mehr zu beklagen.

Das Ereignis hat die Talsohle durchquert, es hat Öffentlichkeit und somit Bedeutung. Erst jetzt ist der Weg bereitet, den Vorfall nicht mehr eine Lapalie zu nennen, die er nie war. Kluge und Schily werden, sofern das nötig wird, auch die höchste Instanz nicht scheuen, um gegen die Beschlagnahmung von Filmmaterial durch die Polizei vorzugehen.

Doch, gesetzt den Fall: da ist kein Schily und kein Kluge, da sind keine Leute, die sich in der Presse ein wenig auskennen und die Geduld und Zeit aufbringen, auf die Gefahr hin, daß am Ende sowieso alles umsonst ist, am Ball zu bleiben, da geht es nicht irgendwo auch um den Paragraphen 218 und eine Frau im Jahr der Frau, gesetzt den Fall, da geht es nur um

das gleiche Unrecht: Arbeiterfilmer Müller, unbekannt, filmt eine nicht genehmigte Demonstration vor der Fabrik des Fabrikbesitzers Meyer in Essen-Velbert, der Film wird beschlagnahmt, an der Demonstration Beteiligte werden aufgrund des Films strafrechtlich verfolgt. Da kräht dann wirklich kein Hahn nach.

Und auch der Fall Helke Sander, das muß man sagen, wäre um Haaresbreite weg vom Fenster gewesen. Und auch hier, das muß man dazu sagen, waren die „Schreie" der Presse nur Flüstern.

Konkret 04/75, S. 15

Peggy Parnass

Richter Graue

Ein Prozeß, der nicht stattfand, ein Angeklagter, der anklagt, ein Anwalt, der Richter war, und ein Richter, den es wirklich gibt

Mein Hauswirt hat mich verklagt. Es geht um eine deftige Heizungsnachzahlung, die mir der Mieterverein riet, auf keinen Fall zu leisten. Ich hätte gar nicht hin zu brauchen, der Anwalt hätte genügt. Aber da ich zwei Stunden später im Strafjustizgebäude sein mußte, wollte ich auch den Prozeß gegen mich vorher mitmachen. Das mußte ja in zwei Stunden zu schaffen sein. Ein Freund von mir, der Psychologe Wolf Brombach-Sternberg, begleitete mich, als Mutmacher.

Ja, das war'n Ding. Von wegen in zwei Stunden schaffen. Da steht man im Ziviljustizgebäude unmündig vorm großen Tisch. Merkt, wie man hinter unverständlichen lähmenden Anträgen verschwindet. Man kennt die Spielregeln nicht. Drei Experten - der Richter, mein Anwalt, der Gegen-Anwalt - spielen ein paar Formeln über den Tisch. Als ich etwas fragen will, sagt mir mein Anwalt, daß schon der nächste Fall aufgerufen ist. Im Saal und vor der Tür warten weitere zwanzig Fälle auf ihr Recht - bis zur Mittagspause. Geschubse und Gedränge - wie auf dem Bahnhof. Vorsicht: Alles zurücktreten! Das nächste Urteil fährt gleich ab!

Wir gehen rüber zum Strafjustizgebäude. Zeit haben wir jetzt genug. Kaum Polizei. Alles friedlich. Als seien meine Erlebnisse dort vor etlichen Wochen nur ein böser Traum gewesen. Der Hausschlosser kam uns entgegen. Mein neuer Schlüssel zum Pressezimmer, der mir so viel Arger einbrachte, wartet jetzt schon seit Wochen auf mich in der Pförtnerloge, bei dem freundlichen Herrn Sauer. Dort sammeln sich Saaldiener und andere Angestellte, drücken mir herzlich die Hand. Einige kennen Passagen aus „Hilfe, Polizei" auswendig. „Seit wann lest ihr denn KONKRET?" „Och, eigentlich nicht. Aber das hat sich wie ein Lauffeuer rumgesprochen."

„Ach", lacht einer, „da kommt ja Ihr spezieller Freund." Er meint Richter Graue, mit dem ich letztes Mal so böse aneinander geraten war. Der geht vorbei, die Treppen hoch. Ohne Robe, zwar immer noch überlang, aber nicht mehr halb so breit. Ja, so ein Richtertisch und die restlichen Requisiten führen leicht zu optischen Täuschungen.

Ich suche das Pressezimmer, in dem ich seit über vier Jahren wie zu Hause bin. Zimmer 227, 1. Stock. Ich finde es nicht mehr. Ziehe Wolf, herumirrend, hinter mir her. Ein Trip wie bei Kafka. Bis Wolf sagt: „Die Wand da, Peggy, scheint neu zu sein." Ja, das ist es. Da sind tatsächlich neue Wände gezogen worden. Wegen künftiger BM-Prozesse, um das Schwurgericht abzuschirmen. Auch zu meinem Schutz. „Nach allem, was passiert ist, muß man ständig das Schlimmste befürchten und Vorsichtsmaßnahmen treffen."

Mag sein, aber wo bleibt mein Polizeischutz in der Bank, im Supermarkt und auf Spaziergängen durch die Parks? Da soll auch schon so einiges passiert sein. Überfälle, Vergewaltigungen, Geiselnahme. Mich hat zwar bisher noch keiner vergewaltigt. Terroristen haben mir bis jetzt aber auch noch nichts getan. Aber, ich meine, wenn schon Schutz mit der Knarre, dann doch bitte vor allen Gefahren. Und aller Orten.

Wir gehen zum Saal 192. Graue ist dort der Vorsitzende. Derselbe Mann, der zu Gericht saß, als es um den Jurastudenten Strate und seine Demonstration gegen Fahrgelderhöhung ging. Graue hatte seine Urteilsschrift damals bereits eine Dreiviertelstunde nach den Plädoyers, die er wahrscheinlich überhaupt nicht berücksichtigte, parat. 1000 Mark Geldstrafe oder 100 Tage Haft. Mehr als dreimal soviel Hafttage wie der Staatsanwalt gefordert hatte.

Genau wie damals stand auch der heutige Termin nicht auf der Justizpresseliste. Und auf der Presserolle war ein falscher Saal angegeben, 201 b. Sicher ein böser Zufall! Wie auch die Tatsache, daß die Tür zur Zuhörerbank verschlossen war und blieb, bis wir lange genug auf Öffnung bestanden.

Graues Gegner ist heute Rechtsanwalt Bernt Niese. Er war selbst sieben Jahre lang Richter, von 1965 bis 1971. Davon vier Jahre Strafrichter. Er erklärt, warum er seinen Beruf wechselte: „Es ist wahnsinnig schwer, als Einzelrichter nicht selbstherrlich zu werden. Der innere Vorgang ist nicht nachprüfbar oder angreifbar. Man kann ja jedes Urteil revisionsdicht machen. Dadurch ist, was immer man tut, immer richtig. Mich widert auch die Primadonnenpflege an, die jeder Richter vor sich selbst und im Kollegenkreis zelebriert. Außerdem, ein Leben lang, alle neun Monate von Vorgesetzten auf's neue begutachtet werden. Da machen sich alle Sympathien und Antipathien breit. Dazu kommt die Bürokratie. Jeden Kugelschreiber muß man anfordern. Gleichzeitig ist es Vorschrift, jede aufgebrauchte Mine zurückzugeben." (So verhindert man, daß Richter Kulis klauen.)

„Mich stört auch, daß man sich als Richter innerlich nicht echt engagieren kann, weil das zwangsläufig zu Konflikten im Beruf führt. Auch jetzt befinde ich mich ständig in einem Konflikt, weil mir sowohl die Sicht des Landgerichtspräsidenten

als auch die des Strafverteidigers geläufig ist. Mein ehemaliger Kollege, der Amts- und Strafrichter Siekmann, zum Beispiel, der gleichzeitig im Vorstand des Hamburger Fürsorgevereins ist, bekam große Schwierigkeiten. Er hatte ein Verfahren wegen Rechtsbeugung am Hals. Denn sein Verständnis für andere führte dazu, daß er eine Frau, die für ihr Baby Wäsche von der Leine geklaut hatte, nicht wegen Diebstahls, sondern nur wegen groben Unfugs verurteilte."

Na, die Gefahr, wegen Barmherzigkeit gerügt zu werden, läuft Graue nicht.

Die kleine Tür, durch die Häftlinge Einlaß in den Gerichtssaal finden, geht auf. Ein Mann, der eher wie ein Bündel Kleider wirkt, wird mühselig von zwei Krankenpflegern hereingetragen und auf die Anklagebank gesetzt.

„Ich bin ganz wund", stöhnt er und bittet um ein Kissen. Auch ein Stuhl wird an die Bank rangeschoben, damit er nicht runterfällt.

Dieses Bild des Jammers ist Eric Stieren, 48 Jahre, wegen Körperverletzung und Beleidigung angeklagt. Die Vorfälle sollen in seiner Zelle und in der Glocke, der berüchtigten Beruhigungszelle des Hamburger Untersuchungsgefängnisses, stattgefunden haben. Wie hat er das bloß gemacht? Er selbst soll auch eine Latte von Anzeigen erstattet haben, die weniger ernst genommen wurden als die gegen ihn.

Aber was macht dieser Mann überhaupt in einem Gefängnis? Sicher, er ist wegen Betrugs verurteilt. Aber er ist ein Pflegefall, den nicht einmal ein Krankenhaus übernehmen will. Dennoch wurde er von Dr. Küper, einem Psychiater und Neurologen des ärztlichen Gerichtsdienstes, für haftfähig erklärt.

Rechtsanwalt Niese hat schon dreimal vergeblich eine Haftunterbrechung beantragt. Stieren ist eben kein NS-Täter. Wenn man bedenkt, wer einem alles guter Dinge in der Frühlingssonne auf den Gerichtsstufen entgegenspringt. Wegen eines vielleicht drohenden Infarkts haft- oder sogar verhandlungsunfähig erklärt.

Stieren ist nur ein Mann, der im Krieg Splitter und einen Kopfschuß abkriegte. Komplizierte Gehirnoperationen blieben offensichtlich ohne Erfolg. Seitdem konnte er nie mehr liegen. Er verbringt Tag und Nacht, wach und schlafend, sitzend in einem Stuhl. Darm- und Blasentätigkeit sind kaputt, der Hintern durchgesessen. Ihm wird bescheinigt: ständig wachsende Wesensänderung, psychisch schweres Hirnabbausyndrom, Angstpsychosen, pathologische Haftreaktion, Unterschenkelödeme. Sein Zinkleimverband war nach einem Jahr mit der Haut fast verwachsen. Im Knast war trotz zahlloser Anträge kein Arzt bereit, ihn auszuwechseln. Gesichtslähmung links. Trigeminus-Nervschmerzen rechts. Herzinsuffienz.

Das müßte eigentlich langen, meint man.

Bekannt ist auch, daß Stieren, seitdem er vor Jahren Moslem geworden ist, sich statt Wilhelm Eric Saud nennt. Der jetzige Eric Saud lehnt den ehemaligen Wilhelm so sehr ab, daß er ihn für seinen nicht vorhandenen verhaßten Zwillingsbruder hält. Jeder im Knast weiß, wie man Stieren dazu bringt, durchzudrehen: Man muß ihn nur Wilhelm nennen.

Trotzdem reagiert man auf ihn, als sei er gesund und nur ein Querulant. Stieren haßt den Namen Wilhelm so sehr, daß er sogar, wenn er in seinen Briefen von seinem „Zwillingsbruder" berichtet, Wilhelm immer wieder dick durchstreicht.

Mit all dem hängt der Vorfall in der Glocke zusammen. Stieren, der sich damals noch mühsam auf Krücken schleppen konnte, verweigerte am 31. 7. 73 wie immer die an Wilhelm Stieren gerichtete Post. Die Beamten behaupteten, „er versuchte mit dem Tisch nach uns zu werfen" und sei dann ans Fenster gesprungen, um die Scheibe zu zerschlagen.

Weiß der Teufel, wie das vor sich gegangen sein soll, mit dem Heben, Werfen, Springen. Fest steht nur, daß Stieren mit dem Kopf auf jede Stufe aufschlagend zur Glocke hinuntergeschleift wurde, daß er sich wie immer übergab, als man ihn zum Liegen zwingen wollte, daß eine 10-15 Zentimeter lange Schnittwunde am Hals im Allgemeinen Krankenhaus Ochsenzoll genäht wurde (obwohl das Gefängsnis-Krankenhaus gut ausgerüstet ist) und daß seine Nase gebrochen war. Er soll eine gehörige Tracht Prügel erhalten haben mit einem harten Gegenstand, nachdem er das Hosenbein eines Beamten vollgekotzt hatte.

All das ist noch nicht geklärt. Fest steht nur, daß Stieren seit dem Vorfall links nichts mehr hört. Und nicht einmal mehr mit Krücken gehen kann. Vielleicht ein Fall von psychogenem Lähmungszustand. Wie dem auch sei, zwei Glaubensbrüder haben sich schriftlich bereit erklärt, ihn bei sich aufzunehmen und ihn privat zu pflegen.

Graue betritt den Gerichtssaal. Breit lächelnd fragt er Anwalt Niese: „Ist das meine Akte, die Sie da haben?"

Niese: „Nein, natürlich nicht."

Graue: „Ich dachte, weil sie rot ist."

Niese: „Das haben Akten so an sich."

Graue, guter Dinge: „Die Akte ist weg." Und auf das wie, wo, seit wann, in unverschämten Ton, träge gedehnt: „Weiß ich nicht."

Niese: „Ich saß früher eine Zeitlang mit Graue in einem Zimmer. Damals verkehrten wir höflich ironisch miteinander. Ich dachte erst, dies jetzt sei so ähnlich." Ja, das dachte er. Bis er merkte, daß es Graue, wenn er verhandelt, blutig ernst meint. Niese: „Sie können mich beiordnen." Graue, süffisant, hämisch: „Nee, die Hauptverhandlung ist ja ausgesetzt. Damit müssen Sie sich abfinden."

Niese: „Ich muß mich ja auch damit abfinden, daß mein Referendar seit heute morgen um neun vergeblich versucht, Herrn Stieren zu sprechen." Das macht den Vorsitzenden nur noch fröhlicher. Erst als Niese geht, ruft ihm Graue nach, wo sich die Akte befindet: Unterwegs zu oder von jemandem. Niese beherrscht sich: „Hoffentlich wird mir mitgeteilt, wenn sich die Akte wieder anfindet." Graue: „Nicht nur das, auch der neue Termin. Wenn Sie dann noch Interesse an der Akteneinsicht haben sollten."

Blickduell zwischen Graue und mir. Er wird ernst und trommelt wieder nervös mit den Fingern. Man sollte ihm Kugeln schenken, wie Humphrey Bogard sie in „Die Caine war ihr Schicksal" zur Beruhigung in der Hand hatte.

Hätte Graue die Verhandlung nur für drei Minuten eröffnet, hätte der Pflichtverteidiger Honorar bekommen. Graue hätte auch, weil er ja schon vorher wußte, daß die Akte nicht da war, Niese den Weg zum Gericht ersparen und Stieren im Lazarett lassen können. Graue macht eine Art Bummelstreik. Für Wahl-Pflichtverteidiger Niese, der im September 73 den Fall übernahm, nicht gerade lustig. Bis auf 622 Mark, die ein Mitgefangener für Stieren an ihn zahlte, hat er nichts erhalten. Trotz umfangreicher Arbeit.

Es gibt wieder eine Auseinandersetzung, als Graue versucht, mich rauszuschmeißen. Wieder mit einer Handbewegung, als wolle er Dreck vom Tisch wischen. Wieder bin ich aufmüpfig, er verwarnt mich. Da ich seine Raus-raus-Bewegung nachmache und sage, daß es mir nicht gefällt, so rausgeschaßt zu werden, verwarnt er mich nochmal. Ich: „Heißt das, sonst bin ich dran? Und stehe dann vor einem Richter wie Ihnen?" Graue schneidend: „Das ist meine Art der Rechtsprechung. Es ist nicht mehr öffentlich, ich kann Sie raussetzen lassen."

Genauso unhöflich rausgesetzt wird auch der Psychologe Wolf Brombach-Sternberg. Es war sein erster Besuch im Strafjustizgebäude. Ein paar Tage später frage ich ihn nach seinen Eindrücken. Er sagt:

„Weißt Du da stehe ich nun davor und kann's nicht fassen. Ich hab' nur einen Gedanken - es darf doch nicht wahr sein. Ich fühle nur Entsetzen und ohnmächtige Wut. Sollte dieser Richter sagen ‚Im Namen des Volkes`, kann ich mich nicht dazurechnen. Für mich kann der nicht sprechen."

Konkret 04/75, S. 17

Horst Tomayer

Bewegung 1. Advent

„Stirbt Lorenz heute um neun?" fragte sich die Bild-Zeitung am 3. März, besorgt um die publizistische und politische Effizienz einer Trauerkundgebung, nachdem am Freitag davor der Schriftleiter des Bund Freies Deutschland, Matthias Walden, die Gedanken von „Millionen Menschen" um die „eine Frage quälend kreisen" ließ: „Sollen die Verantwortlichen die Forderungen erfüllen oder zurückweisen", denn für ihn gab es „in diesem Falle nur die Wahl zwischen zwei Übeln, und schon die Frage, welches das kleinere sei, scheint über menschliche Kraft, über politische Kompetenz hinauszugehen ... Die Forderungen der Erpresser erfüllen bedeutete, die wahrscheinliche Rettung des Opfers mit einer schweren Niederlage des Staates im Kampf gegen seine terroristischen Feinde zu bezahlen ... Außerdem würde eine Bestätigung der alten Regel drohen, daß erfolgreiche Erpressung weitere Erpressungen nach sich zu ziehen pflegt. Die Forderungen der Täter zurückzuweisen, würde bedeuten: Zugunsten der Stabilität des Rechtsstaates, also zur Wahrung der Rechtssicherheit des Ganzen und zur Verhinderung des Risikos von Folgeverbrechen, den einen Menschen, der sich in der Gewalt der Erpresser befindet, zu opfern. Ein grauenvoller, nicht zu Ende zu denkender Gedanke."

Andere dachten mehr, andere weniger grauenvoll. „Notstandsgesetze anwenden", meinte der Bremer Bürger Hans Kirchfeld. Kopf-und-Glied-ab-MdB-Jäger (CSU) und die Nazionalzeitung aus München schlugen das Henkersbeil als Entführungs-,Verhütungs- und Vergeltungsmittel vor. In Kneipen war der Ruf nach dem NS-Blockwart, der jedes Kellerversteck in seinem kleinen Reich wie die Hosentasche kennt, nicht zu überhören. Auch der nordrhein-westfälische Justizminister Posser hatte einen Einfall: den Terroristensumpf so lange mit Verfassungsschutzleuten auffüllen, bis freiheitlich-demokratisches Festland draus geworden ist.

Aber geben alle diese Maßnahmen zusammen, geschweige eine allein, die Garantie, daß der Rechtsstaat die politische Kidnapperei roden Griff kriegt, oder bleibt nicht jene altgriechisch-tragische Unbekannte, die der Publizist Salden in seinem SFB-Kommentar so mörderisch anschaulich beschreibt?

Um wirklich Land zu gewinnen in der Frage der inneren Sicherheit, muß der Krisenstab des Rechtsstaates erstmal begreifen, daß die politischen Kidnapper das kapitalistische System der Bundesrepublik Deutschland nicht aus den Pantinen kippen wollen.

Denn was verlangen sie, was nicht billig zu gewähren wäre? Den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO etwa? Haben sie im Fall Peter Lorenz den Austausch des Entführten von der Einführung der paritätischen Mitbestimmung abhängig gemacht? Oder von einem Kartellrecht gegen das publizistische Monopol Springers in West-Berlin? Haben Sie dem Bonner Parlament gedroht: entweder ab sofort ein antikapitalistisches Bodenrecht und Arbeit für die 1,2 Millionen Erwerbslosen, maximal eine Mark für den Liter Bier und höchstens 3000 Mark für den VW-Käfer - oder es passiert was? Na also, sie haben sich benommen wie die zwei fanatischen Skatspieler, denen der dritte fehlt. Seit die Gruppe wieder komplett ist, herrscht Ruhe.

Von dieser Erkenntnis muß der Krisenstab ausgehen, der freilich erst selber als außerordentliches wie höchstes Entscheidungsgremium der Bundesrepublik konstituiert und legalisiert werden muß, möglichst mit öffentlich-rechtlichem Charakter, paritätisch besetzt von Repräsentanten der Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Kultur- und Sportbünde und so weiter, um als *der* Verhandlungspartner sogenannter krimineller Vereinigungen, auch jener, die bisher noch im Trainingslager sind, wie „Bewegung 1. Advent", ‚;Gruppe verkaufsoffener Sonnabend" und „Kommando Bayern wird Meister" in Erscheinung treten zu können. Wobei die innere Konstitution des Krisenstabes etwa so beschaffen sein müßte: Oberstes Organ ist das Krisenparlament. Es delegiert in geheimer Wahl die Männer und Frauen in das Krisenkabinett, das wiederum aus seiner Mitte den Krisenkanzler seines Vertrauens wählt.

Was nun ist der Kern des Punktes, der den Krisenkanzler des Rechtsstaates und den Chef der jeweiligen kriminellen Vereinigung an den Verhandlungstisch führt? Der Abschluß eines bilateralen Stillhalteabkommens, das beiden Seiten ein Maximum an Beweglichkeit garantiert. Das heißt: Die kriminellen Vereinigungen gewährleisten mit ihren Aktivitäten den Fortbestand des kapitalistischen Systems, der Rechtsstaat verspricht den genannten Gruppen publizitätswirksame Verfolgung rund um die Uhr.

Dabei wird dem Fernsehen, das im Fall Lorenz bloß technisches Medium für Modalitäten des Gefangenenaustausches war, seine Rolle als nationaler Entertainer und Werbeträger zurückgegeben, die sich Springers Bildzeitung angemaßt hat (Peter Lorenz: „Ich dachte an meine Frau, an Gott und meine Söhne, eine Terroristin nähte meine Hose." Marianne Lorenz „kochte Birkelspaghetti, genau elf Minuten").

Also Live-Übertragungen aus dem jeweiligen Volksgefängnis, Interviews mit den Müttern der Entführer, Staatsanwälte bei Schießübungen, Terroristenpärchen in der Umarmung, Verfolgungsjagden in der City, lange Kameraeinstellungen auf Briefkästen und - Werbung, immer wieder Werbung: Welche Automarke benutzt der Entführer, von welchem Herrenausstatter stammt die Krawatte des Gekidnappten, welcher Chemie-, welcher Pharmaziekonzern liefert die Beruhigungsspritzen und so weiter.

Denn die wahre Sühne für das Verbrechen liegt in seiner Vermarktung. Dies alles dem Bonner Krisenstab ins Ohr, uns aber allen zum besinnlichen Mitdenken.

Konkret 04/75, S. 18

Johano Strasser

Jusos ohne Ende?

Johano Strasser, 35, mußte aus Altersgründen aus dem Juso-Bundesvorstand ausscheiden. Für KONKRET beschreibt er seine Erfahrungen

Manche Menschen neigen dazu, Einschnitte in ihrem persönlichen Leben für historische Zäsuren zu halten. Ich nicht. Daß ich bis zum letzten Bundeskongreß der Jungsozialisten Juso war und nun formal Aso bin, ist noch lange kein Grund für tiefsinnige Betrachtungen über des „Ende einer Juso-Epoche".

Was heißt überhaupt Ende? Wer über viele Jahre engagiert bei den Jusos gearbeitet hat, hört nicht mit 35 Jahren auf einmal auf, politisch tätig zu sein. Die große Mehrheit derjenigen, mit denen ich während dieser Jahre zusammengearbeitet habe, gehört zu den Unverbesserlichen, die sich nicht bequem zur Ruhe setzen oder ihre politischen Prinzipien einer Karriere opfern.

Als ich mich entschloß in die SPD einzutreten und bei den Jusos aktiv zu werden, war dies das Ergebnis eines langen und widersprüchlichen Prozesses der Politisierung. In den 50er Jahren sympathisierte ich mit der Ostermarschbewegung, später beteiligte ich mich an Kampagnen gegen Nazis im öffentlichen Dienst und an den ersten studentischen Aktionen gegen den autoritären Mief der Ordinarienuniversität. Dann kamen die Große Koalition und die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze. Wie für viele meiner Generation war dies der entscheidende Anstoß zum dauerhaften politischen Engagement.

Ich erinnere mich, wie wir von der Bühne des Mainzer Stadttheaters herab mit dem Publikum über die Notstandsgesetze diskutierten, mit einem Publikum, das soeben „Frau Luna" gesehen hatte und kaum begriff, worüber wir uns so sehr erregten. Dies war eine Art Schlüsselerlebnis. Ich begriff, daß grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik nur durch langfristige organisierte politische Arbeit zu erreichen sind. Die spontanen Aktionen der APO hatten hier und da Strukturen aufgebrochen, Fragen neu gestellt, die satte Bürgerruhe gestört. Jetzt mußten Alternativen entwickelt und durchgesetzt werden. Dazu bedurfte es organisierter Macht.

Daß ich gerade im roten Bezirk Hessen-Süd der SPD beitrat, wirkte sich zunächst kaum praktisch aus; denn mein Ortsverein - auf dem hessischen Ufer von Mainz - hatte mehr vom spießigkonservativen Mainzer Milieu als vom kämpferischen Geist der südhessischen SPD, und der zuständige Bundestagsabgeordnete war einer der wenigen Befürworter der Notstandsgesetze, die es in Hessen-Süd gab: Hermann Schmitt-Vockenhausen. Der innerparteiliche Konflikt war somit programmiert. Damals lernte ich auch Heidi Wieczorek-Zeul kennen. Sie war gerade Vorsitzende der Jusos im Unterbezirk Groß-Gerau geworden. Mit ihr, Frank v. Auer und anderen organisierten wir in dieser damals weithin konservativen Ecke Südhessens die innerparteiliche Opposition. Es ging um die Veränderung der SPD, um innerparteiliche Demokratie und klassenpolitische Praxis.

Sicher war es nicht eben geschickt, 14 Tage nach Eintritt in die Partei den SPD-Bürgermeister in einer Versammlung des Ortsvereins offen der Korruption zu verdächtigen. Sicher hätten viele Fehler vermieden werden können, wenn wir damals etwas weniger spontan und etwas besser informiert gewesen wären. Aber organisierte politische Arbeit muß man lernen. Wir lernten aus Fehlern und Mißerfolgen. Und der Erfolg blieb nicht aus: Der Unterbezirk Groß-Gerau war bald einer der aktivsten Unterbezirke der südhessischen SPD. Das ist er heute noch.

Es gibt bei den Jusos keine obligatorische „Ochsentour", die man zu absolvieren hat, bevor man in eine Spitzenfunktion einrückt. Auch hierin sind die Jusos undogmatisch. Als ich allerdings in den Bundesvorstand gewählt wurde, hatte ich bereits drei Jahre als Vorsitzender einer Juso-Arbeitsgemeinschaft und drei Jahre im Unterbezirksvorstand Groß-Gerau (zuletzt als Vorsitzender) hinter mir. Diese Erfahrung ist mir im Bundesvorstand zustatten gekommen.

Wir hatten 1969 von der südhessischen Basis her die Linkswendung der Jusos auf Bundesebene. vorbereitet. Karsten Voigt, ein Südhesse, wurde Bundesvorsitzender. 1971, als ich stellvertretender Bundesvorsitzender wurde, war der Linkskurs der Jungsozialisten bereits überall stabilisiert. Die kommunalpolitische Konferenz von Mannheim hatte bundesweit das Signal für praktische sozialistische Arbeit in den Städten und Gemeinden gegeben. Der Lehrlingskongreß hatte ein weiteres Arbeitsfeld abgesteckt. Das Konzept der antikapitalistischen Strukturreformen mit Hilfe der Doppelstrategie schien unbestritten. Die ersten spektakulären Erfolge der Jusos in der SPD bahnten sich an. In der Gesellschaft standen die Zeichen auf Reform. Die Ostpolitik, von den Jusos vor Jahren vorbereitet, setzte sich durch.

Es entbehrt nicht der .Tragikomik, daß genau in diesem Augenblick, in dem die Jusos durch praktische Arbeit in der SPD und an der „Basis" neues Bewußtsein schufen und gesellschaftliche Reformen durchzusetzen begannen, die praxisferne theoretische Diskussion aus der Studentenschaft, vor allem aus dem SHB, auf die Jusos übergriff. Der Hannoveraner

Strategiekongreß der Jusos im Jahre 1970 hatte den konkurrierenden Fraktionen des SHB bereits als Forum für den Austrag ihrer Theoriestreitigkeiten gedient. Je länger dieser Streit um die richtige Theorie anhielt, um so deutlicher wurde, daß zumindest eine Gruppe ein klares taktisches Konzept verfolgte: Theoriediskussion zum Zwecke der Fraktionierung, Fraktionierung zum Zwecke der Machtübernahme im Verband.

Die Fraktion, die sich im SHB durchsetzte, versuchte auch bei den Jungsozialisten die Mehrheit zu erlangen: die sogenannte „Stamokap"-Gruppe, benannt nach der von ihr vertretenen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Waren die ständigen Theoriediskussionen für eine auf politische Praxis angelegte Organisation wie die Jungsozialisten an sich schon eine Gefahr, so stellten die politischen Inhalte, die von dieser Gruppe in die Jusos hineingetragen wurden, eine besondere Herausforderung dar. Teile der „Stamokap"-Gruppe vertraten lupenreine DKP-Positionen, forderten die prinzipielle Aktionseinheit von SPD und DKP, sprachen von der Unterdrückung in der Tschechoslowakei als „Normalisierung", verwarfen jede Kritik an den bestehenden sozialistischen Staaten als „bürgerlichen Antikommunismus".

Es war klar, daß hier Kräfte am Werk waren, die entweder die Jusos als ganze auf DKP-Kurs bringen wollten oder Teile von ihnen zur DKP hin abspalten wollten. Der Bundesvorstand mußte handeln. Ich schrieb damals das Anti-Stamokap-Papier, das überall in der Organisation die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe vorantrieb. Das Ergebnis gab der Einschätzung des Bundesvorstands recht: Viele der konsequentesten Vertreter der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei den Jusos gingen in die DKP, andere begannen ihre Ansichten zu modifizieren. Der Bundeskongreß in Bad Godesberg 1973 zeigte, daß die Gruppe auf eine unbedeutende Minderheit zusammengeschmolzen war.

Aber die inneren Auseinandersetzungen bei den Jusos waren damit nicht vorbei. Wurden auch forthin die Thesen, etwa des Hamburger Strategiepapiers kaum noch vertreten, so führten doch die ehemaligen Anhänger der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ihre Politik der Fraktionierung fort. Und gerade weil sie theoretisch vage blieben, wurden sie wiederum eine Gefahr für die Jusos. Sie verstanden es geschickt, antiautoritäre Affekte gegen den Bundesvorstand auszunutzen, unterstützten den Regionalismus von Bezirken, die sich im Bundesverband nicht entsprechend ihrer Größe und Bedeutung repräsentiert glaubten und spekulierten auf den Hang zum Verbalradikalismus vieler Jungsozialisten, die durch eine konservative SPD-Mehrheit an praktischer Juso-Arbeit gehindert wurden. So kam es zu erneuten schweren Auseinandersetzungen auf den Bundeskongressen in München und zuletzt in Wiesbaden.

Vielleicht ist es das Erstaunlichste an den Jusos überhaupt, in welchem Umfange sie in der Partei und an der gesellschaftlichen „Basis" praktische Arbeit leisteten, obwohl sie von kleinen, meist studentischen Gruppen fortwährend in Streitereien um den Bart eines sozialistischen Klassikers verwickelt wurden. Die Jungsozialisten gaben die wesentlichen Anstöße zur Reform des Bodenrechts; auf ihre vielfältigen Initiativen und Alternativen hin kam es zu einer spürbaren Umorientierung sozialdemokratischer Kommunalpolitik in Praxis und Programmatik.

Die Jungsozialisten präzisierten ihre Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus, konkretisierten ihre wirtschaftspolitischen Alternativen und erarbeiteten ein eigenständiges Modell einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung auf der Basis der Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Bereiche der Wirtschaft. In der Bildungspolitik vertraten die Jusos das Konzept der integrierten Gesamtschule, forderten und präzisierten demokratische Bildungsinhalte; und auf der letzten Bundeskonferenz in Wiesbaden konnte ein detailliertes Konzept zur Gesundheitspolitik verabschiedet werden.

Daneben hatten die Jusos wesentlichen Anteil an der Diskussion um das sogenannte Langzeitprogramm der SPD. Ihre fundierte Kritik am ersten Entwurf prägte die Stellungnahme des Hannoveraner SPD-Parteitags und ging an vielen Stellen in den nun vorliegenden zweiten Entwurf ein. Dies alles, dazu eine Fülle von Initiativen, der Kampf gegen die Berufsverbote, die wachsende internationale Arbeit, mußten die Jusos gegen starke Widerstände in der eigenen Partei leisten.

Heute sind die Schwierigkeiten größer als vor zwei oder drei Jahren: Inflation, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und dazu eine taktisch und organisatorisch erheblich verstärkte Front der Reaktion mit ihrem Kern in den Arbeitgeberverbänden und der CDU/CSU. Große Teile der Medien schüren ein Klima der Reformfeindlichkeit. Wahlverluste der SPD werden wider besseres Wissen der „Linken" in die Schuhe geschoben. Der Ruf nach dem starken Mann wird laut. Die Wahnsinnstaten sogenannter „linker" Terroristen bereiten den Boden für kalte Krieger und Law-and-Order-Strategen.

Niemand, der den Aufbruch der Jusos von 1969 mitgemacht hat, hat dies vorausgesehen. Einige wenige wollen die veränderte Situation nicht zur Kenntnis nehmen. Sie führen die alten Gruppenkämpfe fort, in denen sie seit je ihre politische Erfüllung gefunden haben, und merken nicht, daß die Jusos ihre Bedeutung als gesellschaftspolitische Kraft verspielen, wenn sie sich jetzt nicht mit aller Kraft auf die Lösung der Schwierigkeiten sozialdemokratischer Reformpolitik

konzentrieren, konkrete praktische Alternativen entwickeln und durchsetzen.

Hierum ging der Konflikt auf dem letzten Bundeskongreß der Jungsozialisten in Wiesbaden. Der Bundesvorstand machte deutlich, daß die Jusos sich verbalradikale Sprüche und praxisferne Theorie, Fraktionierung und kleinkarierte Gruppenkämpfe auf keinen Fall länger leisten können, wenn sie sich nicht selbst handlungsunfähig machen wollen. Darum die Drohung von Heidi Wieczorek-Zeul und sechs weiterer Kandidaten zum Bundesvorstand nicht zu kandidieren, falls gewisse Tendenzen sich auf dem Kongreß durchsetzen sollten. Darum das Positionspapier des Bundesvorstands und der ihm nahestehenden Kandidaten, das *schließlich mit* klarer Mehrheit angenommen wurde.

Es ist immer schwer, die Struktur solcher Konflikte gegenüber der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Die Presse - auch die linke - neigt in aller Regel dazu, nur persönliche Ambitionen und individuelles Machtstreben zu sehen, wo es um die Sache geht. Aber da ging es nicht um persönlichen Vorteil. Es ging um die Einheit und Handlungsfähigkeit der Organisation. Es ging darum, Dogmatismus, Sektierertum und Spaltungstendenzen abzuwehren. Darum schalteten sich auch die alten Kämpfer Gansel und Roth in die Debatte ein. Bei allen Differenzen, die zwischen ihnen bestehen mögen, wissen sie doch eins: Die Linke in der Sozialdemokratie braucht eine starke funktionsfähige Juso-Organisation.

Vor einigen Jahren galt es in gewissen Kreisen als schick, Juso zu sein. Als sich herausstellte, daß gesellschaftliche Reformen nicht vom Himmel fallen, daß sie erkämpft werden müssen gegen das Kapital und seine politischen Sachwalter, und daß man dabei auch Niederlagen erleiden kann, da ließ die Begeisterung nach. Ich bedaure nicht, daß hier und da Schönwetter-Jusos ausgeflippt sind. Geblieben sind die mit dem langen Atem.

Konkret 04/75, S. 20

Siegmar Geiselberger

"Schlechter als die CSU"

Siegmar Geiselberger, Stadtrat in München und jahrelang Symbolfigur im Kampf der Parteilinken gegen den CSU-Kurs des bayrischen Landesvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, ist aus der SPD ausgetreten. Schon vor den bayrischen Landtagswahlen hatte er den Satz geprägt: „Es ist mir scheißegal, ob die SPD die Mehrheit hat, wenn sie CSU-Politik machat" (bayrischer Konjunktiv).

KONKRET: Herr Geiselbergen warum sind Sie aus der SPD ausgetreten? Der lange Marsch dauert nun mal etwas länger.

GEISELBERGER: Grundsätzlich wäre es schon richtig, innerhalb der SPD zu versuchen, aus ihr wieder eine Partei zu machen, die eine klare Reformpolitik und eine Fortentwicklung zum demokratischen Sozialismus auch gegen den heftigen Widerstand des Kapitals betreibt. In meinem Fall ist es anders: Durch die Parteiordnungsverfahren sind meine Rechte so eingeschränkt worden, daß eine weitere politische Arbeit in der SPD nicht sinnvoll ist. Meine Fraktion hat mich von den wichtigsten Kontrollfunktionen als Münchner Stadtrat abgewählt. Ich sollte aus allen Stadtratsausschüssen abgewählt werden und wäre dennoch gezwungen gewesen als Fraktionsmitglied der SPD jeden Beschluß im Stadtrat mitzutragen, der von der rechten Fraktionsmehrheit gegen die linke Minderheit durchgesetzt wird. In letzter Zeit waren einige unerträgliche Entscheidungen darunter, die völlig im Widerspruch zu dem stehen, was die SPD und ich als Kandidat 1972 den Wählern erklärt haben. Das konnte ich nicht mehr länger verantworten. Der zweite Grund war, daß dieser angeblich linke Vorstand der Münchner SPD nicht willens war, meine Rechte aus dem Schiedsurteil entschieden gegen die Stadtratsfraktion zu verteidigen. Stattdessen hat er laviert und herumtaktiert. Ich weiß außerdem inzwischen, daß der Bundesschiedskommission bereits ein internes Gutachten vorliegt, das eine Berufung entgegen der Rechtslage für zulässig erklärt. Wer diesen Satzungsbruch riskiert, hat sicher das klare Ziel gehabt, mich rauszuschmeißen.

KONKRET: Sie sind ausgetreten, aber anderen empfehlen Sie, drinzubleiben?

GEISELBERGER: Wenn man fortschrittliche Veränderungen erreichen will, muß man überall arbeiten, im Betrieb, im Wohnviertel und natürlich in den vorhandenen Organisationen innerhalb der SPD. Ich sehe im Moment keine ernsthafte Alternative zur Arbeit der Jungsozialisten in der SPD und zur Arbeit der linken Sozialdemokraten. Meine zehnjährige Erfahrung in der SPD hat allerdings eine Unmenge Illusionen zerstört. Daß die SPD Mitglieder wie Vogel, Schmidt oder Kronawitter hat, ist kein Zufall. Es gehört im Grunde auch zum Charakter dieser Partei, daß sie Mitglieder hat, die sich ganz eindeutig unter das kapitalistische Wirtschaftssystem unterordnen und versuchen, es zu bewahren.

KONKRET: Man hat behauptet, Sie wollten eine linkssozialistische Partei gründen.

GEISELBERGER: Ich halte solche Aufrufe, wie sie kürzlich auch von einigen ausgetretenen bayerischen Jungsozialisten verbreitet wurden, zur Zeit für völlig sinnlos und großmäulig. Ich schließe allerdings nicht aus, daß es eines Tages eine Alternative zur SPD geben kann.

KONKRET: Woraus könnte sie sich entwickeln? Aus der DKP?

GEISELBERGER: Mit Sicherheit nicht, schon von ihrer Anlage her. Aber erst recht nicht aus diesen großsprecherischen Splittergruppen, ML-Gruppen und Zirkeln.

KONKRET: Also nur durch eine Spaltung der SPD?

GEISELBERGER? Soll ich über ungelegte Eier reden? Wahrscheinlich könnte eine solche Organisation aus den Gewerkschaften herauskommen, bestehend aus den kämpferischen Gewerkschaftskollegen, die sich bemühen, für die Interessen ihrer Arbeitskollegen entschieden einzutreten, sie auch durch Streiks und andere Kampfmaßnahmen energisch durchzusetzen. Was der Kanzler Schmidt macht, kann man ernsthaft doch nicht mehr als sozialdemokratische Politik bezeichnen, man kann es auch nicht unterstützen. Die Unternehmer werden dafür belohnt, daß sie investieren, die Profite werden aus Steuergeldern mitfinanziert. Die SPD hätte nicht - entgegen ihren eigenen Erklärungen - die Arbeitslosigkeit verhindern können, die zum Teil von den Unternehmern selbst gemacht wird. Aber das muß man den Leuten erklären und ihnen nicht vorgaukeln, man werde es schon packen.

KONKRET: Der linke Münchner SPD-Vorstand hat sich auch nicht mit Lorbeer behängt.

GEISELBERGER: Eine traurige Erfahrung, die ich gemacht habe, ist die, daß andauernd Genossen, die in langen Auseinandersetzungen am Anfang auf einer klaren linken Seite gestanden haben, in dem Moment, wenn sie einen Posten bekleiden, ihre Haltung aufgeben und anfangen herumzutaktieren. Schöfberger ist ein typischer Fall: Er war Landesvorsitzender der Jungsozialisten in Bayern und hat sich damit ein linkes Image aufgebaut, von dem er heute noch zehrt. Jetzt, nach vier Jahren harter Auseinandersetzungen mit Vogel, hat er vollständig vor ihm kapituliert. Die Münchner SPD macht keine CSU-Politik, sie macht eine Politik, die noch schlechter .ist als CSU-Politik. Die CSU hat einen klaren

Interessenstandpunkt: sie vertritt die Interessen des Kapitals - und das konsequent. Die Unseren vertreten nach außen hin eine fortschrittliche Politik, wobei sie inkonsequent sind und oft genug das Gegenteil von dem herauskommt, was sie eigentlich wollen. Die Münchner SPD-Politik ist sachlich mangelhaft vorbereitet, schlecht organisiert und miserabel verkauft.

KONKRET: Was wird nun aus dem Stadtrat ohne Parteibuch?

GEISELBERGER: Ich bleibe im Stadtrat bis 1978, wie es meinem Wählerauftrag entspricht. Jetzt wo ich nicht mehr in der SPD bin, kann ich eigentlich erst richtig sozialdemokratische Politik vertreten.

Konkret 04/75, S. 21

Bodo Zeuner

Jusos auf dem Shadok-Trip

Jahrelang beruhte die politische Wirkung der Jungsozialisten vor allem auf ihrem Anspruch, eine Theorie zu haben oder mindestens zu entwickeln. Von der Rechten, von den Pragmatikern in der SPD und von der bürgerlichen Presse wurden sie als weltfremde oder gefährliche Ideologen verketzert, von der wachsenden Zahl jener, denen orientierungs- und bewußtloses Machen nicht mehr ausreichte, mußte ihr Anspruch, das sozialdemokratische Theoriedefizit abzubauen, ernstgenommen werden.

Zwar haben die Jusos den Anspruch nie erfüllen können: Es ist ihnen weder gelungen, sich auf eine stimmige Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungstendenzen zu verständigen, noch konnten sie einen überzeugenden Weg zur praktischen Durchsetzung sozialistischer Ziele zeigen.

Dennoch hat die intensive und offene Theoriediskussion, die die Jusos auf sechs Bundeskongressen von 1969-1974 und in unzähligen Strategiepapieren geführt haben, einige für die gesamte Linke in diesem Lande durchaus positive Wirkungen gehabt: Sie hat

- die Erörterung sozialistischer Alternativen in das Parteienspektrum hineingetragen und damit gesellschaftliche Gruppen zur Auseinandersetzung gezwungen, die von den außerhalb der SPD arbeitenden Sozialisten schwerlich erreicht werden konnten;
- innerhalb der SPD Traditionen der Arbeiterbewegung wiederbelebt, die in den Nachkriegsjahrzehnten der Prosperität und des Konformismus schon verschüttet schienen;
- die führende Schicht der SPD gezwungen, ihren Reformanspruch deutlicher zu formulieren, als ihr lieb war, und damit zugleich die Grenzen der Reformierbarkeit des Kapitalismus erkennbarer zu machen.

Es ist notwendig, von alledem in der Vergangenheitsform zu sprechen. Denn auf ihrem Bundeskongreß Anfang März in Wiesbaden haben die Jungsozialisten in entscheidenden Punkten einen Schlußstrich unter diese Vergangenheit gezogen. In dem Dilemma, den Rechtsruck der SPD in Parallelverschiebung mitzuvollziehen oder den einmal eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen, haben sie sich für die Anpassung entschieden.

Auf dem Bundeskongreß beschloß eine Mehrheit zunächst, zum Thema „Reform und Staat" einen Antrag des linken Bezirks Westliches Westfalen zur Beratungsgrundlage zu machen. Dieser Antrag - in der Presse vielfach fälschlich als „Stamokap"-Antrag dargestellt bekannte sich ausdrücklich zu einer Politik der Reformen mit dem Ziel, die materielle Lage und die Machtpositionen der Arbeiterklasse zu verbessern. Er distanzierte sich jedoch deutlich von jedem Reformismus, also von dem Glauben, der Kapitalismus sei durch eine Politik der kleinen Schritte nach und nach zu überwinden oder gar erträglich zu gestalten. Er stellte fest, daß antikapitalistische Strukturreformen, also der Versuch der Abschaffung des Kapitalismus, notwendigerweise auf eine Systemgrenze, das heißt auf politische Widerstände und ökonomische Zwänge stoßen würde, die auch von einer sozialdemokratischen Regierung innerhalb des Kapitalismus nicht zu überwinden seien. Deshalb, so die Quintessenz, sei eine sozialistische Gesellschaft nur zu erreichen, wenn die Arbeiterklasse vorher die politische Macht erringe.

Dies sind eigentlich marxistische Binsenweisheiten. Sie stießen jedoch auf den harten Widerstand des sich als marxistisch verstehenden bisherigen Juso-Vorstands, weil sie klare Aussagen zu zentralen Punkten enthielten, um die sich die Jusos in ihrer bisherigen Theoriediskussion herumgedrückt hatten. Bisher war offengeblieben, ob die Jusos den Sozialismus lediglich auf dem Wege der schrittweisen Reform anstreben, oder ob sie es für unvermeidlich halten, daß die Macht des Kapitals durch Kampf gebrochen wird.

Fast auf jedem Bundeskongreß gab es Beschlüsse, die einerseits schrittweise Reformen forderten, andererseits den Widerstandsmöglichkeiten des Kapitals durch die Forderung nach rigorosen Entmachtungsschlägen begegnen wollten. Die Politik des Einerseits-Andererseits in der Frage Reform und Staat war nun freilich 1975 nicht mehr durchzuhalten.

Sechs Jahre SPD-geführte Bundesregierung haben gezeigt, daß die Kapitalistenklasse so gut wie jede Reform, die ihre Interessen angreift, verhindern kann - sei es, daß sie, wie bei der Mitbestimmung und der Berufsbildung, politischen Widerstand leistet, sei es, daß die ökonomischen Gesetze automatisch für sie wirken: Da die Investitionsbereitschaft der privaten Unternehmer die entscheidende Größe für die Konjunkturbelebung ist, muß die sozialdemokratische Regierung ihre Wirtschaftspolitik an der Investitionsneigung der Unternehmer orientieren, also in der Krise die Lasten einseitig auf die Lohnabhängigen „umverteilen".

Nichts hätte die SPD in dieser Situation nötiger als eine gute Theorie also brauchbare Aussagen darüber, welches die Ursachen von Krise und Inflation sind, auf welche Grenzen ein Staat stoßen muß, der diese Probleme im Rahmen des Kapitalismus zu lösen versucht, und welche Wege der Überwindung dieser Systemgrenzen beschritten werden können.

Sofern die regierenden Sozialdemokraten in Bonn eine Theorie im Kopf haben, läuft sie offensichtlich auf ein Rezept zum Krisenmanagement hinaus, nach dem den Interessen der Unternehmer in jeder Weise Rechnung getragen wird und konsequenterweise auch jede Reformpolitik ausdrücklich aufzugeben ist - in der Hoffnung, auf diese Weise Inflation und Arbeitslosigkeit auf ein Maß zu reduzieren, das den Ausbruch offener sozialer Konflikte verhindert oder in unterdrückbarem Rahmen hält.

Wir können hier die Frage nach der Angemessenheit dieser Theorie offenlassen; es genügt, festzustellen, daß diese Theorie der Krisenbewältigung das genaue Gegenteil der von den Jusos bisher vertretenen Strategie antikapitalistischer Strukturreformen ist. Eine theoretische Gegenposition der Jungsozialisten hätte die Erfahrungen sozialdemokratischer Regierungspolitik aufarbeiten, die Bedeutung von Reformen genauer bestimmen, die vom Kapital gesetzten Reformgrenzen zeigen und Wege über diese Grenzen hinaus weisen müssen.

Bis zum Sonnabend, dem 1. März 1975, 1 Uhr, war der Juso-Kongreß in Wiesbaden dabei, mit der Beratung des Antrags „Reform und Staat" des Bezirks Westliches Westfalen einen Schritt auf diesem Wege zu tun. Dann aber zeigte sich, daß die Erörterung der „Systemgrenze" des Kapitalismus die Grenze dessen ist, was das System SPD an theoretischer Klärung in seinem eigenen Rahmen zuzulassen bereit ist.

Die Juso-Vorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul erklärte, sie selber und die gesamte Mehrheitsgruppe des bisherigen Juso-Bundesvorstandes würden nicht wiederkandidieren, wenn es bei dem Beschluß bleibe, nach dem eine sozialdemokratische Reformpolitik im Kapitalismus auf prinzipielle Grenzen des Systems stoße. Die linke Mehrheit müsse sich dann einen anderen, ihr genehmen Vorstand suchen.

Der Kongreß wurde vertagt, und am nächsten Tag schwenkten 50 Delegierte auf die reformistische Linie des Bundesvorstands um. Ein in der Nacht unter Assistenz von Jochen Steffen beschlossenes Positionspapier des Bundesvorstands wurde mit 174 gegen 103 Stimmen bei 10 Enthaltungen beschlossen. In diesem Papier heißt es zur Frage des Reformismus ohne jede Erklärung und ohne Bezugnahme auf die negativen Erfahrungen der SPD-Reformpolitik: „Zur Errichtung des demokratischen Sozialismus verfolgen die Jungsozialisten das Konzept antikapitalistischer Strukturreformen. Das heißt: Mit den Mitteln der Reform sollen entscheidende Machtverlagerungen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und grundlegende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur durchgesetzt werden, die im Ergebnis eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus konstituieren."

Mit diesem naiven Bekenntnis zum Reformismus als alleinseligmachendem Juso-Dogma haben sich die Jungsozialisten zum erstenmal in eine Position begeben, in der sie sogar der SPD-Rechten hinsichtlich des Realitätsgehalts ihrer Theorie unterlegen sind.

Die theorielose Flucht des neuen und alten Juso-Vorstands in illusionäre Reformhoffnungen - von der bürgerlichen Presse als „Realismus" bestaunt - erinnert an das Verhalten der Shadoks, jener bedauernswerten Bewohner eines unwohnlichen Planeten, die in einer Trickfilmserie in den dritten Fernsehprogrammen vor Jahren Berühmtheit erlangten. Die Shadoks wohnen nämlich auf einem Planeten mit miserablen ökologischen Bedingungen: Er ist platt wie ein Brett, und am Rande fällt dauernd einer ins Weltall. Um auf Planeten mit höherer Lebensqualität zu gelangen, starten die Shadoks unter

Anleitung ihres Cheftheoretikers Professor Shadoko unaufhörlich Weltraum-Raketen, die aber, weil technisch ungeeignet, ihre Insassen jedesmal nur wenige Meter in den Weltraum tragen. Obwohl die Versuche regelmäßig scheitern, verbessern die Shadoks ihre Technik nicht, sondern freuen sich sogar über jeden gescheiterten Versuch. Denn Professor Shadoko hat die Theorie entwickelt: Je häufiger die gescheiterten Versuche, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß einer mal klappt.

Wie bei den Shadoks hat die falsche Theorie bzw. der Theorieverzicht auch bei den Jusos sehr praktische Folgen. Die dogmatische Festlegung auf einen unbegründeten Reformismus bedeutet, daß jene Gruppen, die dem Dogma nicht folgen, exkommunizierbar werden. Auf dem Kongreß in Wiesbaden zeigte sich das daran, daß die Vorsitzende Wieczorek-Zeul zur Bedingung ihrer Wiederkandidatur nicht nur die Annahme des Positionspapiers, sondern auch die Nichtwahl des führenden Kopfes der Opposition, des Hamburger Juso-Vorsitzenden Detlev Albers, machte. Begründung: Albers als Führer der Stamokap-Fraktion vertrete eine Position, die nicht integrierbar sei; seine Wahl in den Vorstand würde zu einem Abbruch der Kontakte der SPD zu den Jusos führen.

Der Juso-Vorstand hat mithin eine neue Klasse von Mitgliedern kreiert: Die Nicht-Reformisten sind zwar noch geduldet, aber nicht mehr vorstandsfähig. Ob diese feine Unterscheidung die Parteiorgane davon abhalten kann, die Nichtreformisten unter Berufung auf die Kongreßbeschlüsse wegen ideologischer Abweichung mit Parteiordnungsverfahren zu belegen, ist zweifelhaft.

Noch gewichtiger ist eine andere praktische Folge des Theorieverzichts. Die Juso-Führung hat deutlich gemacht, daß sie eher den großen Konflikt mit den konsequenten Linken in den eigenen Reihen als mit . der rechten Mehrheit der SPD riskieren will. Das Positionspapier wurde nicht mehr mit theoretischen, sondern mit praktischen Argumenten durchgesetzt: Man dürfe nicht die Kooperationsfähigkeit mit der SPD-Führung verlieren, man müsse sich jetzt auch programmatisch zu der reformistischen Praxis, die man seit je betreibe, bekennen. Was die Wirkung der Jungsozialisten seit ihrer Linkswendung von 1969 ausmachte, war die Bereitschaft, sich diesem Druck der Partei eben gerade nicht zu beugen. Karsten Voigt wäre 1969 niemals zum Bundesvorsitzenden gewählt worden, wenn der damalige Bundeskongreß die Vermeidung des Konflikts mit der SPD über die Artikulation der theoretischen Differenzen mit der Mutterpartei gestellt hätte.

Es gäbe nur eine stichhaltige Begründung für die Anpassung an die Partei, setzt man voraus, daß die Juso-Vorstandsmitglieder ihre sozialistischen Anfänge nicht vergessen haben: Beim derzeitigen Rechtstrend innerhalb und außerhalb der SPD müssen die Linken auf Tauchstation gehen, um ihre Position nicht zu gefährden und für bessere Zeiten gerüstet zu bleiben. Dies ist ein Argument, das die - sich selbst noch als Sozialisten verstehenden - Repräsentanten der Juso-Kongreß-Mehrheit selber nicht aussprechen dürften, weil dann die Ernsthaftigkeit ihres Anpassungsprozesses an die rechte SPD von rechts in Frage gestellt würde. Sie wären dann nicht wirklich, sondern nur taktisch auf Shadok-Position gegangen.

Es ist nicht auszuschließen, daß dies die wirklichen Motive der Wende zum dogmatischen Reformismus von Wiesbaden sind. Aber der Wiesbadener Kongreß hat mehr getan, als nur auf Tauchstation zu gehen. Denn das Positionspapier hat durch die Blockierung der Theoriediskussion Türen zugeschlagen, die künftig nur noch schwer zu öffnen sein werden. Das gilt insbesondere für das Bekenntnis zur Partei um jeden Preis. Unter Punkt 4 des Papiers heißt es: „Ihren Kampf für den demokratischen Sozialismus führen die Jungsozialisten in und mit der SPD, als der einzigen Partei der Bundesrepublik, die breit in der arbeitenden Bevölkerung verankert ist und von ihrer Programmatik und Tradition her auf das Ziel des demokratischen Sozialismus verpflichtet ist."

Dieser Satz wäre auf dem Kongreß auch für die Minderheiten noch akzeptabel gewesen. Der Haken liegt im folgenden Satz, der direkt anschließt: „Theoretischer Anspruch und praktische Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft und der Gesamtpartei dürfen nicht auseinanderfallen." Das heißt im Klartext: Wann immer der theoretische Anspruch mit den Notwendigkeiten der Bindung an die SPD in Widerstreit gerät, ist dieser theoretische Anspruch aufzugeben.

Wie man dies macht, hat der Bundeskongreß von Wiesbaden beispielhaft vorgeführt. Wenn es so weitergeht, dann werden die Jungsozialisten binnen kurzem wieder das sein, was sie bis 1969 zwanzig Jahre lang waren: Eine Karriereförderungsanstalt der SPD, deren frühe Absolventen sich gegenüber ihren Vorgängern aus der Adenauer-Ära allerdings dadurch auszeichnen, daß sie als zusätzliche Qualifikation das marxistische Vokabular kennen.

-

Konkret 04/75, S. 23

Wulf Beleites

Das große Arbeits-Los

Wulf Beleites erlebte, wie man das Vertrauen eines Bürgers in den Sozialstaat zerstört

„Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfe soll ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken." (Paragraph 1, Absatz 2 des Bundessozialhilfegesetzes).

Die Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich ein Sozialstaat. Sie hat die entsprechenden Gesetze und die dazugehörigen Einrichtungen. Allein in Hamburg sorgen 7 Sozialämter dafür, den Empfängern der „Stütze" ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. „Formen der Sozialhilfe sind persönliche Hilfe, Geldleistung oder Sachleistung".

Das Bundessozialhilfegesetz hat über 100 Paragraphen, in denen alle Eventualitäten von Bestattungskosten über Alterssicherung bis hin zur Tuberkuloseuntersuchung geregelt sind. Jeder Bundesbürger kann persönlichen Zwangslagen ruhig entgegensehen, was in Presse und Rundfunk von Politikern und Behördenvertretern auch immer wieder bestätigt wird.

Zur Hilfe für den Einzelnen hat der Staat Beamte eingesetzt, Paragraph 8, Absatz 2: „Zur persönlichen Hilfe gehören auch die Beratung in Fragen der Sozialhilfe sowie die Beratung in sonstigen sozialen Angelegenheiten, soweit letztere nicht von anderen Stellen oder Personen wahrzunehmen ist." Also: irgendjemand wird einem schon hilfreich zur Seite stehen.

Tritt der Ernstfall ein, so ist der Glaube an den Sozialstaat ungebrochen. Kindlich vertraut man sich den Behörden an, denn die sind ja für einen da. So hat man es gelernt, so hört man es jeden Abend um 20 Uhr wieder.

Einmal arbeitslos, sofort zum Arbeitsamt. Denn die Unterstützung wird nicht vom Tag der Arbeitslosigkeit, sondern vom Tag der Meldung beim Arbeitsamt an gezahlt. Alles muß seine Ordnung haben. Daher ist man nicht sonderlich erstaunt über den Packen Formulare, die man ausfüllen muß.

Alles scheint geregelt. Begleitende Hinweise stärken das Vertrauen: „Sie vermeiden Verzögerungen und zeitaufwendige Rückfragen bei der Antragsabgabe und tragen dazu bei, daß ihr Antrag zügig bearbeitet werden kann, wenn Sie folgende Punkte beachten: Bitte füllen Sie den Antragsvordruck gut leserlich aus. Jede Frage muß eindeutig beantwortet werden. Bleistifteintragungen sind unzulässig. Bitte legen Sie am Tage der Antragsabgabe neben dem ausgefüllten Antragsvordruck auch die nachstehend bezeichneten Unterlagen vor." Hierbei handelt es sich um etwa zehn Unterlagen und obendrein noch vier „Ggf.-Bescheide". „Ggf." bedeutet gegebenenfalls. Dem Antragssteller wird Diskretion zugesichert und am Ende ein „Dank für die Beachtung dieser Hinweise" ausgesprochen. Er füllt alles ganz genau und gewissenhaft nicht mit Bleistift aus, hält sich an den vereinbarten Termin der Antragsabgabe, um nicht „unter Umständen längere Wartezeiten in Kauf (zu) nehmen". Und dann wartet er.

Nach knapp einer Woche beginnt er ungeduldig zu werden. Immer noch ist kein Bescheid vom Arbeitsamt gekommen, noch kein Geld auf dem angegebenen Konto eingegangen. Bald werden fällige Zahlungen angemahnt werden. Ein grünes Merkblatt „Wann, wie und wo erhalte ich vom Arbeitsamt Hamburg Rat und Auskunft in Fragen des Leistungsrechts?" zeigt mir drei Möglichkeiten: 1. Schriftliches Auskunftsersuchen, z. Persönliche Vorsprache, 3. Telefonischer Anruf beim Arbeitsamt. Alles ist geregelt. Mein Vertrauen wächst.

Ich wähle den dritten, den telefonischen Weg. Ich werde um Verständnis dafür gebeten, „daß das Arbeitsamt telefonische Auskünfte nur montags bis donnerstags in der Zeit von 14 bis 16 Uhr" unter drei Rufnummern erteilen kann. Pünktlich mittags um zwei rufe ich also an. Besetzt. Nach mehrmaligen Versuchen komme ich durch, aber es hebt niemand ab. Bei den beiden anderen Nummern das gleiche. Von der Vermittlung werde ich belehrt, daß „man diese grünen Zettel gar nicht rausgeben sollte. Die haben Publikumsverkehr, die gehen gar nicht ran. Da müssen Sie schon selber hingehen."

Der Vormittag ist für persönliche Vorsprachen vorgesehen, eingeteilt in einen nach den Endziffern der Stammnummern ausgeklügelten Zeitplan. „Sie werden gebeten, den umseitigen Zeitplan einzuhalten."

Für mich mit der Endziffer 38 bedeutet das Freitag, 8.00 bis 8.45 Uhr. Ich erhalte eine Nummer, ich würde aufgerufen. Kurz vor elf komme ich dran. Der Sachbearbeiter fragt, was ich will und begibt sich auf die Suche nach meiner Akte. Die Akte sei noch nicht in Bearbeitung, er könne mir noch keine Auskunft geben. Eine Zwischenzahlung sei noch nicht

möglich. Aber ich könne beim Sozialamt Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen.

Wieder einmal bin ich beruhigt: Ein Rädchen des Sozialstaates greift in das andere. Im tristen Flur des Sozialamtes Barmbek-Uhlenhorst - -Sprechstunde nur montags und donnerstags - werde ich von anderen Wartenden daraufhingewiesen, mich durch Abgabe meines Personalausweises anzumelden und dann mit ihnen zu warten. Die Warterei zahlt sich aus, nach zwanzig Minuten werde ich aufgerufen. Mein Anliegen wird von einer Sachbearbeiterin zur Kenntnis genommen, ich darf den Raum wieder verlassen und warte weiter.

Da alle anderen auf dem Flur geduldig warten, warte ich auch. Nach etwa eineinhalb Stunden habe ich aber genug gewartet und erkundige mich. „Wir rufen Sie schon auf." Also warte ich weiter und blicke jedesmal, wenn sich eine Tür öffnet, erwartungsvoll auf. Schließlich muß ich mich ja in Geduld fassen, denn ich bin es ja, der hier etwas will und nicht die Beamten.

Aber als ich nach einer weiteren Breiviertel Stunde erfahre, daß mir für eine Woche eine „Unterstützung zum Lebensunterhalt" von DM 56,70 bewilligt wird, fühle ich mich endlich verarscht. Dabei hatte ich noch vor etwa einer Stunde die Reaktion eines anderen komisch gefunden, der seine Zahlungsanweisung als Aufforderung verstand, sich eine Knarre zu kaufen, um sich seine Hasen selbst zu schießen.

Kein Wort der Beratung war gefallen, keine persönliche Hilfe erteilt worden, auch nicht auf meine Frage, wie ich mit einem solch lächerlichen Betrag auskommen solle. lm Radio hatte ich ja mal etwas von Weihnachtsgeld für Sozialhilfeempfänger gehört. Ein wenig schüchtern, weil mir meine Sachbearbeiterin nichts von einem Weihnachtsgeld gesagt hatte, erkundigte ich mich, ob das auch auf mich zuträfe. Ja, aber ich solle warten. Nach einer weiteren halben Stunde bekam ich ein ausgefülltes Formular, das mir den Empfang weiterer zweihundert Mark Weihnachtsgeld an der Amtskasse ermöglichte.

Paragraph 12 des Bundessozialhilfegesetzes beschreibt den notwendigen Lebensunterhalt: „Der notwendige Lebensunterhalt umfaßt besonders Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehören in vertretbarem Umfange auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben."

Nach dreimaliger Zahlung des Unterstützungsgeldes, das sich unverständlicherweise von 56,70 über 60,65 auf 60,70 Mark erhöht hatte, wurde mir mitgeteilt, daß ich nunmehr Unterstützungsarbeit annehmen müsse. Ich müsse mich zu dem Betriebshof Rondenbarg begeben und dort melden. Keine näheren Hinweise. Der einzige Anhaltspunkt war ein verschlossener Brief an den Betriebsleiter, den ich bei Arbeitsbeginn abgeben solle.

Unmündig, wie ich im Umgang mit den Behörden geworden war, öffnete ich den Brief und entnahm ihm, daß „nach Rücksprache mit SH 22 Beleites, Wulf am 21. 1. 75 zur Arbeitsleistung an 4 Tagen in der Woche bei 7stündiger Arbeitszeit eingewiesen" wird. Bei dem Vordruck „arbeitsfähig" war in das betreffende Kästchen ein Kreuz gemacht.

Arbeitsbeginn 8.30 Uhr, Betriebsstätte Bahrenfeld, Rondenbarg 21, Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde. Hinter dem großen Eisentor beschleicht mich ein unangenehmes Gefühl. Rechts ein freier Platz, dann von Unkraut und Gras überwucherte, verrostete Eisenbahnschienen, daneben eine Rampe. Zur linken, an der Rampe, ein flacher Längsbau mit mehreren großen Türen. An der Stirnseite ein ebenfalls weißgetünchter Querbau. Die erste Assoziation ist ein Arbeitslager. Erst später erfahre ich, daß die Betriebsstätte Rondenbarg früher ein KZ-Verschiebebahnhof war. Von hier wurden Menschen nach Neuengamme, Auschwitz und in andere Vernichtungslager verfrachtet.

Beim Betriebsleiter bekomme ich eine „Gegenkarte für geleistete Arbeit", die ich jeden Morgen bei Arbeitsantritt abzugeben habe. Am Nachmittag werde ich sie jeweils abgestempelt zurückerhalten. Diese Karte habe ich beim Sozialamt vorzuzeigen. Für Gänge zum Sozialamt, zum Arzt oder für Bewerbungen stehe mir die Zeit bis elf Uhr vormittags zur Verfügung, sollte ich später kommen, könne mir nur das halbe Geld ausgezahlt werden. In meine Arbeit würde ich in Raum 18 eingewiesen und 6,10 Mark bekäme ich.

In Raum 18 erfahre ich, daß es früher nur 5,30 Mark gewesen seien, aber nach der letzten Fahrpreiserhöhung sei der Arbeitslohn um 80 Pfennig heraufgesetzt. 6,10 Mark finde ich eigentlich ganz gut. Das sind in der Woche 170,80 Mark, und dazu noch das Geld von der Sozialbehörde. Im Paragraphen 1 war ja auch von einem menschenwürdigen Leben die Rede.

Aus meinen Träumen werde ich erst herausgerissen, als mich ein Kollege aufklärt, daß die 6,10 nicht pro Stunde gezahlt werden, sondern für einen ganzen Tag. Ich glaube ihm nicht und gehe zum Betriebsleiter. Der weist mich auf meine Arbeitskarte hin. „Die tägliche Entschädigung beträgt 6,10 DM". Wohl um mich zu beruhigen, teilt er mir mit, daß ich jeden Tag kostenlos zu Mittag essen könne, aber nur, wenn die vom Pik-As etwas übriglassen. Dies sei aber meist der Fall.

Zwei Gruppen von Beschäftigten arbeiten im Rondenbarg. Die erste, zu der ich gehöre, sind Arbeitslose, über deren Bescheid beim Arbeitsamt noch nicht entschieden ist und die daher auf die Sozialämter angewiesen sind. Zu uns gehören aber auch solche, die keine Ansprüche an das Arbeitsamt haben, früher aber einmal gearbeitet haben. Nur haben sie ihre 26 Wochen nicht voll. Entweder haben sie nur gelegentlich gejobt, meist im Hafen, oder aber sie kommen aus dem Gefängnis. Da sie keine Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt haben, müssen sie nun mit der Stütze vom Sozialamt vorliebnehmen.

Die zweite Gruppe, das sind die „nichtseßhaften Männer", im allgemeinen Sprachgebrauch Stadtstreicher, von den anderen abfällig Penner oder „Assis" genannt, nach dem „Pik-As", einem der Obdachlosenasyle in Hamburg. Die Assis kommen nicht in den Rondenbarg, um täglich die 6,10 Mark zu verdienen, sondern sie müssen im sozialen Programm einer „Gewöhnung an Arbeit" hierher, um täglich ihre Essens- und Übernachtungsmarke zu bekommen. Im Sommer, so werde ich belehrt, seien weniger von ihnen in der Betriebsstätte. Die „Normalen" blicken auf die Assis mit Verachtung herab, denn sie haben immerhin schon mal gearbeitet; jeder braucht eben seinen Underdog.

Die Arbeit ist gar nicht so schwierig. Wir müssen alte Akten aus den Jahren 1959 bis 63 sortieren. Die Akten werden auseinandergerissen und dann gestapelt: Aktendeckel, weißes Papier, buntes Papier.

„Wir haben hier welche, die machen das schon 15 Jahre." Ein Fünfjähriger hat vor zwei Wochen mal einen Neuen verprügelt, weil dieser an seinen Tisch gestoßen sei, so daß seine akkurat aufgebauten Blätterberge, weiß auf weiß, bunt auf bunt, Ecke auf Ecke, verrutschten und er noch einmal neu richten mußte.

Dreimal an meinem ersten Arbeitstag kommt ein Unfallwagen, um besoffene Assis abzutransportieren. Wir Normalen sind sauer auf die Assis, die es dem Betriebsleiter so schwermachen. Außerdem wird wegen der Vorfälle am nächsten Tag am Eingang eine Taschenkontrolle durchgeführt, damit kein Alkohol eingeschmuggelt werden kann. Das haben wir alles nur den Pennern zu verdanken.

Aber noch größer ist der Haß auf die vom Sozialamt, die einen „wie den letzten Dreck behandeln". Ein ehemaliger Hafenarbeiter faßt seine Erfahrungen zusammen: „Ich erzähle denen, daß man hier doch nicht arbeiten könne, das sei doch menschenunwürdig. Sagen die doch glatt, na dann suchen Sie sich doch 'ne Arbeit. Beste Frau, sage ich, Sie wissen doch, es gibt zur Zeit 11/2 Millionen Arbeitslose. Da sagt das junge Ding, ja, das weiß ich, aber wieso ausgerechnet Sie?"

Im Rondenbarg endlich werde ich über meine Rechte dem Sozialamt gegenüber aufgeklärt. Ich hätte gleich von Anfang an Anspruch auf Wohngeld, Fahrscheine, Essensgeld, Bekleidungsunterstützung und einiges mehr. Dieses neue Wissen nützt mir aber nicht mehr viel. Endlich, nach zwei Monaten ist beim Arbeitsamt positiv entschieden worden. Gleichzeitig mit der Bewilligung erreicht mich aber auch ein anderer Bescheid des Arbeitsamtes: „Gemäß Paragraph 90 Bundessozialhilfegesetz, wird ein Betrag von 325,40 DM von der Ihnen zu bewilligenden Leistung einbehalten und an den Sozialhilfeträger überwiesen." In diesen 325,40 Mark, so errechne ich, sind auch die täglichen 6,10 Mark vom Rondenbarg enthalten.

Die BRD ist nicht nur ein Sozialstaat, sondern auch ein ordentlicher Sozialstaat.

Konkret 04/75, S. 25

Zufälle

Vor dreißig Jahren kapitulierte Nazi-Deutschland. Bis dahin gab es einen „Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler“, einen Zusammenschluß von NS-Helfern aus Industrie und Bankgewerbe. Danach gab es eine Weile lang nichts. Seit 1963 gibt es den „Wirtschaftsrat der CDU e.V.“. Natürlich hat dieser Wirtschaftsrat mit dem Freundeskreis Himmlers im Wortsinne nichts zu tun. Übereinstimmungen sind zufällig. Wie zum Beispiel diese:

Siemens AG:

Mitglied des SS-Freundeskreises war Dr. Rudolf Bingel, Generaldirektor der Siemens-Schuckert AG. Im Vorstand des CDU-Wirtschaftsrats sitzen Peter von Siemens und Siemens-Vorstand Dr. Gisbert Kley. Kley ist außerdem Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

IG-Farben:

Die IG-Farben waren im SS-Freundeskreis durch ihr Vorstandsmitglied Dr. Heinrich Bütefisch vertreten. 1945 ordneten die Alliierten die Auflösung der IG-Farben an. Seither firmieren die Chemie-Riesen wieder getrennt. Im Wirtschaftsrat der CDU sind sie jetzt vertreten durch BASF-Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Heintzeler und durch Dr. Günther Böhme von den Farbenfabriken Bayer, Leverkusen.

Daimler-Benz:

Der württembergische Auto-Konzern gehörte der Flick-Gruppe bis vor kurzem zu 35 Prozent (jetzt: 110 Prozent). Im SS-Freundeskreis war die Flick-Gruppe durch Friedrich Flick und seinen Vertrauensmann Otto Steinbrick (Mitteldeutsche Stahlwerke) vertreten. Im Vorstand des CDU-Wirtschaftsrats sitzt Daimler-Vorstandssprecher Joachim Zahn.

Deutsche Bank:

In Himmlers Freundeskreis nahm das Vorstandsmitglied Karl Ritter von Halt die Interessen der Deutschen Bank wahr. Im CDU-Wirtschaftsrat sitzt DB-Vorstand Dr. Friedrich Wilhelm Christian.

Dr. August Oetker:

Für den Pudding-Konzern saß Richard Kaselowsky im Freundeskreis des SS-Reichsführers. Oetker-Direktor Alexander Elbrächter zählt zu den Gründungsmitgliedern des CDU-Wirtschaftsrats. Auch der Chef, Rudolf August Oetker, im Zweiten Weltkrieg Mitglied einer SS-Einheit, gehört dem CDU-Wirtschaftsrat an.

Schröder-Münchmeyer-Hengst & Co.:

Kurt Freiherr von Schröder, Chef des Bankhauses Schröder Gebrüder & Co., war Schatzmeister des Himmler-Freundeskreises. Alwin Münchmeyer, Chef des heutigen Bankhauses und Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, ist Präsidiumsmitglied des CDU-Wirtschaftsrats.

Zufälle? Es gibt Zufälle, die einem ganz schön auf die Nerven gehen

Konkret 04/75, S. 26

Norbert Blüm

Authentische Befreiung

Norbert Blüm berichtet aus Südamerika:

Man muß den Reichtum südamerikanischer Hauptstädte mit eigenen Augen gesehen haben, um sich eine Vorstellung von der Armut machen zu können. Es ist vielerorts so: Maßloses Elend am Rande und Pracht und Protz in der City.

Die Wellblechkolonien und Lehmhüttenfelder umschlingen die Stadtkerne das Wohlstands und vermitteln dem Besucher geradezu die sinnliche Erfahrung einer bevorstehenden Kesselschlacht. Elektrische Zäune, revolverbeladene Diener, zähnefletschende Doggen, hinter denen die Reichen in den Wohlstandsvierteln ihre Angst verstecken, legen die fast paradoxe Frage nahe, wer sitzt denn hier eigentlich im Gefängnis?

In diesem Klima der Irrationalität wuchern die Revolutionsrezepte wie subtropische Gewächse. Und natürlich fehlen auch nicht gewerkschaftliche Strategien der Umwälzung.

Unter den drei großen Gewerkschaftsrichtungen Amerikas gewinnt die CLAT (Central Latinoamericano de Trabajadores) zusehends an Einfluß. Die CLAT wurde 1954 vornehmlich von den Mitgliedern der christlichen Arbeiterjugend gegründet. Sie verstand sich als revolutionäre Alternative zu der kapitalistischen, von den USA beherrschten Gewerkschaft ORIT und der kommunistischen CESPAL.

Die CLAT läßt sich nicht einfach als eine christliche Richtungsgewerkschaft abtun, weil sie sich inzwischen als die Organisation aller derjenigen begreift, die die authentische Befreiung Lateinamerikas betreiben. Sie wirft den kommunistischen wie den dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehörenden Gewerkschaften vor, daß für diese der gewerkschaftliche Kampf nur Mittel zum außerhalb Lateinamerikas liegenden Zwecke sei.

Sowohl GRIT wie CESPAL sind in den Augen der CLAT vornehmlich außenpolitische Instrumente und dienen deshalb nicht den Interessen der lateinamerikanischen Massen.

„Authentische Befreiung" ist die zentrale Kategorie der CLAT-Ideologie. Befreiung kann immer nur das Werk der Befreiten sein. Ferngesteuerte Konspiration ist deshalb Zweckentfremdung der Befreiung, die Formen der Unterdrückung sind, wie Lateinamerika beweist, eben nicht global konfektioniert, und deshalb muß jede Form der Befreiung die Bedingungen einkalkulieren, mit denen das jeweils herrschende System die Unterdrückung funktionsfähig erhält.

Das lateinamerikanische System läßt sich nicht einfach als ein System kapitalistischer Ausbeutung abheften. Die kapitalistische Ausbeutung ist hier eine originäre Symbiose mit den frühkolonialen Formen der paternalistischen Unterdrückung eingegangen. Dies verleiht dem lateinamerikanischen System seine unverwechselbare Originalität.

In den Köpfen der Massen vermischt sich der über Generationen eingeübte Glaube an die Obrigkeit und die Ehrfurcht vor dem Patron mit der Bewunderung für die technokratische Perfektion des Industriesystems. Zugegeben, der Damm bricht, aber vorerst gewährt der technokratische Paternalismus noch Schutz denjenigen, die aus Lateinamerika ihren Profit ziehen. Gegen diese spezifisch lateinamerikanische Voreingenommenheit für Unterdrückung setzt die CLAT die Strategie der Massenaufklärung mittels arbeitnehmereigener Bildung.

Die Konzeption der CLAT unterscheidet sich aber auch in einer anderen Hinsicht von der klassischen Gewerkschaftstheorie, wie sie besonders von der GRIT propagiert wird. Eine Organisation lediglich der Arbeiterschaft führt nach Auffassung der CLAT auf dem kürzesten Weg zu einer Arbeitnehmeraristokratie, die lediglich das Verhalten des Establishments, das sie bekämpft, auf unterer Ebene simuliert, und die Beispiele aus gerade jüngster Zeit beweisen die Richtigkeit dieser Annahme. Denn nicht nur *ein* Streik wurde in Lateinamerika geführt, weil etablierte Arbeiter ihre Privilegien nicht zugunsten der verelendeten Massen abzubauen bereit waren.

In Venezuela kam es vor nicht langer Zeit zum Streik der Stahlarbeiter, weil sie durch die Nationalisierung einen Teil der betrieblichen Sozialleistungen, die ihnen die United Steel Company gewährt hatte, bedroht sahen. Aber wie soll in Südamerika eine systemverändernde Solidarität entstehen, wenn Gruppenegoismus zum Kristallisationspunkt gewerkschaftlicher Organisation wird.

Die CLAT propagiert die stellvertretende Solidarität der Arbeiterklasse, die durch ein Engagement auch für die noch nicht organisationsfähige Marginalbevölkerung eingelöst wird.

Die Scheuklappen unserer traditionellen Gewerkschaftsorganisation sollten uns nicht den Blick versperren für eine neue Form gewerkschaftlicher Solidarität, die nicht lediglich Selbsthilfe einschließt, sondern Stellvertretung als Übergangshilfe in ein System der Selbstbefreiung akzeptiert. Die CLAT liefert dazu ein Modell.

Konkret 04/75, S. 28

Die traurige Wissenschaft

KONKRET-Serie Student '75, 3. Teil: Lernen und Forschen - was, wie und für wen?

Ginge es nach der „Hör zu", die bundesdeutschen Hochschulen würden in kürzester Zeit eher Hundezwingern als wissenschaftlichen Anstalten gleichen. Nachdem nämlich die „größte Zeitschrift des Kontinents" in einer Psycho-Serie festgestellt hatte, daß Studenten alleweil zwanghaft mit einem Buch unterm Arm herumlaufen und lesend ihre Neurosen kompensieren, folgte unlängst der Rat: Nehmt ein Haustier mit in die Uni!

Abgesehen davon, daß in der Regel die Behörden Tieren den Zugang zu öffentlichen Gebäuden verwehren, dürfte auch Lasst' die - richtig erkannte - psychische Not der meisten Studenten kaum lindern können. Kehren wir aber die Folge von Seelen-Defekt und Lesezwang um, kommen wir (wie fast immer, wenn Springer-Redakteure von Abhängigkeiten reden) zum Kern des Problems.

Unter dem Etikett „Verschulung" verschärfen sich seit einigen Semestern Studienreglementierung und Prüfungsdruck. Angst, den wegen der Zulassungsbeschränkungen oft mühsam genug errungenen Studienplatz wieder zu verlieren, paart sich mit Ungewißheit über die berufliche Zukunft. Denn, so der frühere Arbeitgeber-Chef Siegfried Balke, „der Ersatz des Lernzwangs durch Diskussionsfreiheit wird von der Gesellschaft wahrscheinlich nur mit der Arbeitslosenunterstützung honoriert". So weicht wissenschaftliche Arbeit, „die Kritik von Lehrmeinungen sowie die Erarbeitung und Äußerung wissenschaftlicher und künstlerischer Meinungen", wie sie der DGB fordert, immer häufiger stupidem Paukertum.

Das bleibt längst nicht auf die in dieser Hinsicht klassischen Fächer wie Jura beschränkt, wo die Studenten zur Bewältigung ihrer „Fall-Klempnerei" auch noch durch horrende Repetitoren-Honorare gebeutelt werden. Bevor ihnen die Grundbegriffe ihrer Wissenschaft vermittelt werden, müssen zum Beispiel Psychologie-Erstsemester in Statistik-Kursen die Wahrscheinlichkeit bestimmen, mit der eine Blumenzwiebel keimt, oder den Mittelwert und die Varianz der Lebensdauer einer bestimmten Anzahl von Glühbirnen errechnen. Was zählt, sind nicht Einsichten in Zusammenhänge, sondern „Scheine", Klausuren und Zwischenprüfungen. Vor allem für Studenten, die auf (befristete und von formalen Leistungs-Attesten abhängige) BAFöG-Stipendien angewiesen sind, wird die Ausbildung im doppelten Sinn zum Schein-Studium.

Seit einigen Monaten kursiert an den Hochschulen ein Aufsatz des Westberliner Assistenten Wolf Wagner über den großen „Bluff" beim Studieren:

„So wie man kreditwürdig sein kann, wenn man den Anschein von Reichtum erwecken kann, so ist es auch möglich, an der Universität die Kriterien über Verbleib und Fortkommen zu einem guten Teil durch Bluff zu erfüllen." Und weiter: „Die Stoffe, für die man sich inhaltlich interessierte, muß man beiseite lassen, um die möglicherweise geforderte Breite im Wissen zu erreichen. Die bereits vorhandenen Minderwertigkeitsängste und Unsicherheiten erzeugen das widersprüchliche Bedürfnis, den Bluff immer perfekter auszubauen, wodurch die Angst vor der Aufdeckung in der Prüfung und in der Folge die Angst vor dem zu lernenden Stoff, seine negative Besetzung, noch weiter zugespitzt wird."

Verständlich, daß allzu viele Studenten dem Streß eines unsystematischen, ihre eigenen Interessen und Berufsorientierung ignorierenden Wissenschaftsbetriebs - zumal bei finanzieller Notlage - nicht gewachsen sind: Die Quote der Studien-Abbrecher wird auf 20 bis 30 Prozent geschätzt.

Eine weitere Verschärfung dieser Situation ist abzusehen, denn das Hochschulrahmengesetz (HRG) schreibt, sollte es in Kraft treten, für alle Ausbildungsgänge Regelstudienzeiten vor (meist sechs oder acht Semester). Was das für Studenten und Wissenschaft bedeutet, kann seit Herbst 1970 an der Universität Augsburg beobachtet werden. Die dort für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeführte Regelstudienzeit brachte, so der Augsburger Psychologe Walt Molt, „ein total verschultes System, in dem die Studenten von Klausur zu Klausur getrieben werden, ohne Möglichkeit zu schöpferischen, wissenschaftlichen Arbeiten". über eine Unzahl „studienbegleitender" Klausuren mit einer Durchfall-Rate von bis zu 40 Prozent und 60 Prüfungsstunden führt die Ochsentour nach maximal vier Jahren zum Abschluß-Examen. Für 71 von 190 Kommilitonen aus dem ersten Regelstudienzeit-Jahrgang hat sie sich nicht gelohnt: Sie blieben Ende 1974 ohne Diplom.

Es liegt auf der Hand, daß solche oder ähnliche rahmengesetzliche Regelungen sämtliche Studienreform-Ansätze bundesweit zunichte machen könnten. Zwar sieht auch das HRG Studienreform-Kommissionen vor. Ihre Aufgabe soll sich aber im wesentlichen auf die Erarbeitung von Prüfungsordnungen und auf die Kanonisierung des Lernstoffs für die Kurzstudiengänge beschränken. Nur 15 Prozent aller Studenten soll laut Bildungsgesamtplan ein Aufbau-Studium mit wissenschaftlicher Qualifizierung erlaubt werden. „Schmalspur-Ausbildung" nennt das der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), der vor allem fürchtet, daß durch Staatsaufsicht und Hinzuziehung von „Fachverbänden", wie sie das HRG für die Studienreform-Kommissionen vorsieht, „die Studiengänge inhaltlich an den kurzfristigen Verwertungsinteressen der Industrie orientiert werden".

Nun ist es aber fraglich, ob es in absehbarer Zeit ein Hochschulrahmengesetz geben wird. Nicht nur die Studenten und ein Gutteil der Hochschul-Lehrer sind dagegen. Auch der DGB meinte bereits vor der Ablehnung des vom Bundestag verabschiedeten Regierungs-Entwurfs durch die Länder-Vertretung: „Da nach den Ankündigungen der Opposition weitere Verschlechterungen zu erwarten sind, ist es besser, zur Zeit ganz auf das HRG zu verzichten."

Tatsächlich schickten Ende Februar die CDU/CSU-Vertreter im Bundesrat das Gesetz mit weit über hundert Änderungsanträgen an den Vermittlungsausschuß zurück, was jetzt auch SPD-Politikern die Reform-Freude vergällt. Denn der Union geht es nicht nur um weitere Festigung der Professoren-Macht, um den Ausbau des „Gewaltschutz-Paragraphen" zum umfassenden Ordnungsrecht und die endgültige Abschaffung der Organe studentischer Interessenvertretung - ihr Widerspruch richtet sich vor allem gegen die Formulierung von der „Verantwortung der Hochschul-Angehörigen vor der Gesellschaft". Was Wunder! Schließlich könnte solche gesellschaftliche Verantwortung, ernst genommen, zum Beispiel die „Ehe zwischen Wehrwesen und Naturwissenschaft" (Strauß) gefährden.

Etwa die Hälfte aller Forschungsausgaben in der Bundesrepublik werden gegenwärtig durch den Staat finanziert. Dabei entfallen 25 bis 30 Prozent der staatlichen Mittel auf direkte militärische Forschung. Rechnet man die strategisch wichtige Kern- und Weltraumforschung hinzu, erhöht sich die Quote auf 55 bis 60 Prozent. Wenn auch das Verteidigungsministerium nur den geringsten Teil seiner Forschungs-Aufträge an öffentliche Hochschulen vergibt, und damit nach den KONKRET-Enthüllungen über universitäre Kriegsforschung (21/1969) offensichtlich noch zurückhaltender wurde, arbeiten zwischen 100 und 120 Hochschulinstitute für die Hardthöhe.

Hinzu kommen die Institute und Wissenschaftler, die direkt von der Rüstungs-Industrie unter Vertrag genommen werden. Schwerpunkte der Kriegsforschung liegen u. a. in Ballistik, Kernphysik, Elektronik, Informatik, Ozeanographie, Luft- und Raumfahrtforschung, Optik, Kybernetik und Chemie einschließlich ABC-Forschung. Aber auch scheinbar unverfängliche Fächer wie Linguistik werden von den Militärs gebraucht. So hatten beispielsweise vor einiger Zeit die angehenden Deutschlehrer in Hamburg alle Mühe, ein Forschungsprojekt des Bundessprachen-Amts (ein Ableger des Verteidigungsministeriums) abzuwimmeln.

Doch bleibt es bei weitem nicht auf Rüstungs-Forschung beschränkt, wenn der GEW-Vorsitzende Frister sagt: „Selten sind die Interessen der Mehrheit des Volkes als Entscheidungskriterien für wissenschaftliches Arbeiten bewußt akzeptiert worden." Auch Disziplinen wie Betriebs-Psychologie und REFA-Forschung oder die Arbeit der meisten Osteuropa- und Iberoamerika-Instituten bilden hier nur Eckpfeiler.

Bereits 1949, noch vor der Gründung der BRD, hatte die Großindustrie ihren Einfluß auf den Wissenschaftsbetrieb mit dem „Stifterverband für die deutsche Wirtschaft" organisatorisch abgesichert. Die Mittel des „Stifterverbands" machen ein Drittel des Etats der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Zentralstelle für Projekt-Auswahl und Vergabe von Forschungs-Geldern, aus. In ihrem Kuratorium sitzen fünf „Stifter" neben elf Bund-Länder-Vertretern; im Ausschuß für angewandte Forschung bereits neun Unternehmer-Vertreter neben neun aus Bund und Ländern und acht sogenannten Unabhängigen.

Außer der DFG entscheiden noch zwei weitere staatlich geförderte Institutionen über Forschungs- und Entwicklungs-Vorhaben: die Fraunhofer-Gesellschaft, die ausschließlich und geheim für das Verteidigungsministerium arbeitet, und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Sie wird zu über 90 Prozent durch auflagenfreie Global-Zuweisungen von Bund und Ländern finanziert. Ihr wichtigstes Entscheidungs-Gremium, der Senat, aber setzt sich aus zehn Wissenschaftlern, fünf „Unabhängigen", fünf Bund-Länder-Vertretern und sechzehn (!) Repräsentanten der Großkonzerne und Banken (u. a. Deutsche, Dresdner und Commerz-Bank, BASF, Bayer, Hoechst, AEG, Siemens, Krupp und Mannesmann) zusammen. (Ist da noch jemand, der nicht weiß, was Stamokap heißt?)

Zurecht sieht der DGB bei solcher „Filzokratie" die Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet. Er fordert: „Im besonderen muß die Forschung von der Einflußnahme privatwirtschaftlicher Interessen durch geheime Auftragsforschung und die dadurch bedingte Abhängigkeit ganzer Institute von finanziellen Zuwendungen der Industrie befreit werden."

Sogar der Wissenschaftsrat, selbst ein von Staats- und Kapital-Vertretern gebildetes Planungs-Gremium, gibt zu: „Die Hochschulorgane - und die Kultusministerien - sind nur in Ausnahmefällen darüber informiert, worüber und mit welchen Mitteln innerhalb der Hochschule geforscht wird."

Natürlich erstrecken sich die Monopol-Interessen im Hochschulbereich nicht nur auf die Forschung, sondern vor allem auch auf die Lehre. Hier aber läuft die Einflußnahme über noch dunklere Kanäle. Offenbar führt dies häufig zu verborgenem Wildwuchs, was den Siemens-Konzern zu einem aufschlußreichen internen Rundschreiben veranlaßte: „Lehrstühle an Universitäten werden heute in der Regel ausgeschrieben. Unabhängig hiervon werden aber weiterhin leitende Herren unseres Hauses bei der Aufstellung von Berufungslisten um Rat und Vorschläge gebeten . . . Die unterschiedlichen Formen der Kontaktaufnahme, häufig an verschiedenen Stellen unseres Hauses parallel, machen es wünschenswert, einen Überblick zu behalten und die Vorschläge aufeinander abzustimmen."

Welche Chuzpe, angesichts solcher Verhältnisse wie Filbinger vor dem Bundesrat in der „Verantwortung vor der Gesellschaft" eine Beeinträchtigung der Wissenschaft zu sehen.

Diejenigen, die mit ihren Steuergeldern und den von ihnen erarbeiteten Konzern-Gewinnen Forschung und Lehre finanzieren, bleibt fast überall jeglicher Einfluß auf den Wissenschaftsbetrieb verwehrt. Ein Ansatz, dies zu ändern, wurde an einigen Hochschulen und Instituten mit der teilweisen Verwirklichung einer alten Forderung der Studentenbewegung und des DGB gemacht: drittelparitätische Besetzung aller Entscheidungs-Gremien mit Hochschul-Lehrern, Studenten und nichtwissenschaftlichem Personal. Ein Ansatz, der inzwischen von Bendas Karlsruher Gericht für verfassungswidrig erklärt wurde - wenige Monate, nachdem die FAZ geschrieben hatte: „Ohne die Abschaffung der Mitbestimmung bekommen wir in der gesamten Hochschul-Reform keinen festen Boden unter die Füße." Als ob „sie" diesen festen Boden je verloren hätten.

Die konservativ-liberale Ordinarien der Weimarer Zeit und - bis auf wenige Ausnahmen - auch die braunen Kapazitäten der Hitler-Diktatur kehrten nach 1945 wieder an die Hochschulen zurück: prominente Alt-Nazis wie der Soziologe Arnold Gehlen, der Atom-Physiker Pascual Jordan, der Jurist Theodor Maunz oder der Psychologe Peter Hofstätter - und weniger prominente wie die faschistische Rassentheoretikerin Schwidetzky-Roesing, die 1960 ausgerechnet zum Direktor des Anthropologischen Instituts der Universität Mainz berufen wurde, der führende NS-Völkerrechtler und Ribbentropp-Berater Berber, der 1954 ausgerechnet in den Vorstand des Instituts für Völkerrecht der Universität München aufstieg, oder auch der Hitler-Generalstäbler Baudissin, dessen NATO-Karriere ausgerechnet im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg endet.

Der Historiker Imanuel Geiss sagte hierzu auf einem gemeinsamen Mitbestimmungs-Kongreß von VDS und GEW: „Die Ordinarien-Universität gab ihnen die Mittel an die Hand, durch unkontrollierte Mechanismen der Selektion, Repression und Patronage einen Nachwuchs heranzuziehen, der weitgehend in die Fußstapfen der Alten trat." Und wo Marxisten mit dem heiligen Wissenschafts-Pluralismus ernst machen wollten, war man bald wieder mit Berufsverboten zur Stelle, die sich inzwischen zum Theorie-Verbot auswachsen. Da werden Prüfungs-Arbeiten, die marxistische Kategorien verwenden, kurzerhand herabgenotet, ja, da werden sogar die Bücher des Kommunikations-Soziologen Horst Holzer (DKP) aus der Münchener Universitäts-Bibliothek entfernt.

Das Berufsverbot droht zur Routine zu werden; die unspektakulären Intrigen, die verborgenen Machenschaften, mit denen mißliebige Hochschul-Lehrer ausgeschaltet werden - Vorgänge, die an fast allen Instituten an der Tagesordnung sind, hat die Öffentlichkeit noch nicht zur Kenntnis genommen.

Ein Beispiel aus Hamburg: In diesen Tagen beginnen rund hundert Germanistik-Studenten ein Hauptseminar über „Die programmatischen Schriften Martin Luthers", das nach dem Willen ihrer Professoren nie hätte durchgeführt werden dürfen. Der Leiter dieses Seminars, der Publizist Dr. Wolfgang Beutin, ist Mitglied, nein, nicht der DKP, wohl aber des Bundes demokratischer Wissenschaftler. Seit zehn Jahren hält er in Hamburg erfolgreich Lehrveranstaltungen für Studien-Anfänger ab. Plötzlich jedoch will ihm der Institutsrat jegliche wissenschaftliche Qualifikation absprechen. Einer seiner Studenten: „Offensichtlich soll hier ein politischer und wissenschaftlicher Widersacher, der durch seine Seminare die Nützlichkeit der herkömmlichen Lehrpraxis in Frage stellt, ausgeschaltet werden." Denn eine vom Institutsrat bestellte, von CDU-Professoren dominierte Überprüfungs-Kommission entschied: „Herr Beutin vermag eine Grundvoraussetzung zur Durchführung von Lehrveranstaltungen an der Universität nicht zu erfüllen." Für dieses Urteil wurden sogar (in solchen Fällen durchaus unüblich) auswärtige Gutachten eingeholt. Da schrieb dann zum Beispiel ein Professor Ruh aus Würzburg (!), Beutin sei ungeeignet, weil er mangelhaftes Deutsch spreche; zudem bedürfe der von ihm vertretene psychoanalytische Ansatz „des Geschmacks und des Geistes", und das - so der Professor Ruh - fehle Wolfgang Beutin.

Sofort nach Bekanntwerden dieser ernsten Posse sammelten noch in der letzten Semesterwoche die Hamburger Germanistik-Studenten Unterschriften, allein an zwei Tagen über 400, um das Luther-Seminar trotzdem durchzusetzen. Auf Wandzeitungen und Flugblättern zogen sie den Vorfall an die Hochschul-Öffentlichkeit. Schließlich konnte der (übergeordnete) Fachbereichsrat nicht umhin, mit den Stimmen der Studenten und fortschrittlicher Assistenten, Dozenten und Professoren den Institutsrats-Beschluß aufzuheben und Beutin einen Lehrauftrag für das Hauptseminar zu erteilen.

Ein anderer Fall von „kaltem" Berufsverbot ereignete sich kürzlich in Bielefeld. Dort wurden dem international bekannten Mathematik-Professor Klaus Krickeberg ganz offensichtlich systematisch und gezielt die Arbeitsmöglichkeiten in seinem Bereich „Mathematisierung" beschnitten. Als einzige Möglichkeit, seine wissenschaftliche Arbeit ausreichend fortzusetzen, blieb ihm jetzt nur die Annahme eines Rufs nach Paris. Krickeberg ist Mitglied der DKP.

Der Neo-Nazi Kosiek dagegen, hoher NPD-Funktionär und ehemaliger Landtags-Abgeordneter, lehrt und forscht beispielsweise seit über zwei Jahren unbehelligt im bestens bestückten Physikalischen Institut der Fachhochschule Nürtingen. Der baden-württembergische Kultusminister Hahn (Ex-PG mit der Nummer 1048417 und - unter anderem - Pressereferent des SA-Sturms 2/216) hatte sich persönlich für ihn stark gemacht.

Wenn dies auch alles keine Einzelfälle sind, soll dennoch nicht der Eindruck entstehen, die Hochschulen der Bundesrepublik seien ein einziger schwarz-brauner Pfuhl. Wer an welchem Institut was lehrt und erforscht, entscheidet sich - wie das Beispiel Beutin zeigt - am Kräfteverhältnis, dem gesellschaftlichen und dem hochschulpolitischen.

An mittlerweile drei Universitäten wird, vertraglich abgesichert, verwirklicht, was der VDS unter der Losung „Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung" fordert: Die Ruhr-Universität Bochum arbeitet mit dem IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel, die Universität Oldenburg mit dem DGB Niedersachsen („Welt"-Schlagzeile: „Uni in den Fängen des DGB") zusammen. In beiden Fällen wurde auf das Vorbild des Kooperations-Vertrages zwischen der Universität und der Arbeiterkammer Bremen zurückgegriffen.

Schon im Sommer 1971 wandte sich die Arbeiterkammer (eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts, der alle Bremer Arbeiter angehören) an den Gründungssenat der Universität:

„Die Universität verpflichtet sich, durch Forschung und Lehre die Arbeiterkammer bei der Wahrung und Förderung der Arbeitnehmer-Interessen ergänzend zu unterstützen. Die Arbeiterkammer verpflichtet sich, die aus ihrer praxisbezogenen Arbeit sich ergebenden Erfahrungen an die Universität heranzutragen und die Ergebnisse von Forschung und Lehre den Arbeitnehmern zu vermitteln." Das ist der Kern der damals geschlossenen Vereinbarung, auf deren Grundlage nun seit zwei Jahren in Bremen wissenschaftlich gearbeitet wird - erfolgreich, trotz Unternehmer-Obstruktion und anfangs auch trotz mancher allzu verständlicher Arbeiter-Vorbehalte.

Das Mißtrauen ist verflogen; heute urteilt ein Betriebsrat: „Die Wissenschaftler haben freiwillig ihr Podest verlassen, um uns etwas zu helfen." Und das geschieht in nahezu allen Fachbereichen: in Fragen der Arbeitsplatz-Sicherheit und des Lärmschutzes, des Arbeitsrechts und der Arbeiter-Bildung. Die Unternehmerverbände reagieren allergisch. Mit allen Mitteln versuchen sie, Bremer Forschungs-Aufträge, die den Produktionsbereich auch nur tangieren, abzublocken.

Die eingangs erwähnte Umkehr-Methode bei Springer-Artikeln gilt halt auch bei der FAZ: „Alle Klauseln zur Freiheit der Lehre und Forschung bleiben Papier, solange die Machtverhältnisse an der Universität nicht geändert werden.

Konkret 04/75, S. 32

Rosemarie Bollinger

Der Fall Sastre

Über Francos letzte Rache

Vor einem Sondergericht der I. Militärregion, Madrid, soll der Prozeß gemacht werden: Der Ärztin und Psychoanalytikerin Dr. Genoveva (Eva) Forest Farrat de Sastre, Frau des spanischen Schriftstellers und Dramaturgen Alfonso Sastre, dem Maurer Antonio Durán Velasco und weiteren 15 Angeklagten. Sie alle werden beschuldigt, an dem Attentat vom 13. 9.74 im Restaurant „Rolando" und an der Ermordung von Ministerpräsident Luis Carrero Blanco am 20. 12. 73 beteiligt gewesen zu sein. Für Eva Sastre und Durán wird die Todesstrafe gefordert.

Am 13. September war eine Bombe im ‚Rolando" an der „Puerta del Sol" explodiert. Das Lokal liegt gegenüber dem Hauptquartier der „Brigada Politica y Social" (Geheimpolizei). In ihm essen normalerweise (am 13. jedoch nicht) viele Beamte zu Mittag. Zwölf Menschen wurden damals getötet, über 80 verletzt.

Die „Brigada" machte unmittelbar nach dem Anschlag die baskische Befreiungsbewegung ETA (Euzkadi ta Azkatasuna - Baskische Nation und Freiheit) verantwortlich. Das Kommando ETA V sei angeführt worden von Juan Manuel Galarraga Mendizábal, für dessen Ergreifung eine Belohnung von umgerechnet 49 000 Mark ausgeschrieben wurde. Galarraga, der nachweisen konnte, daß er an dem fraglichen Tag in Frankreich war, erklärte sofort, daß er nichts mit dem Anschlag zu tun habe.

Die ETA ist in verschiedene Gruppen gespalten. Alle haben aber bis heute das Leben Unbeteiligter geschont und für jede ihrer Aktionen die Verantwortung übernommen. In einer Erklärung vom 17. 10.74 bestritt die ETA jegliche Beteiligung. Sie gebe diese Erklärung so spät ab, heißt es in dem Kommuniqué, weil sie zuerst habe nachforschen wollen, wer die Verantwortlichen seien. Das Ergebnis: Es handele sich um „ultrafaschistische Grüppchen", die eng liiert seien mit einigen Polizeikreisen und Politikern. (Diese Vermutung war unmittelbar nach dem Attentat auch in spanischen Zeitungen laut geworden. Die vermuteten Motive: die sogenannte Liberalisierungspolitik von Ministerpräsident Arias Navarro kompromittieren und die linke Opposition in Mißkredit bringen.)

Zusammen mit den beiden Hauptangeklagten wurden am 16. September verhaftet: Lidia Falcón O'Neill (Rechtsanwältin, Autorin verschiedener Bücher über die Lage der Frau in Spanien) und ihr Mann, Eliseo Bayo Poblador (Publizist). Maria Paz Ballesteros Giobert (Fernsehschauspielerin) und ihr Mann, Vicente Sainz de la Pena (Theaterdirektor). Maria del Carmen Nadal (Rechtsanwältin, früher Dozentin für religiöse Kurse, sie stammt aus einer der reichsten Familien Mallorcas) und ihr Mann, Bernardo Vadell Carreras (Major a. D., Pilot der „Iberia"). Alfonso Sastre wurde erst Ende September festgenommen.

Mitte Februar 1975 kamen noch zwei weitere „Schuldige" hinzu: Der während des Schauspielerstreiks festgenommene Regisseur Antonio Malonda und die Schauspielerin Yolanda Monreal Carton. Über beide ließ die Geheimpolizei in Rundfunk und Fernsehen erklären, sie seien in den Bombenanschlag vom 13. 9. verwickelt. Schlagende Beweise: Ihre Namen und Telefonnummern seien in Notizbüchern von Eva und Alfonso Sastre gefunden worden. (Malonda hatte zusammen mit Sastre die Aufführung eines Stückes von Peter Weiss vorbereitet; Sastre hatte das Stück übersetzt.) Über die restlichen Angeklagten ist nichts bekannt. Man nimmt an, daß sie aus dem Bekanntenkreis des Ehepaares Sastre kommen.

Die Geheim-„Brigada" ging ungewöhnlich offen auf „Jagd" nach den Terroristen. Wenige Tage nach der Festnahme der jetzt Angeklagten gab der Geheimdienstchef José Sainz Rodrigues eine Pressekonferenz: Der Bombenanschlag sei das Resultat der Zusammenarbeit zwischen ETA V und der Kommunistischen Partei (PCE). (Santiago Carillo, Generalsekretär der PCE, dementierte in Paris sofort jegliche Beteiligung. Auch die ETA könne nicht der Täter sein.) Auf die erstaunten Fragen von Journalisten, wer unter den Verhafteten denn von der ETA und Kommunist sei, entgegnete Sainz: „Mehrere von ihnen, zumindest aber sympathisierten sie mit dem Kommunismus."

Unterdessen wurde Eva Sastre im „Brigada"-Hauptquartier „verhört": Sie mußte mit dem Kopf zur Wand stehen, man drohte ihr den Schädel zu spalten, falls sie sich bewege. Am Anfang jeder „Sitzung" wurde sie zunächst von acht bis zehn „jungen Männern" massiv beschimpft und beleidigt. Dann geprügelt. Faustschläge und Fußtritte, gezielte Schläge in den Rücken, ihr Kopf wurde mehrfach gegen die Wand geschlagen.

Sie wurde nicht gefragt, sondern fragend bedroht: „Du wirst die Wahrheit sagen. Danach werfen wir Dich sowieso aus dem Fenster. Du wirst als Selbstmörderin gelten." Oder: Sie solle doch endlich zugeben, daß einer ihrer Söhne auf Cuba „Mörder studiert".

Eva Sastre wurde gezwungen, das von ihr Erbrochene aufzulecken, und aus den Ohnmachten wurde sie durch Oberschütten mit kaltem Wasser, Ohrfeigen und durch eine Ärztin geholt, die die Schläger zum Weitermachen animierte, da alles in Ordnung sei. Diese „Verhöre" dauerten jeweils mehrere Stunden. Sie wurden „unterbrochen" von „Sitzungen" in Büros mit seriös wirkenden Funktionären. Frau Sastre mußte dort ebenfalls mit dem Gesicht zur Wand stehen. Sie wurde wieder geschlagen. Aber gezielter, in die Wirbelsäule, in den Nacken, Haare büschelweise ausgerissen. Zwischendurch wurde sie über ihre Zugehörigkeit zur ETA und PCE befragt oder mit Vergewaltigungen bedroht.

Viele der Verhöre wurden von Polizeichef Sainz persönlich geleitet. Sie dauerten insgesamt neun Tage und Nächte. Zuletzt erklärte man Eva Sastre, ihr Mann sei verhaftet, dabei allerdings so schwer verletzt worden, daß man ihm „den Gnadenschuß" habe geben müssen. Da ihr Mann nicht mehr verfügbar sei, müsse man nun leider ihre 12jährige Tochter festnehmen, sofern sie nicht endlich ihre Taten gestehe.

Nach 40 Tagen wurde Eva Sastre in das Madrider Hauptgefängnis, Carabanchel, übergeführt. Dort durfte ihr Verteidiger sie am z. 11. zum ersten Male kurz sprechen.

Auch die anderen Angeklagten sollen gefoltert worden sein. Insbesondere Durán und die Frauen. Sie sind noch fast alle „incomunicado", das heißt: ohne jeden Kontakt zur Außenwelt; auch Anwaltsbesuche sind verboten.

Mitte November wurden Antonio Durán und Eva Sastre von dem Militär-Untersuchungsrichter angeklagt, Komplizen des Attentats auf Carrero Blanco zu sein und den Tod von drei Menschen mitverschuldet zu haben. „Beweise": Außer dem gefundenen „subversiven Material" seien in der Wohnung Sastres „Käfige" entdeckt worden. (Viele Republikaner haben nur deshalb den Bürgerkrieg überlebt, weil sie sich, einige bis zu 30 Jahre lang, in solchen „Käfigen", so nennt die Polizei die in eine Wand eingelassenen Verstecke, verbergen konnten.)

In der Wohnung des zweiten Hauptangeklagten, Durán, soll ein „Volksgefängnis" („Käfig" für mehrere Personen) entdeckt worden sein. Dort seien ebenfalls Attentäter versteckt worden. Darüber hinaus habe Durán die anderen „Käfige" gebaut und sei ein „Spezialist" für Techniken der Stadtguerilla". Zusätzlich wird er beschuldigt, „Kommunist" und führendes Mitglied der „Commissiones Obreras" (Arbeiterräte, die für Gewerkschaftsrechte kämpfen) zu sein.

Eva Sastres Verteidiger, José Maria Bandres, erklärte nach der öffentlichen Anklageerhebung: „Ich bereite die Verteidigung gegen diese Anklage vor, ohne das Dossier der Anklagebehörde zu kennen. Keine der Personen, die an dem Attentat gegen den Admiral beteiligt waren, ist verhaftet worden. Ich nehme daher an, daß die Anklage des Untersuchungsrichters auf den Erklärungen von Herrn Durán basieren, der seit 60 Tagen ‚incomunicado` ist. Dies ist ein zumindest moralischer Zwang, der seine Erklärungen nicht unbedingt gültiger macht. Was Dr. Forest (Sartre) anbetrifft: Ich habe lediglich am z. November mit ihr Kontakt aufnehmen können. Meine Klientin hat Klage gegen die Polizei erhoben wegen Tätlichkeiten und illegaler Haft.

Die vielen Frauen unter den Angeklagten, die körperliche Folterung von angesehenen Intellektuellen und die aus Verleumdungen zusammengebauten „Beweise" lassen darauf schließen, daß der Zeit seines Lebens kleingeistige und grausam rachsüchtige Franco in dem von sozialen und politischen Unruhen bewegten Spanien noch einmal ein Exempel statuieren will. Im „Burgos-Prozeß" hat die internationale demokratische Öffentlichkeit das Exempel verhindern können. Für den Studenten Salvador Puig Antich, der nach einem Schauprozeß am 3. März 1973 hingerichtet wurde, kam mangels rechtzeitiger Information der internationale Protest zu spät.

Im Fall Eva Sartre/Durán ist noch Zeit.

Konkret 04/75, S. 34

Clodomiro Almeyda

Hoffnungen + Fehler

Interview mit Clodomiro Almeyda: Stürzt die Junta noch in diesem Jahr?
Clodomiro Almeyda, 52, Rechtsanwalt, Professor für Philosophie und seit über zwanzig Jahren Chef der Sozialistischen Partei Chiles, war Außenminister der Volksfront-Regierung Salvador Allende. Am 11. September 1973 wurde er von den Putschisten im Regierungspalast „Moneda" festgenommen und auf die KZ-Insel Dawson deportiert. Später brachte man ihn in die Luftwaffen-Akademie nach Santiago, unterwarf ihn zahlreichen Torturen und klagte ihn des Mißbrauchs öffentlicher Gelder und des Waffenschmuggels an. Auf Intervention der Bundesregierung wurde Almeyda im Januar freigelassen. Da Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) Almeyda als Gefahr für die freiheitlich-demokratische Ordnung nicht - wie vorgesehen - in seinem Ländle wohnen lassen wollte, ging der Chilene nach Rumänien ins Exil.

FRAGE: Herr Almeyda, wie sehen Sie die augenblickliche Situation in Chile?

ALMEYDA: Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen hat sich besonders roden letzten vier Monaten das Ansehen der Junta erheblich verschlechtert. Die Inflation erreichte während des Jahres 1974 -nach offiziellen Zahlen -400 Prozent; die Kaufkraft der Löhne und Gehälter verminderte sich im gleichen Jahr um 50 Prozent, da der einzige Preis, der gesetzlich festgesetzt ist und der nicht verändert werden kann, der der Löhne ist. Gewerkschaftliche Aktivitäten und Streiks sind verboten. Die Arbeitslosigkeit hat 12 Prozent erreicht. Dies ist der höchste Stand in Chile seit der großen Krise im Jahre 1930. Die Senkung des Kupferpreises wird für dieses Jahr, so offizielle Verlautbarungen, etwa 800 Millionen Dollar weniger Einnahmen bringen. Die hinzukommenden Preiserhöhungen für Importartikel, insbesondere für Öl, lassen eine schwere Krise in der Zahlungsbilanz voraussehen. Vom politischen Standpunkt aus gesehen, lassen das Verbot jeder politischen Aktivität, die Auflösung der Parteien und das Informationsmonopol der Regierung ein typisch faschistisches Bild entstehen, das der republikanischen und demokratischen Tradition von Chile ganz und gar fremd ist. Trotzdem -die Einschränkung der politischen Tätigkeit und die Auswirkung der wirtschaftlichen Krise auf die Bevölkerung wird notwendigerweise im Verlauf dieses Jahres Veränderungen in der politischen Situation des Landes bringen. Der Angriff auf die Christdemokratie, der sich in den letzten Monaten noch verschärft hat, hat die politische Isolierung der Junta im Inneren vollendet. Zusammen mit der Isolierung auf dem internationalen Sektor, einschließlich dem lateinamerikanischen, wurde ihre Unterstützungsgrundlage erheblich geschwächt.

Darum, ohne sündhaftem Optimismus zu verfallen, glauben wir, daß dieser antihistorische faschistische Versuch in Chile von kurzer Dauer sein wird. Die Kräfte der Opposition im Untergrund, angefangen bei den konsequenten Christdemokraten bis hin zu den revolutionären Parteien, vereint in einer antifaschistischen patriotischen Front, sind in diesem Augenblick die politische Alternative zur Militärregierung. Und die Front wird stärker und entwickelt sich jeden Tag mehr mit dem Ziel, in Chile die Demokratie wiederzuerlangen und unserem Land zu erlauben, seinen Marsch in eine demokratische und sozialistische Zukunft fortzusetzen, der nur unterbrochen worden ist durch dieses militär-faschistische Zwischenspiel, das unser Volk nicht versteht und verabscheut.

FRAGE: Sie sehen die Zukunft Chiles mit Optimismus, aber die Militärs sind weiterhin an der Macht. Auf welche sozialen Kräfte stützt sich die Militärjunta noch?

ALMEYDA: Die soziale und politische Basis, die der Junta noch als Stütze dient, setzt sich zusammen aus der nationalen Großbourgeoisie, den Resten der Großgrundbesitzer und den imperialistischen Interessen. Doch sie werden immer mehr isoliert, seit die Mittelklasse jeden Tag besser versteht, daß das herrschende Regime nicht nur ihr wirtschaftliches Interesse verletzt, sondern sich auch an republikanischen Werten vergreift, die traditionell im politischen Leben Chiles verankert sind.

FRAGE: Sie sind Minister Allendes gewesen. Was hätte die Regierung der Unidad Popuhr tun können, um den Militärputsch zu verhindern? Welche Fehler wurden gemacht?

ALMEYDA: Ich glaube, in erster Linie vertrauten wir ohne hinreichenden Grund in die Treue der Streitkräfte, ohne gebührend in Rechnung zu stellen, daß ihre traditionelle politische Herkunft, ihre Mentalität und ihre Wertvorstellungen fundamental konservativ waren. Dies hinderte sie daran, das Wesen des sozialen Prozesses, der sich im Land entwickelte, zu verstehen. Man machte sich infolgedessen nicht daran, zu versuchen, während der drei Regierungsjahre diese Struktur zu verändern, um sie den Bedingungen anzupassen, unter denen das Land lebte. In zweiter .Linie glaube ich, daß man auch einige Gelegenheiten, um die institutionelle Struktur des Landes zu verändern, verpaßt hat. Damit hätte verhindert werden können, daß einige Körperschaften wie die Justiz und selbst der Kongreß sich in die Hauptinstrumente verwandelten, die den revolutionären Prozeß versperrten und blockierten. Die Volksregierung widmete auch der Notwendigkeit zu wenig Aufmerksamkeit, ihre Spielregeln klar zu definieren gegenüber dem Sektor der produktiven Kleinbourgeoisie und ihn

seiner Rolle innerhalb der sozialistischen Wirtschaft, die sie zu fördern suchte, zu versichern.

Konkret 04/75, S. 35

Chile nach dem Putsch - 2. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

„Die Völker", schreibt der chilenische Kolumnist Alfredo Silva Carvallo, „gehorchen vitalen Impulsen, und sie haben eine Seele und einen Geist wie die Menschen." Wenn die „moralischen Kräfte" einer Nation merkten, daß eine Regierung wie die Dr. Allendes „ihre Geschichte, ihre Kultur, ihren Lebensstil und den Sinn des Seins" bedrohte und zerstören wolle, „stehen diese Seele und dieser Geist auf". Chile, Lateinamerika und die ganze „freie Welt" seien noch nie „so heroisch und intelligent von so wenigen" verteidigt worden gegen den Marxismus.

Wie die „Heroen" verteidigen, kam auf der dritten Sitzung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Militärjunta" in Mexico-Stadt vom 18. bis 22. Februar zur Sprache. Nachstehend die nach geprüften Zeugenaussagen zusammengestellte Liste der am häufigsten angewandten Methoden:

- Elektroschocks am ganzen Körper, bevorzugt in den Mund, Ohren, Brust und Genitalien.
- Prügel, insbesondere Auspeitschungen über Stunden, die sehr oft mit dem Tod des Gefangenen enden.
- Erstickungsfoltern durch Eintauchen in Petroleum; durch das Bedecken des Kopfes mit einem Nylonsack; durch Eintauchen in eine Wanne mit Wasser und/oder Exkrementen.
- Zwang, Erbrochenes und Exkremente zu essen.
- Absichtliches Brechen von bereits verletzten Armen und/oder Beinen; Abhacken der Hand oder beider Hände.
- Ausreißen der Zähne mit Zangen; Bambusstäbe zwischen Finger- und Fußnägel treiben.
- Gefolterte aus dem Fenster, respektive aus fliegenden Hubschraubern hängen und/oder werfen.
- Scheinhinrichtungen, bis zu dreimal unmittelbar nacheinander.
- „Selbstmorde".
- Erzwungene Anwesenheit bei Folterungen und Hinrichtungen anderer politischer Gefangener.
- Bei Frauen zusätzlich, auch dann wenn sie schwanger sind: Einzel- und Gruppenvergewaltigungen in Anwesenheit von Ehemännern/Freunden, Kindern, Eltern, Geschwistern; Injektionen mit Luft in die Brüste; Verletzen oder Abschneiden der Brüste; Schläge in die Vagina; Zerstörung der Vagina durch Flaschenhälse, Stöcke, Gewehrläufe.
- Verbrennungen durch kochendes Wasser, glühendes Eisen, Säure, am ganzen Körper.
- „Schritt des Papageien", eine aus Brasilien „eingeführte" Methode: Füße und Hände werden um eine Holz- oder Eisenstange gebunden, so daß der Gefangene, auch wenn er an der Stange nicht aufgehängt wird, kein körperliches Gleichgewicht mehr finden kann. In diesem Zustand wird er geschlagen.
- Der Gefangene wird in eine große Trommel gezwängt. Auf die Trommel wird mit Holz- und Metallstäben geschlagen. Der Lärm kann zum Platzen der Trommelfelle und zum Wahnsinn führen.
- Infizierte Ratten werden unter einem geschlossenen Behälter auf Folterwunden, den Bauchnabel oder in den Genitalbereich gesetzt. Die Tiere fressen die Gefangenen an.

- Der Gefangene wird an Händen und Füßen gefesselt, in eine „Strafzelle" gesetzt, deren Boden mit Wasser, Urin und Exkrementen bedeckt ist. Er befindet sich bis zu den Hüften oder bis zum Hals in dieser Kloake.
- Punktion der Wirbelsäule. Die Folge können schon unter normalen medizinischen Umständen kaum auszuhaltende Kopfschmerzen sein.
- Mit einer Art chirurgischen Aderpresse werden im Gesicht, an den Armen und Beinen die Adern zusammengepreßt.
- Es wird Luft in die Venen gespritzt.
- „Behandlung" mit Drogen: „Narcoanalyse", erzwungene Einnahme oder Injezierung von Rauschgiften. Diese Behandlung wird mit „Psychodramen" gekoppelt: Echte oder gefälschte Tonbänder mit der Stimme von engen Verwandten oder Freunden, „Versammlungen einer Widerstandsgruppe", die Schreie von Gefolterten usw.

Dazu kommen kaum auszudenkende psychische Pressionen und Torturen. In den meisten Fällen müssen die Gefangenen Kapuzen tragen. Die Folterer und die meist anwesenden Ärzte reden sich mit Decknamen an.

In den letzten Wochen wurden nur in der Hauptstadt Santiago in drei Wellen erst 350, dann 675, dann über 2500 Menschen neu verhaftet - die meisten „um Verbrechen vorzubeugen". Soldaten und Carabineros haben den Befehl, jeden zu erschießen, der auch nur den geringsten Widerstand leistet.

Die Junta wurde in Mexico der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" angeklagt. Ein zweiter Vorwurf, „Genozid durch Wirtschaftspolitik", wurde jetzt im Zusammenhang mit den Umschuldungsverhandlungen des „Club von Paris" laut. Die Diktatoren erhofften sich von den noch für März vorgesehenen Verhandlungen mit ihren Gläubigern nicht nur eine Stundung der fälligen Rate von 36 Millionen Dollar, sondern neue Kredite in Höhe von etwa 300 Millionen Dollar. (Die Weltbank schätzt, daß 'die Junta 1975 für etwa 985 Millionen und 1976 für etwa 1393 Millionen Dollar Kredite benötigen wird.) Doch die- italienische Regierung, die die Junta bis heute noch nicht diplomatisch anerkannt hat, sagte die Teilnahme an den Verhandlungen ab. Auch die britische Regierung (Chiles zweitgrößter Gläubiger nach den USA) ist einem Antrag der Labour Party gefolgt. Schatzkanzler Denis Healy gab vor dem Unterhaus bekannt, Großbritannien werde nicht an dem Pariser Treffen teilnehmen und bei künftigen Ersuchen um Stundung der Schulden „die chilenische Haltung zur Frage der Menschenrechte in Betracht ziehen". Die Niederlande und die skandinavischen Staaten wollen der britischen Entscheidung folgen.

Die Grausamkeit gegenüber der chilenischen Bevölkerung und der verordnete Hunger sind allerdings nicht der alleinige Beweggrund für diese begrüßenswerten Initiativen.. Die enormen Rüstungsausgaben (sie sind dreimal höher als früher) der chilenischen Militärs haben sogar ihre Freunde stark verärgert. In Chile selbst werden die nicht verborgengebliebenen Waffenkäufe bei gleichzeitiger Kürzung der Lebensmittelimporte außer mit dem „Krieg gegen den Marxismus" mit einem wahrscheinlich „notwendig werdenden" Krieg gegen Peru motiviert. Seit einigen Wochen wird darüber hinaus Propaganda gemacht mit einem „sowjetischen Angriff". Juntamitglied Luftwaffengeneral Gustavo Leigh Guzmán: „Wir sind die Opfer eines permanenten sowjetischen Angriffs. Heute ist er politisch, dann kann er wirtschaftlich sein und morgen dann kriegerisch." Eine chilenische Delegation „enthüllte" diesen Schwachsinn sogar vor den Vereinten Nationen.

Konkret 04/75, S. 36

Winfried Thomsen

Manger Ware

Über Schwierigkeiten mit der Satire

„Satire darf alles", sagte Kurt Tucholsky, und an seine Regel hält sich der Satiriker noch heute. Gerhard Löwenthal darf zweiwöchentlich alles, und er setzt es - oder vielmehr: schlägt es -im Programm des „ZDF" auch ab. Dieter Hildebrandt darf ebenfalls alles, nur wird es abgesetzt und durch einen Sylt-Prospekt der Firma „Tegtmeiers Reisen" ersetzt.

Das „ZDF" mußte die „Notizen aus der Provinz" abtreiben, weil Hildebrandt darin mit spitzfindigen Nadeln nach dem Bauch des Verfassungsgerichts trachtete, was, nach Holzamer, „einer sachlichen Erörterung des Problems nicht förderlich ist". Stimmt. Denn das Urteil gegen die Fristenlösung war schon die alles dürfende Satire - kein Hildebrandt, kein Tucholsky hätte einen besseren Richterspruch erfinden, keinen gelungeneren Scherz auf die richterliche Unabhängigkeit reimen können als: CDU schlägt SPD 5:3. Das ist schwarzer Humor.

Die Wirklichkeit ist nur zu oft die beste Satire: Der Leichtlohn ein Scherz auf die Gleichberechtigung der Frau, Konzentration und Frühstückskartell ein Gag über den Wettbewerb, Lobbyisten ein Witz auf den Volksvertreter. Ist nun die Verfassung ein Scherz oder ihre Wirklichkeit? Die satirische Technik der einfachen Umdrehung führt dazu, daß wir zwischen Realität und Satire nicht mehr unterscheiden können. Tatsachen können mühelos der zweifelnden Prüfung „Das darf doch nicht wahr sein?" standhalten.

Die doppelbödige Identität von Erscheinung und Schein, die Heuchelei also muß Thema, Objekt der Satire sein, was aber auch heißt: die Heuchler sind Satiriker. In der Schlacht von Hastings soll der Bischof von Bayeux in der vordersten Linie gekämpft haben, nicht mit dem Schwert, sondern mit der Keule -denn seine Moral verbot ihm Blutvergießen.

In dieser Realität ist Satire nur zulässig als Manger-Ware. Das ist jene sterilisierte Narretei, der die Pfeilspitzen abgebrochen sind, erdrückt von lauter Toleranz, Liberalität und Schulterklopfen. Nicht dem Grundsätzlichen und nicht einmal dessen Mißständen und Auswüchsen gilt der Spott: der Narr -auch er ist so frei, alles zu dürfen - will den Hof und seinen Arbeitsplatz erhalten. Der Witz trifft Oberflächen: Sprachfehler und lange Nasen; Komik entsteht, weil die Gegenstände in einem vorgegebenen Rahmen anders geordnet oder auf den Kopf gestellt werden. Der Gehalt bleibt unberührt, Tabu bleibt Tabu.

Jürgen von Manger darf alles vermenschlichen, privatisieren. In ihm soll sich der kleine Mann wiedererkennen: der weder sprechen noch denken kann, für den Kultur „Bonanza in Farbe" ist, der sich durch „Mäßigkeit in allem" auszeichnet und der das Urlaubsgebot „ausreichende Länge" mit seiner Körpergröße erfüllt sieht.

Der Prolet wird zum Witzobjekt seiner Widersacher, Kumpel verarscht Kumpel. Da lobt der zeltende Ruhrmensch die gute Luft auf Sylt, weil sie „noch nicht durch die Lungen von 20 Kollegen gegangen ist, bevor man sie vorgesetzt kriegt". Na klar, die Flickeria beschläft sich nicht im Zelt. Spekulation und Inflation bleiben dem Tegtmeier undurchschaubar, also komisch - zur Schadenfreude derer, denen das Leben satirische Fragen erspart.

Tegtmeier ist enttäuscht, daß sein Nachbar im Sand nicht Peter Alexander ist, sondern im Fernsehen „bloß als Politiker" auftritt. Der kleine Mann will fernsehen, am realen Schein teilhaben und Show auch in der Politik. Soll er: Wo die Realität die Satire ist, da ist das Fernsehen ein satirisches Zentral-Organ.

An diesem Tag, an dem Manger für Hildebrandt einspringt, ist in Berlin Peter Lorenz entführt worden. Und da sich Dieter Hildebrandt die Aktion nicht ausgedacht hat, wird die Sendung auch nicht abgesetzt. Diese Satire ist echt, das Drehbuch überzeugend: Ein paar Irre provozieren den Ausnahmezustand und liefern eine irre Show. Tagelang erregen sich Politiker aller Art bis zur Erschöpfung über Gewalt, und im Beiprogramm („Agent 3 S 3 kennt kein Erbarmen") häufen sich die Leichen. Die Satire freilich regt, wie es ihre Aufgabe ist, nicht nur auf, sondern auch an: zum Nachdenken.

Einige Denkspiele: Hat Lorenz Lorenz entführt? Oder war es Professor Rubin, die CIA, Kiep, Strauß? Hat etwa eine große deutsche Boulevard-Zeitung die Aktion inszeniert, wer sind die unsichtbaren Regisseure? Man sieht es den Reportern an: am liebsten arrangierten sie selbst eine Entführung, schnüffelten dem Gefangenen gar noch die Hosen durch für eine Schlagzeile, begleiteten die Entführer im verplombten Lkw über die Transitwege fluchtwärts.

Einige Verbesserungsvorschläge: Lorenz wird umgedreht und wie weiland Patricia Hearst selbst zum überzeugten Bankräuber. Vor dieser Bank werden Schautribünen aufgestellt, Ehrengäste dürfen Platz nehmen, man überträgt original mit Bandenwerbung, die Pausen füllt das Fernsehballett. Schließlich kommt es zur öffentlichen Verbrennung der Täter im

Olympiastadion.

Zurück zu den satirischen Heuchel-Tatsachen. Kopf-ab-Jäger - für das ungeborene Leben ist Karlsruhe zuständig - ruft nach dem Henker; derselbe Jäger, der in der Bundestagsdebatte über das deutsch-französische Abkommen über die Verfolgung von NS-Verbrechern noch seine Ablehnung mit dem Vorrang begründet hatte, den das Gebot der Resozialisierung vor dem Rachegedanken haben solle. Andere schreien nach „Härte 10" (die Diamanten der Gattin sind nicht gemeint), doch kein Dregger, kein Carstens hat Mut, sich als Austauschgeisel anzubieten.

Wessen Geschäft eigentlich verrichten die Entführer? Man hört es immer wieder: sie stärken die Solidarität der Demokraten, was heißt: die Regierungsparteien sind schuld, und was Helmut Kohl zu einem satirischen Vergleich mit Weimarer Zuständen beflügelt. Sicher, schon damals ermordeten Sozialdemokraten und Anarchisten Luxemburg und Liebknecht, Rathenau und Erzberger, die Tarifautonomie und die parlamentarische Demokratie. Satire darf alles.

Horst Mahler auf dem Bildschirm -eine Parodie auf die Arbeiterbewegung. Gabriele Kröcher, ein Kind - Franz-Josef Strauß, ihr Opfer? In einem Hamburger U-Bahn-Schacht steht neben einem Strauß-Porträt der „Bild am Sonntag", Ankündigung für die Serie „Deutschland - deine Zukunft", die satirische Verlängerung geschmiert: „Kampf dem Bolschewismus. Mauer weg. Ein Deutschland." Einige Blätter schreiben den Polizeistaat herbei: Peter Lorenz als Vorwand, dessen Witz - wie gehabt - immer der Sender Gleiwitz ist. Sobald die Urheberrechte und Sendezeiten geklärt sind, kann der Krieg gegen den inneren Feind losgehen (immer schön satirisch, versteht sich).

Denn was will Satire? Das Vorhandene übertreiben, um es zu ändern. Hier ist der Einsatz für Löwenthal. Verschmitzt scherzt er über den Terror in Berlin, der von den dort Regierenden geduldet und also gefördert, der von Sozialdemokraten aller Couleur verharmlost worden sei. Er juxt über das „breite Sympathisantenfeld", das mit Wort und Tat den Verbrechern helfe. Er weist ironisch nach, daß Ehrenberg und Ehmke und Wehner den Kommunisten Guillaume gefördert haben und stellt die Witzfigur Gehlen (mit Sonnenbrille im Mafiosi-Look) vor, der angibt, Journalisten nicht für den BND eingespannt, sondern „interessiert" zu haben, und der harmlose Persönlichkeitsakten über deutsche Politiker stets unter Verschluß hielt, solange er sie nicht benötigte. Und endlich lobt er, die Jusos wollten einen „Staat ohne freie Wirtschaft", so daß man sie nun wohl als Staatsfeinde einstufen müsse. Das macht Stimmung, die Diagnose macht bereit zur Therapie.

Diese Sendung, obwohl sie von Hildebrands hätte stammen können, ist nicht abgesetzt worden, weil ihre Aussage und die sich daraus ergebenden Folgerungen noch Satire, noch nicht Realität sind. Einige Stunden später erst ist Lorenz frei, die Jagd nach den Förderern des Terrorismus, den Staatsfeinden und dem breiten Sympathisantenkreis beginnt, Verschlußakten-Deckel klappern. Kaum noch zu unterscheiden wie Satire und Wirklichkeit liegen Fahndung nach Gesetzesbrechern und Jagd auf Demokraten nebeneinander.

Schon kündet die „Welt" von Ermittlungen gegen Baader-Meinhof-Freunde im WDR (hat nicht das Fernsehen den Terror in alle Wohnstuben übertragen?), und Ermittlungen gegen Dieter Hildebrandt scheinen nicht ausgeschlossen, weil die Lorenz-Entführung ja eine Idee von ihm hätte sein können. Aus Gags wird Wahrheit: ist die Vorstellung noch Satire, daß Willy Brandt demnächst wie-. der nach Norwegen emigriert? Oder daß Bücher verbrannt werden (schon traten in Köln über 20 Exemplare von Blüchels „Die weißen Magier" den Weg in den Ofen an)?

Wann verwandelt sich dein freundlicher Nachbar plötzlich in einen SA-Mann, der dir auftragsgemäß die Fresse einschlägt? Ist ein neuer Führer, sind neue Zeichen, auf dem Rücken zu tragen, noch satirische Spitzfindigkeit? Schließlich war schon der Nationalsozialismus die fleischgewordene Satire auf den Kapitalismus, und Hitler, scheint mir, ist heute vor allem deshalb so unbeliebt, weil er sich nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannte.

Satire ist die Verlängerung bekannter Fakten in künftig mögliche Tatsachen. Sie soll Tendenzen freilegen, den Weg zeigen, den es lang geht - und beizeiten Umleitungen empfehlen, Barrikaden errichten und verhindern, daß sie selbst Tatsache wird. Sie will Mut und Spaß machen, Autoritäten zerstören, Unterdrückungsmechanismen enthüllen, die Herrschenden demaskieren und als ersatzweise Aggression wirken, die in ihrer sozialen Konsequenz freilich keine Kräfte freisetzt zur Aktion. Handlungsanweisungen liefert sie nur durch Einbettung in ein Arsenal von Argumenten und Fakten. Fehlen die Informationen, bleibt sie Fiktion und unverbindlich, ja Blödsinn.

Diese Informationen aber haben heute die Löwenthals, und sie behalten sie für sich. Da wird Herrschaft Demokratie, die Maske ein schönes Gesicht. Ende der Ausbaustrecke, zurück zum Hof und zur Natur. Was tatsächlich Satire ist, das erhält den Schein der Tatsache und wird wahr.

Angesichts der fehlenden Information bleibt Satire gegen die Herrschenden hilflos und gerät zur Flucht: vorwärts mit Kunst. Mit literarischen und künstlerischen Mitteln (und damit nicht recht ernstzunehmen, eher verspielt) gestaltet sie ihr Wissen, das sie nicht beweisen kann. Auch die perverseste Phantasie aber kann in zehn Jahren schon Realität sein: etwa

daß wir dann nur noch nachts beim Licht einer Taschenlampe unter der Bettdecke schreiben können, was wir denken. Resignation? Darum zu kämpfen, daß diese Realität Satire bleibt, ist Aufgabe der Satire.

Die Satire der Herrschenden ist Realität. Die herrschenden Zustände, die Realität sind Satire. Schleyer - ein Bonmot auf die Demokratie: wer das im Klartext sagt und es nicht dokumentarisch beleben kann, lebt gefährlich. Satire gegen die herrschenden Zustände, die den Schwindel des Scheins enthüllen will, ist deshalb Detektivarbeit ohne Beweismaterial. Sie muß mit Indizien, mit Übertreibung, Verfremdung die Tatsachen rekonstruieren, die die Realitäten als Satire überführen.

-

Konkret 04/75, S. 38

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

„Wer aus dem Fenster schaut, wird manches gewahr" -diesen tiefen Gedanken eines Frankfurter Lokal-Aphoristikers hat Theodor W. Adorno in seinem „Jargon der Eigentlichkeit" überliefert. Vermutlich ist Adornos Frankfurter Denker allzu früh an Sozialhilfe dahingegangen. Ein Unzeitgemäßer, der den Boom in seinem Fach nicht mehr erleben durfte (Rembrandt!). Heute müßte er leben, Chefredakteur der „Zeit" könnte er sein. Wie **Theo Sommer,** dem jetzt der Satz gelang: „Was am Ende wird, steht noch dahin."

Aus der „Welt": „Der SPD-Vorsitzende im Bundestag**, Herbert Wehner,** befürchtet, daß Kommunisten, Radikale, Marxisten und Spezialisten verwechselt werden könnten." Ein Druckfehler. Aber auch das befürchtet er.

Der Demoskop **Gerhard Schmidtchen** hat ermittelt: Wer an die Unsterblichkeit der Seele glaubt, wählt eher CDU, wer daran zweifelt, neigt zu SPD und FDP. „Maliziös lächelnd fügt er hinzu: ‚Auf eine rüde Formel gebracht, heißt das: Die CDU ist die Partei der Unsterblichen, die SPD die Partei der Sterblichen'." Was gibt's da zu lächeln? Wenn es kein Druckfehler („Erblichen") ist: Die Wähler von Strauß und Kohl sind nicht nur unsterblich, sie sind unausrottbar. Wie die Demoskopen.

Als Liza Minelli in der Bundesrepublik war, erschien in der **„Hamburger Morgenpost"** (SPD) ein dreiteiliger „Morgenpost-Exklusiv-Bericht von Hansi J. Hoffmann: Das Geständnis der Liza Minelli". Drei Tage später lieferte der „Morgenpost"-Kulturredakteur die Information: „Etwas mißmutig stand hinter den Kulissen Lizas Europa-PR-Manager Hansi Hoffmann." Zeit für einen KONKRET-Exklusiv-Bericht: Das Geständnis des Kulturredakteurs Klaus J. Uthike.

„Ihr vielen, vielen Arbeitslosen, ihr dürft jetzt nicht murren - man muß auch anderen etwas gönnen: Dem Andreas Baader seinen geräucherten Lachs zum Beispiel der Ulrike Meinhof ihren Kaviar . . ." Sätze aus einem „**Bild**"-Kommentar. Natürlich weiß der Verfasser, daß der Kaviar und der Lachs nicht von den Gefangenen gestohlen, sondern von ihren Anwälten gekauft wurden („freie Marktwirtschaft"), daß Untersuchungsgefangene bis zum Urteil des Gerichts als unschuldig gelten müssen („Rechtsstaat"), daß Andreas Baader und Ulrike Meinhof keine Arbeiter entlassen haben („Sozialstaat"). Er weiß das, der „Bild"-Chefredakteur weiß es und der „Bild"-Verleger weiß es auch. Ihr vielen, vielen Politologen, ihr dürft jetzt nicht murren - die Frage, was Faschismus ist, läßt sich oft kürzer als auf vierhundert Seiten beantworten.

In Portugal kämpfen Demokraten einen schier aussichtslosen Kampf gegen einen Rechtsputsch von Industrie, Justiz, Polizei, Beamtenapparat und CIA. In einer Presseinformation bittet das **„Frauenzentrum Hamburg"** um „Veröffentlichung bzw. sinngerechte Darstellung" eines portugiesischen „Hilferufs". Der beginnt so: „Schwestern! Anläßlich des Internationalen Jahres der Frau versuchten wir ... eine Demonstration zu veranstalten. Wir planten, auf einem Platz in Lissabon einige Gegenstände zu verbrennen, welche die Unterdrückung der Frau symbolisieren: Spielzeug für Mädchen, Pornohefte, romantische Mädchenbücher ... Wir hatten auch zehn Kinder mit uns; das jüngste war drei Jahre alt. Sie sollten das Spielzeug verbrennen." Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst. Und darüber klagen die „portugiesischen Genossinnen" und die Hamburger Schwestern. Nirgends in Europa ist der Prozentsatz an Analphabeten so hoch wie in Portugal - wenn man vom „Frauenzentrum Hamburg" mal absieht.

Wie auf allen Parteitagen gab's auch beim Wiesbadener Juso-Kongreß die Rede des SPD-Vorsitzenden **Willy Brandt** schon vorab in Schriftform. Da stand der Satz drin: „Wer jedoch die Reformfähigkeit des Staates unterstellt, der im Grundgesetz verfaßt wurde, dessen Wirken hat in der SPD keinen Sinn." Von Hand war nachträglich ein „un-" hineingeflickt. Nein, nicht bei „Sinn", sondern bei „Reform(un)fähigkeit". Eigentlich schade.

Information geht vor: „Die rheinland-pfälzische SPD ... bietet wählerischen Wählern keine Alternative zur CDU des auch nicht eben hinreißenden Landesherrn." Das ist, erraten, aus einem bekannten Nachrichtenmagazin. Gut beobachtet: Der Wähler, ganz Gournemanz, steht vor dem kalten Büffet und stochert lustlos zwischen Tiefkühl-Erdbeeren und verkochter Seezunge, stößt auf und greift schließlich zum verdorrten Roastbeef. Wenn man nicht in so feiner Umgebung wäre, könnte

man sich hinreißen lassen und den **„Spiegel"-**Feinschmecker mit einer Kohl-Roulade erschlagen.

Aus Übermut oder weil nach Joachim Fests Hitler-Serie die Lebensgeschichte des Heinrich Himmler noch nicht vorliegt, hat sich der **„Stern"** von einem Herrn Winter eine folgenreiche Darstellung des Lebens von Karl Marx anfertigen lassen (Hausmacher-Art). Der zweite Teil endet mit dem Satz: „„Lieb' Herz", mahnte Jenny, ‚schreib nicht zu gallicht` - aber Marx hörte nicht auf seine Frau." Und schrieb das Kommunistische Manifest. Bonny, sagte Josephine zu Napoleon, laß doch die Kriegerei - aber nein, er mußte nach Rußland. Oder: Henri, sagte Uschi zu Nannen, schmeiß doch den Winter raus - aber nein . . .

Conrad Ahlers, der es ja wissen muß, rügt die Informationspolitik der Bundesregierung: Je schlechter die Wahlen ausfielen, desto spärlicher würden die Informationen. Dabei müsse man in einem Augenblick der politischen Flaute mehr als sonst versuchen, die Journalisten durch Offenherzigkeit und Aufrichtigkeit zu gewinnen. Was tut not? Helmut Schmidt muß dem Herbert Kremp offenherzig berichten, was auf der letzten Kabinettssitzung los war, Walter Arendt informiert aufrichtig Peter Boenisch, Klaus Bölling macht Gerhard Löwenthal den Kanzler-Bungalow auf. Schnell sind „Welt", „Bild am Sonntag" und ZDF für den demokratischen Sozialismus gewonnen und übrig bleibt nur ein Problem: Wer braucht dann noch den Conrad Ahlers?

„Viel zu lange hat man geglaubt, Kinder, die gern Wildwest-Filme sehen, könnten davon keinen Schaden haben, weil sie sich doch immer die guten Helden als Vorbilder auswählten. Aber diese Interpretation war falsch. Die Kinder orientieren sich nur scheinbar am guten, was immer darunter verstanden wird; in Wirklichkeit indessen am Erfolg. Auch der inhumane Held fesselt sie, wenn er nur Erfolg hat. Die Konsequenz, die Erzieher und Politiker daraus ziehen müssen, ist theoretisch einleuchtend und bei einiger Anstrengung auch praktikabel: Es dürfen keine inhumanen Helden aufgebaut werden." Das geht gegen Franz-Josef Strauß und Django Dregger. Was da wohl in die **„Frankfurter Allgemeine"** gefahren ist? Aber halt, es kommt noch ein Schlußsatz: „Der Staat und seine Bürger sind darum verpflichtet, den Terroristen jeden Schein des Erfolgs zu nehmen." Ach so.

„Der **CSU-Vorstand** forderte SPD und FDP auf, dem Vordringen von Verfassungsfeinden unverzüglich mit jenen rechtlichen Möglichkeiten zu begegnen, wie sie die Verfassung ‚auf Grund der leidvollen Erfahrungen der Weimarer Republik` vorsehe. Im Gegensatz zum heute politisch bedeutungslosen Rechtsradikalismus sei der Linksradikalismus eine zunehmende Gefahr für die freiheitlichdemokratische Ordnung geworden. Die Unterwanderung des öffentlichen Dienstes durch Verfassungsfeinde in manchen Bereichen und Bundesländern habe ein nicht mehr tragbares Ausmaß erreicht." Es ist ja wahr, daß der Linksradikalismus (Jusos inklusive) bald zehn Prozent der Wähler hinter sich bringen konnte, während der Rechtsradikalismus etwa in einem Bundesland bei bedeutungslosen 62 Prozent hängenblieb. Andrerseits sind ganze Bereiche des öffentlichen Dienstes wie der MAD, der BND, die Justiz, die Bundeswehr, der Grenzschutz fest in der Hand von Freunden der Verfassung, die zum Teil schon ihr Scherflein zu den leidvollen Erfahrungen der Weimarer Republik beitragen konnten, welche - wie bekannt - darin gipfelten, daß katholische Reaktionäre wie Franz von Papen ins KZ und Kommunisten wie Ernst Thälmann in den Auswärtigen Dienst kamen. So ein Saustall war das.

Wie Strauß malt es auch **Roman Herzog,** neben dem Ex-Nazi und früheren bayrischen Kultusminister Theodor Maunz einer der Mitverfasser des Standard-Kommentars zum Grundgesetz und folglich „einer der führenden Staats- und Verfassungsrechtler der Bundesrepublik" („Frankfurter Rundschau") sowie Staatssekretär beim CDU-Ministerpräsidenten Kohl. Herzog sieht im Grundgesetz „eine notwendige Abwehr des deutschen Staates auf die Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Kommunismus". Das Grundgesetz ist von 1949. Damals bestanden die Erfahrungen des deutschen Staates mit Kommunisten vor allem darin, daß sie in Konzentrationslagern rationeller umzubringen waren als durch Einzel-Scharfrichter, während die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus schon damals darauf beruhten, daß man seine führenden Parteigänger in Politik, Industrie, Presse und Justiz weiterbeschäftigte, wo sie es ab und zu auch zu CDU-Staatssekretären brachten.

„Pardon" ist die erste bundesdeutsche Zeitschrift, die einen Guru zum Chefideologen hat. Der Mann heißt Reimar Lenz und gilt in Fachkreisen als ausgesprochen starker Kopfsteher. Neben eigenen Beiträgen versorgt er das Blatt auch mit den transzendentalen Allotria befreundeter Mediteure. Einer nennt sich Klaus-Dietrich Kniffki. Er schreibt: „Durch die Übungen lösen sich Verspannungen und psychische Blockaden, das Nervensystem erholt sich, der Sauerstoffverbrauch wird gesenkt, der Stoffwechsel verlangsamt sich, die Gehirnaktivitäten koordinieren sich und der Blutdruck wird normal ..., der Meditierende fühlt sich weniger gereizt, gesünder und kreativer." Das ist freilich nur ein Gefühl. Der meditierende Kniffki nämlich verströmt schließlich seine ganze Kreativität in den Ruf: „Was also not tut ist ein prinzipielles Umdenken."

Und dafür muß der erst den Stoffwechsel verlangsamen.

Konkret 04/75, S. 40

Hartmut Schulze

Was ist so sexy am Faschismus?

Plädoyer, einen Film zu verbieten

30 Jahre nach ihrer Befreiung sind die Überlebenden des KZ-Terrors wenige geworden. Ihr Widerspruch zählt nicht mehr. „Die Tat", Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, wehrt sich gegen die „dreiste Provokation" - ohnmächtig gegenüber einer Propaganda-Welle, die Liliana Cavanis Film „Der Nachtportier" gleichzeitig in 50 Kinos der Bundesrepublik zum Kassenerfolg macht. Monatelang ohne deutschen Verleih geblieben, begleitet er jetzt die Vorbereitungen zum dreißigsten Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus.

In Italien, wo geschichtliche Lehren nach wie vor auf breiterer Basis politisches Bewußtsein bilden als im Nachfolge-Staat des Nazi-Reichs, wurde der Film verboten.

Worum geht's? 1957 begegnen sich im Wiener „Hotel zur Oper" der Nachtportier Max (Dirk Bogarde) und die Stardirigenten-Frau Lucia (Charlotte Rampling). Nach fünfzehn Jahren fühlen sich zier ehemalige SS-Scherge und sein Opfer - als Tochter eines Sozialisten ins KZ eingeliefert - wieder zueinander hingezogen. Sie nehmen ihre sadomasochistische Liebesbeziehung wieder auf. Max ist Mitglied einer einflußreichen Organisation ehemaliger SS-Angehöriger, (offensichtlich ODESSA), die in Lucia einen letzten gefährlichen Belastungszeugen sieht. Den vorletzten hatte Max selbst umgebracht. „Sein kleines Mädchen" aber will der Nachtportier nicht ausliefern; er verbarrikadiert sich mit ihr. ODESSA hungert die beiden aus, bis sie sich schließlich nach morbiden Liebes-Festen todessüchtig ihren Mördern hingeben.

Das Handlungs-Konstrukt ist widersprüchlich und unlogisch. Aus einem Konglomerat von Klischees wird es errichtet. Vergleichsweise harmlose: die neugierige Nachbarin, der korrupte Kalfakter, der schmachtende Blick über Theater-Reihen hinweg, der schwule Tänzer oder der ehemalige SS-Mann mit Ledermantel und Monokel. Und weniger harmlose über das Leben im KZ: Die Alten liegen apathisch auf ihren breiten Betten, die Jungen machen Sex, die SS feiert gespenstischen Maskenball und genießt nacktes Capo-Ballett.

In den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Hitler-Faschismus, Frau Cavani, wurden acht Millionen Menschen ermordet. Nein, weder gibt es einen adäquaten künstlerischen Ausdruck für die Qualen der Gefangenen, noch sind sie überhaupt gedanklich zu erfassen. Aber Tod und Folter zu ignorieren, um perverse Lust als darstellenswerten Gegenstand der KZ-Maschinerie herauszuschälen, führt zur Fortsetzung des Verbrechens mit anderen, mit ideologischen Mitteln.

Das heißt nicht, daß der „Nachtportier" ein faschistischer Film sei. Doch jede Kino-Karte, aus Neugier oder Geilheit gekauft, wird hier zur Beleidigung der Opfer des faschistischen Regimes. Ekel allerdings, moralische Auflehnung allein, begreifen nicht die politischen Dimensionen des Films, den seine Autorin mit aufklärerischem Habitus dekorieren will.

In Mussolinis „Stadio Dei Marmi" (welch netter Einfall) plaudert Liliana Cavani - Doktor Liliana Cavani, wie betont wird - vor ZDF-Kameras: „Ich glaube, daß wir alle in uns eine gewisse Portion an Sadismus und Masochismus haben und damit auch einen gewissen Teil Nationalsozialismus. Und da die Demokratie eine Sache der persönlichen Erziehung ist, müssen wir zusehen, ob es unsere Gesellschaft überhaupt gestattet, demokratisch zu werden." Derartige Versatzstücke von Wilhelm Reichs „Massenpsychologie des Faschismus" sollen, in Szene gesetzt, einen antifaschistischen Film ergeben? Die Regisseurin fährt fort: „Es ist jedenfalls meine Meinung, daß in unseren Ländern Individuen immer noch so erzogen werden, daß sie für jede Form des Faschismus bereit sind."

Die Terror-Herrschaft der Nazi-Partei, Frau Cavani, wurde in der Harzburger Front von Deutschnationalen und Großkapital vorbereitet. In Nürnberg sagte der Bankier von Schroeder aus: „Das allgemeine Ziel der Industrie war damals, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen. Als am 6. 11. 1932 die NSDAP ihren ersten Rückschlag erlitt und so ihren Gipfelpunkt überschritten hatte, wurde die Unterstützung der deutschen Schwerindustrie eine Sache von besonderer Dringlichkeit."

Von kollektiven Neurosen sprach er nicht. Seine und seinesgleichen Argumente waren: Die IG-Farben-Industrie steigerte ihren Gewinn von 48 Millionen im Jahre 1933 auf 822 Millionen Reichsmark 1943. Mannesmann im gleichen Zeitraum von 11,3 auf 83,6 Millionen. Flick erzielte in elf seiner Werke 1943 einen Reingewinn von 182,5 Millionen, und bei Krupp stieg er von 57 Millionen 1935 auf 111 Millionen 1941. Auch die AEG verdoppelte ihren Gewinn im Krieg und erreichte

1943 1,2 Milliarden Reichsmark.

Liliana Cavani geriert sich als Marxistin, aber vom Kapitalismus schweigt sie, wenn sie vom Faschismus spricht. Ihre Legitimation ist das makabre Hirngespinst einer ehemaligen KZ-Insassin, die jedes Jahr in Dachau am Grab ihres Peinigers Blumen niederlegt. Es gab in Dachau weder weibliche Häftlinge, noch sind dort SS-Männer begraben. Liliana Cavani will „die Deutschen und Österreicher endlich einmal darüber aufklären", so ihre Stellungnahme bei der deutschsprachigen Gala-Premiere des „Nachtportier" in Wien, „was zur Zeit des Dritten Reichs bei ihnen vorgegangen ist."

Vor ihrem Zynismus klingt sogar noch Dirk Bogardes Dummheit ehrlicher: „Es ist eine Geschichte über Liebe. Das ist alles."

Doch Zynismus und Dummheit haben Methode. Der Filmverleih „tobis" propagiert, nachdem er seinem Publikum mit „Ein Mann sieht rot" faschistische Verhaltensmuster *ohne* Hakenkreuz nahegebracht hat, den „Nachtportier", mit seinem Hakenkreuz, mit seinem Totenschädel, als bloßen Super-Sex-Schocker. („Jungfrauen werden in Ohnmacht fallen!")

Und der Film hat Zulauf - anders als der „Exorzist", der, einem bis dahin beispiellosen Reklame-Feldzug zum Trotz, in der Bundesrepublik ein Reinfall wurde. Auch das durchsichtige Bemühen der einschlägigen Medien, eine Katastrophen-Film-Welle zu etablieren, dürfte nicht annähernd so erfolgreich werden wie die abscheuliche Synthese der gegenwärtigen Strömungen antihumanistischer Massenkultur: Sex und Faschismus.

Hier kulminieren Horror-Genre mit Sex-and-Crime, Untergangs-Reißer und die Renaissance der Leni Riefenstahl. Den Boden bereitete die Nostalgie-Welle, die unversehens zur Nazi-Nostalgie ausgeweitet wurde - so wie der Jugendstil-Neuauflage jetzt wieder Gatsby-Look und Art Déko folgen, dessen Übergang zur faschistischen Kunst nahtlos ist. Und vor den Thrill der SS-Perversion hat die Film-Industrie eine Faschismus-Bewältigung als Bumms-Phallera-Klamotte gesetzt: „Die Reise nach Wien." (Edgar Reitz und Alexander Kluge mögen den Wert ihrer seminarmarxistischen Theorien proletarischer Öffentlichkeit überdenken, wenn selbst die „Welt` über ihren Streifen schreibt: „Man spürt dem Film eine geheime Sehnsucht nach jenen Zeiten an, wo die Nahrung knapp war und die Mädchen noch Ritterkreuzträger anhimmelten statt Mick Jagger.")

Liliana Cavani setzt den Nostalgie-Apparat berechnend ein: Reverenz an das Wien der fünfziger Jahre, an den schwülen Sezessions-Stil des Hotels, an die sadomasochistische Wollust des Faschismus.

Leitmotivisch läßt sie Charlotte Rampling einen Marlene-Dietrich-Song singen:

„Wenn ich mir was wünschen dürfte,
käm ich in Verlegenheit,
was ich mir denn wünschen sollte,
eine schlimme oder gute Zeit.
Wenn ich mir was wünschen dürfte,
möcht' ich etwas glücklich sein.
Denn wenn ich gar zu glücklich wär,
hätt' ich Heimweh nach dem
Traurigsein."

Dieses Kalkül verfängt, weil eine materialistische Faschismus-Analyse in der Bundesrepublik nie zur Geltung kam, weil die herrschende Ideologie statt dessen - wo sie das Feld nicht ganz und gar tabuisierte - etwa die Geschichtskatastrophen-Theorie oder die These vom alleinverantwortlichen genialen Dämon hervorbrachte. Das ging so weit, daß die „Welt" am 1. 10. 73 schrieb: „Heute indessen hält man Hitler nicht mehr für den Abschaum und Abfall der Epoche, sondern für eine ihrer großen Kräfte . . . nicht für den Kretin, sondern für den Dauphin des Europas der 30er Jahre . . . Wird man Hitler vielleicht noch wegen anderer Dinge als der Autobahn schätzenlernen?" Die Antwort kommt aus Italien: Ja, des Sexes wegen.

Dem Problem soll nicht ausgewichen werden. Es wird auch nicht dadurch gelöst, daß man Wilhelm Reichs Deutung des Hakenkreuzes als Sexual-Symbol zweier ineinander verschlungener Körper als spinnert beiseite schiebt. Denn die sexuelle Attraktion faschistischer Erscheinungsbilder existiert ja tatsächlich. Da gibt es zum Beispiel in Porno-Shops das Foto-Paperback „SS-Insignien". Susan Sontag schreibt dazu in einer Rezension: „Besonders in den Vereinigten Staaten, in England, Frankreich, Japan, Skandinavien, Holland und Deutschland wurde die SS in pornographischen Büchern und Filmen zu einem Signal für sexuelles Abenteurertum. Nazi-Kostüme mit Stiefeln, Leder, Ketten, Eisernen Kreuzen auf glänzender Brust und Hakenkreuzen gehören - neben Fleischer-Haken und Motorrädern - zur geheimen und äußerst einträglichen Ausrüstung der Erotik."

Und Liliana Cavani schwärmt: „Die SS-Uniform ist schreckenerregend schön."

Unzählige Comic-Serien erreichen mit Sex und Faschismus Millionenauflagen. (Einen intellektuell aufgepeppten Verschnitt präsentierte der „Konkret-Buchverlag" vor fünf Jahren in „Phoebe Zeitgeist": „ . . . Phoebe hält ihn wegen seiner Luftwaffen-Uniform für einen Ex-Nazi . . . Der Schmerz reißt sie aus ihrer Betäubung. Sie weiß, Widerstand ist sinnlos und unterwirft sich den Kommandos. Zögernd hakt sie ihren BH auf und enthüllt ihre vollen Brüste . . . Er läßt die Peitsche grausam auf Phoebes schutzlose Brüste, ihre Lenden und ihre weiche Haut niedersausen . . . Phoebe erträgt die Demütigung schweigend. . .")

In Guy Peelaerts und Nik Cohns Rock-Pantheon „Under the Boardwalk" posieren die Rolling Stones in Nazi-Uniform mit kleinen nackten Mädchen. Und schließlich kennzeichnet die Publikums-Reaktion auf den „Nachtportier" selbst die Relevanz des Problems.

Angeregt durch das Photo der barbusigen Charlotte Rampling mit SS-Mütze (kaum eine Zeitung versagte sich einen Abdruck; auf Plakaten und Flugblättern ist es wiederzufinden) und angelockt vom Nimbus des Skandal-Films, fühlen die Zuschauer mit den Protagonisten der unheimlichen Handlung. Das sollen sie auch. Liliana Cavani: „Es ist gut, mit den beiden Hauptpersonen identifiziert zu werden."

Das Publikum lacht an den richtigen Stellen, und es bangt an den richtigen Stellen. Distanz ist unerwünscht, und sicher wird sich nicht nur Renate Rasp (im „Spiegel") Gedanken darüber gemacht haben, „ob die schicke KZ-Frisur der Hauptdarstellerin besser zu Gesicht steht als die langen Haare von 1957".

Die Attraktion, die der „Nachtportier" heute ausübt, ist zweifellos verwandt mit der Anziehungskraft des Faschismus, die ihm unter bestimmten politischen und ökonomischen Bedingungen eine Massenbasis verschafft. Eine marxistische Auseinandersetzung mit diesem Phänomen, das Anna Seghers zum Beispiel in dem Aufsatz „Ein Mensch wird Nazi" (1942) beschreibt, steht bislang noch aus. Einen Ansatz liefert Reinhard Kühnl:

„Die Psychoanalyse hat gezeigt, daß autoritäre Mentalität und Begeisterung für das Führerprinzip nicht immer unmittelbar aus konkreten sozialen Interessen herstammen müssen, sondern auch in einem allgemeineren Sinne gesellschaftlich vermittelt sein können: Die Undurchsichtigkeit der kapitalistischen Industriegesellschaft und die Erfahrung der eigenen Machtlosigkeit, des Ausgeliefertseins an anonyme Gewalten produzierten Angst, die nach einem festen Halt sucht. Das Ich kann sich unter diesen Bedingungen nicht zu einer selbstbewußten Instanz entwickeln, sondern sucht seine Rettung in der Unterwerfung unter eine starke Autorität. Das kann sich in der Identifizierung entweder mit einem mächtigen Kollektiv - dem Staat, der Nation, dem Unternehmen - oder mit einer Führerpersönlichkeit äußern: der ‚autoritär-masochistische Charakter` projiziert sein Ich-Ideal auf eine Führer-Figur, mit der er sich bedingungslos identifiziert."

Hitler-Nostalgie und Nazi-Sex begleiten heute eine Entwicklung sozialer Unsicherheit, wie es sie bisher in der Bundesrepublik nicht gegeben hat. Die Demontage moralischer Werte geht einher mit der Demontage bürgerlich-demokratischer Freiheiten.

Diese - und nicht etwa, wie Susan Sontag meint, „eine erdrückende sexuelle Libertinage, ein unerträglicher Grad an Individualität" - ist doch wohl der Hintergrund, vor dem der „Nachtportier" zu werten ist. Die Dekadenz eines sozialen Machtgefüges fand immer schon seinen Ausdruck in der Dekadenz seiner Kunst.

Wer nach Liliana Cavanis vorgeblicher Absicht eine Aufhellung dieser Problematik erwartet, sieht sich getäuscht. Getäuscht wird auch, wer skrupellos genug ist, abstrakten ästhetischen Genuß zu erwarten. Denn der Film ist zunächst einmal ein Ensemble von Plagiaten: Aus Viscontis „Verdammten" stammt das Sujet, perverser Nazi-Sex (das Accessoire Marlene-Dietrich-Song wird nebenbei mitgenommen). Bertoluccis „Letzter Tango" liefert die Isolation und Anonymität eines exaltierten Liebespaares. Aus Louis Malles „Lacombe Lucien" schließlich kommt die Idee der erotischen Beziehung

zwischen einem Faschisten und seinem potentiellen Opfer. Der Rest ist armselige Effekt-Hascherei: Natürlich wird die „Zauberflöte" gespielt, und natürlich werden KZ-Impressionen hart dazwischengeschnitten (eine Szene übrigens, die die ganze Unbedarftheit der Regie bloßstellt: Nicht nur, daß der Dirigenten-Darsteller asynchron in die Luft stochert - er ‚dirigiert` Karl Böhms Platten-Einspielung mit den Berliner Philharmonikern, und Cavanis Statisten erhalten die Stimme von Fritz Wunderlich und Dietrich Fischer-Dieskau).

Zur schauspielerischen Leistung: Außer ihrem Gesicht bringt Charlotte Rampling (nach ihrem spektakulären ‚Durchbruch` mit dem „Nachtportier" nur noch in Sexfilm-Dutzendware zu sehen) nichts mit: Gieriges Marmelade-Fressen aus einem zerbrochenen Glas „wirkt" bei jedem Provinz-Chargen. Aber Dirk Bogarde, jaja, ist ein ausgezeichneter Schauspieler. Störend ist nur, daß er das fortwährend demonstrieren muß.

Soviel in Ergänzung zu den Nein-Aber-Kritikern, die angebliche künstlerische Qualitäten des Films vor dessen politischer Wirkung retten wollen. Mag sein, daß diese Anmerkung schon der Werkimmanenz zuviel sind. Denn eine Zeit, in der antifaschistischer Kampf „hierzulande noch eine Entscheidung ist, die an die Existenz des einzelnen rühren kann" (so die FAZ, auf Chile-Solidarität bezogen), eine Zeit, in der Franz Josef Strauß ein Charisma aufgebaut wird, weist der Auseinandersetzung mit Liliana Cavanis „Nachtportier" einen rein politischen Stellenwert zu.

„Reife Menschen bleiben ruhig", sagt die Regisseurin über ihren Film, „weniger reife dagegen werden beunruhigt."

Mag sein, daß ich ein unreifer Mensch bin; die Unruhe möchte ich mir dennoch zugute halten. Sie hat ihren Ursprung in einem anderen Film, in Erwin Leisers „Mein Kampf" mit den ersten Bildern und Dokumenten des Grauens. Zur Unruhe kam die politische Einsicht in Ursprung und Wirkungsmechanismus des Faschismus. Wer solche Unruhe und Einsicht teilt, möge sein beim „Nachtportier" gespartes Kino-Geld dem antifaschistischen Widerstand Chiles überweisen, der möge - wie Wolfgang Abendroth, Kurt Bachman, Walter Jens, Reinhard Kühnl, Martin Niemöller und viele hundert andere, einen Aufruf unterstützen, den Bernt Engelmann für den „Ausschuß zur Vorbereitung des 30. Jahrestages der Befreiung von Hitlerfaschismus und Krieg" redigiert hat:

„. . . Eingedenk der bitteren Erfahrungen, die unser Volk mit der faschistischen Diktatur machen mußte, rufen wir alle Antifaschisten und Demokraten dazu auf, ungeachtet ihrer weltanschaulichen oder politischen Bindungen, gemeinsam einzutreten und am 10. Mai 1975 in Frankfurt am Main unter der Losung zu demonstrieren: 30 Jahre Befreiung vom Hitler-Faschismus - 30 Jahre Kampf um ein Europa des Friedens.

Konkret 04/75, S. 44

Max von der Grün

Meine Lektüre

KONKRET-Buchkolumne: Autoren schreiben über ihren eigenen Lesekonsum. Diesmal der Arbeiter-Schriftsteller Max von der Grün

Günter Ernst

Am Kehlkopf

Verlag Wagenbach, Quarthefte

Ist das ein schönes Buch, ich konnte mich daran nicht satt lesen. Der junge Wiener Autor legt hier seine ersten größeren Prosaarbeiten vor. Es sind Geschichten aus dem Alltag, um Alltäglichkeiten, aber dem Autor gelingt es, aus diesen Alltäglichkeiten etwas Besonderes zu machen, in einer geschliffenen Sprache, die Sensibilität und Phantasie verrät. Ein Stück meisterlicher Prosa ist der Brief der alten Haushälterin an ihre Herrschaft. Die Haushälterin hat in einer Aufwallung von Wut und Enttäuschung gekündigt und schreibt ihrer Herrschaft, ob sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht hat, warum sie, die Haushälterin, von der Herrschaft zwanzig Ansichtskarten im Jahr aus allen Gegenden der Welt erhielt, und die Herrschaft von ihr, der Haushälterin, nur einmal im Jahr eine Karte erhielt aus der Nähe von Wien.

Wortgruppe München

Auf Anhieb Mord

Autoren Edition Bertelsmann, München

Da haben sich also deutsche Schriftsteller, die wir bislang aus der „hohen" Literatur kannten, wie etwa Martin Walser, in die Niederungen der Kriminalliteratur begeben, genauer gesagt, sie schrieben Kriminalgeschichten für diese Anthologie. Was dabei herauskam, kann sich aber sehen lassen. Es sind durchweg erstaunlich gute Geschichten, von realistisch bis grotesk, und auch die Groteske wird zur Realität. Die Geschichten beweisen, daß eine gut geschriebene Story niemals den Bezug zur Realität zu verlieren braucht, wenn sie von einem engagierten Autor geschrieben wird. Nicht Geschichten, wie wir sie täglich im Fernsehen konsumieren können, die mit der Gesellschaft nichts weiter zu tun haben, als daß sie die Kulisse des Geschehens liefert. Es sind zum Teil aufregende, zum Teil amüsante Geschichten, immer unterhaltend und immer am Nerv unserer sozialen Wirklichkeit. Das Buch war längst fällig, eine Königsidee der Herausgeber, um einmal zu beweisen, daß spannende Kriminalgeschichten nicht von Klischees leben.

Tatort - ZDF Studio Löwenthal

Peter Hammer Verlag, Wuppertal

Das nur 70 Seiten starke Buch erscheint in der Reihe PDI, Pressedienst Demokratischer Initiative, Band 21. Es finden sich darin Dokumente journalistischer Arbeit eines Redakteurs mit Namen Löwenthal, der sich von Henri Nannen in aller Öffentlichkeit sagen lassen mußte, daß er ein Verleumder ist, und der sich auch nicht dagegen wehren konnte, als ihm in der Presse Diffamierungsjournalismus bescheinigt wurde. Es ist eine Zusammenstellung von Berichten über Löwenthal und „kernigen" Aussprüchen von Löwenthal selbst, der gegen alles zu Felde zieht, das auch nur den Hauch von Fortschritt ahnen läßt. Es zeigt die Praktiken dieses teuersten Fernsehredakteurs, wenn man bedenkt, wie viele Prozesse er schon verloren hat, und wenn man das Schmerzensgeld dazurechnet, das er nicht von seinem Privatkonto bezahlt, sondern das der Sender entrichtet, und der hat das Geld wieder von unseren Gebühren. Aber Löwenthal steht und fällt von Holzamers Gnaden und Holzamer steht und fällt mit CDU/CSU-Gnaden. Hieraus wird auch deutlich, weß Sprachrohr Herr Löwenthal ist, nämlich immer das der Reaktion, die sich vor Jahren schon nicht anders zu wehren wußte in Wahlkämpfen, als Willy Brandt eine uneheliche Geburt zu attestieren und daß er in Wirklichkeit Frahm hieß. Löwenthal ist der richtige Mann, solche Sachen öffentlich auszusprechen und noch vieles mehr. Ich schaue mir den schon seit über einem Jahr nicht mehr an, mir dreht sich der Magen um. Das Buch zeigt, mit welchen Mitteln dieser Journalismus arbeitet, wenn es gilt, den politischen Gegner nicht zu bekämpfen, sondern ihn zu verleumden und zu diffamieren. Dieses schmale Bändchen sagt mir mehr über Löwenthal, als wenn ich ihn ein ganzes Jahr am Fernsehschirm sehen würde.

Miklos Haraszti/Vorwort von Heinrich Böll

Stücklohn

Rotbuch Verlag, Berlin

Ich gestehe, daß mich beim Lesen manchmal die kalte Wut packte. Warum? Weil auch ich zuweilen eine Realität nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Das Buch ist, meines Wissens, der erste ehrliche und authentische Bericht eines Autors aus der und über die Arbeitswelt eines sozialistischen Landes. Haraszti berichtet aus einer Traktorenfabrik in Budapest, in der er selbst längere Zeit gearbeitet hat. Der Autor war und ist heute noch Pressionen ausgesetzt, sein Buch durfte in Ungarn nicht erscheinen, wahrscheinlich nach der Doktrin geistloser Funktionäre, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, Haraszti wurde vor Gericht gestellt und verurteilt, weil er angeblich das Manuskript in den Westen geschmuggelt haben soll. Es ist anfangs etwas schwer zu lesen für jene, die innerbetriebliche Zustände nicht kennen und denen jene spezifische Arbeits- und Fachsprache fremd ist, es ist gespickt mit Fachausdrücken, ohne die es leider, will man präzise sein, nun einmal nicht geht. Mit Akribie und hintergründigem Humor entlarvt der Autor Praktiken sozialistischer Arbeitswelt, die sonst nur allzugern verschleiert werden, er legt eine Hierarchie offen, die es auch in sozialistischen Betrieben gibt, er referiert und reflektiert über den Stücklohn, über den Akkord, über die Möglichkeit, überhaupt einmal weiter kommen zu können, über das am grünen Tisch auskalkulierte Soll der Planerfüllung, und sagt auch, warum das Soll niemals erreicht werden kann: Der Anreiz zur Produktionssteigerung wäre verloren. Ein ganz besonders aufschlußreiches Kapitel ist das, in dem er sich mit der Schwarzarbeit auseinandersetzt. Man spürt, daß hier seine Sympathien liegen, denn Schwarzarbeit wird nicht in erster Linie betrieben, um etwas dazu zu verdienen, nein, zuallererst, weil man das machen kann, wozu man Lust hat, sich berufen fühlt. Arbeit also als Selbstverwirklichung, das zu produzieren, was einem Spaß macht und nicht das, was einem zu tun geheißen wird. Beim Lesen dachte ich oft, verdammt, wenn das der Sozialismus sein soll, dann pfeife ich darauf. Aber immer noch begehen wir den Fehler, verführt durch die kapitalistischen Massenmedien, Sozialismus immer nur in Konkurrenz mit der kapitalistischen Leistungsgesellschaft zu sehen und nicht von seiner sozialen Gerechtigkeit. Haraszti ist Sozialist, aber einer jener, die durch Aussprechen von Unzulänglichkeiten den Sozialismus verwirklichen wollen, die in der Verschleierung der anstehenden Probleme die Heuchelei aufkommen sehen und letztlich den Bürokratismus. Wer die Phantasie des Menschen tötet, der tötet den Menschen. Ich könnte jetzt Seiten füllen mit Zitaten aus dem Buch, das ich dann einen Zitatenschatz der Arbeitswelt nennen müßte allerdings mit sozialistischem Vorzeichen. Ich kann das Buch nur allen empfehlen, die sich Illusionen über den Alltag im Sozialismus machen, weil sie so sehr vom Leistungsdenken im Kapitalismus abgestoßen werden. Nicht Wunschdenken führt weiter, sondern das zur Kenntnisnehmen der vor: Realität. Wir können nicht mit dem sattsam bekannten Witz argumentieren, daß im Kapitalismus der Mensch den Menschen ausbeutet und es im Sozialismus gerade umgekehrt ist, wir müssen uns fragen, wer wen ausbeutet in wessen Interesse. Stücklohn versucht darauf eine Antwort zu geben, es ist ein aufregendes Buch, das der Frage des Mannes an der Fräsmaschine nachgeht, warum es eigentlich die da oben und die da unten geben muß, warum der Mensch gedemütigt werden muß, nicht mit Worten, nein, mit der Arbeit, die man ihm zuweist. Man lese Stücklohn.

Konkret 04/75, S. 46

Martin Walser

Heimweh nach Amerika

Versuch, ein Gefühl zu verstehen

1

Wer erklärt mir mein Heimweh nach Amerika?

Wie muß der Ton beschaffen sein, der von hier bis Texas reicht und so lange hält wie dort der schöne Himmel?

Wohin mit den zierlichen Eichen, den Zedern, den unzähligen, die mir im Kopf nachgewachsen sind?

Was anfangen mit unsterblichen Sätzen aus dem Supermarkt, die noch an sich haben die südliche Windung der Lippen, aus der sie entstanden?

Warum bleibt mir die Tankstelle als wär sie von Michelangelo?

2

Habe ich mich täuschen lassen von der Würde die das Verbrechen annimmt, wenn es von den Großen Familien begangen wird?

Habe ich nicht brüderlich gefühlt mit Nixon und Agnew, die taten, was die Rockefellers taten, aber zu Hause und zu spät?

Habe ich mich nicht geekelt vor dem Ton der Magazine gegenüber der Königsfamilie Kennedy?

Habe ich nicht John Fords Farbchauvinismus lebendig gesehen in jedem Italiener, der so viel verdient hatte, wie man verdienen muß, um sich einem Mexikaner gegenüber als Ire zu fühlen?

Habe ich nicht erfahren, daß die Mittelstandskinder in der Pause nichts zu tun haben wollen mit den schwarzen

Bus-Fahrschülern, deren Fahrpreis bezahlt wird für Demokratie?

3

War es die entschiedene Hitze?

Waren's die immer zum Horizont reichenden Straßen?

Waren's die gelben Schmetterlinge, die am Sonntag den Feldweg besetzt hielten in Vermont?

War's die Blaskapelle aus Boerne, die in San Antonio auf dem spanisch-schattigen Fluß spielte wie auf der Postkarte von 1910?

War's Mr. Snake, der hinter den Bergen im Sande wohnt und mir den Luftfilter reinigte für einen Dollar?

4

Hat mir das New Yorker Renommierblatt nicht das Gruseln beigebracht durch seine eingenommene Gelassenheit?

Hat das Vorfahrtsritual in unserem Viertel nicht eine Geduld bewiesen, die aus Elfenbein ist?

Hat den niederen Mietpreis nicht der Mexikaner, der das Haus gebaut hat, bezahlt?

Hat der New Yorker Taxifahrer nicht die reine Raubtiernatur bewiesen, und unter welcher Bedingung entsteht die?

Hat nicht New York, was Amerika sagt, widerrufen?

5

War es die Orange aus dem Texastal, das Pfannkuchenhaus an -der Autobahn oder der Dampferlaut der Lokomotiven?

War es das Mädchen im Fernsehen, das für Franklins. Sparkasse Sätze auf ihren Lippen gänzlich zergehen läßt?

War es das grüne Tennessee oder das weißblonde Texas?

War es der beständige Himmel, die lückenlose Freundlichkeit der Leute oder das pfingsthafte Brausen des überholenden Trucks?

War es die aufsingende Brücke in Memphis, der Betonschal, den Houston umhat, oder das Bürgerschlößchen, das Jefferson sich gebastelt hat auf einem Berg in Virginia?

6

Vielleicht bin ich anfällig für schönes Wetter.

Vielleicht bin ich in Kneipen, Hörsälen, Kaufhäusern und an Stränden deiner Demokratie begegnet, Walt Whitman.

Vielleicht war's die ehrwürdige Catalina Pontiac Convertible, die uns fünf Kopf hoch durchs Land geschaukelt hat.

Vielleicht bin ich im faltenreichen Gewand der Freiheitsfigur auf den sonnigsten Bug gerutscht.

Vielleicht hat das meiste die Entfernung von hier getan.

7

Amerika ist, glaub ich, wo sich noch keiner gewiß ist.

Europa ist, glaub ich, wo Adenauer, de Gaulle und Beckett sich ganz sicher sind.

Sticht nicht hier die feierliche Selbstgewißheit alles?

Lähmt hier nicht alles die narzistische Idylle, in der man den Eindruck heilig spricht und dann alt wird und reich, aber andauernd redet vom Krepieren?

Denk, Amerikaner kann man werden. Europa ist, glaub ich, eine sich überschätzende Beerdigungskultur.

Könnte mein Heimweh nach Amerika ein Heimweh sein nach Zukunft?

8

Wenig seh ich in Filmen von Amerika wieder.

Und das Amerika, das. Kissinger vertritt, ist die Sowjetunion, die Gromyko vertritt, die Molotow vertritt, Dulles vertritt vertrat vertreten.

Die Meldung, die meldet, Ex-CIA-Chef Helms werde des Meineids angeklagt, meldet das treue Amerika.

Repräsentanten haben nichts mehr zu tun mit den Repräsentierten. Nichts ist so wenig typisch für ein Land wie seine Repräsentanten. Auch Amerika lebt unter der Wolkendecke, täglich produziert von der Kommunikationsindustrie und von der Darstellungsindustrie im Interesse der Repräsentanten, die - inkommunikativ - thronen über dem Mediensmog.

Ganz Amerika ist Peripherie für ein Zentrum, das es nicht gibt als Hauptstadt mit Imperialismus-Stuck, Siegessäule, Paradeplatz, Boulevard Unsterblichkeit. Das Zentrum, für das Amerika Peripherie ist, ist die Idee, die auch den Kapitalismus überwinden wird: Demokratie.

9

Wie für immer gleißt unter der Tragfläche Windung um Windung des Mississippi herauf.

Wie für immer sitzt in Austin der gebrechliche Kollege vor der massiven Sophien-Ausgabe.

Wie für immer bohren die Fußball-Übermenschen ihre große Kraft auf den zutiefst verschwundenen Ball.

Wie für immer sitzen neun Studenten rund im Gras und singen das Lied vom Pon Shop Corner in Pittsburgh Pennsilvania, das Lied vom Cotton in Arkansas, das Lied vom Bitter Lemon Tree, das Lied vom Haus in New Orleans, das Die Aufgehende Sonne heißt. Dann sagt Tom: Wenn ich durchfalle, arbeite ich im Stahlwerk wie letztes Jahr.

Wie für immer stehen im Stadtbild die bepackten Leitungsmaste, die aussehen wie provisorisch: Amerika, wie für immer provisorisch.

10

Ich gebe also zu: ich bringe nicht zusammen dieses kapitalistische Amerika, von dem der Globus dröhnt, und das konkrete Amerika, das ich erfuhr.

Ich war in den großen Kleinstädten am Sonntag und am Werktag, immer im Mittelstand, nirgends traf ich auf die plastic people, die der Intellektuelle in Amerika anzutreffen hat.

Amerika hat die Götter dieses Jahrhunderts gemacht, die lächerlichsten Götter, die je gemacht wurden, Chaplin, Monroe, Sinatra ... die menschenähnlichsten Götter, die je gemacht wurden, ja, die Menschen wollen sich endlich selbst anbeten, eine Theologie wie ein Rasiermesser, am schärfsten gemacht in Amerika, weil Amerika gemacht ist aus Leuten, die

irgendwo weggingen, um keine Götter anbeten zu müssen, und kommen jetzt aus mit Göttern, die klein sind, aber zahlreich und dürftig.

Ich bin eingefangen von -Amerikas Höllen, die weniger Theologie verbrauchen zu ihrem Betrieb als alle anderen Höllen der Welt: so erscheinen sie abschaffbarer.

Da die Geschichte, seit sie begonnen hat, das eiligste ist, was auf der Erde je prozessierte - so viel eiliger als z. B. die bloße Natur -, und da die Geschichte das Erreichbare will, wäre es die Stelle tretender Wahnsinn und gäbe der Dialektik Gift, verzichtetest du auf das Experiment Amerika, wo der Sozialismus sein Heil induziert im schuldig gesprochenen Symptom *Seele;* endlich sind wir ein Gelände, und Sauerstoff und Demokratie sind dort geachtetere Ideen.

11

Ich wäre am Rio Grande, mischte Apachen-Echos mit solchen von Auschwitz,

ich wäre in Tennessee, das so viele Hügel der Sonne nachtreibt, und keiner heißt Hohenzollern,

ich wär in Virginia, dem Land des Laubs, um zu vergessen,

ich wär in Texas und lernte mich rühmen,

ich wäre weit weg.

Konkret 04/75, S. 48

Tom Appleton

Cash and carry

Wie man aus den fixen Werten von gestern die fixen Ideen von heute macht
Über Country & Western Musik

Vier Uhr nachmittags. Alles einsteigen, der „Sixteen o' Five to Nashville" fährt direkt vom amerikanischen Soldatensender AFN roden finstersten Hinterwald Amerikas, ins Land der Country & Western Musik.

Country Musik hören, das ist wie einen Film von Sam Peckinpah sehen: schrecklich, aber faszinierend. Und zwar faszinierend, weil dies die Musik ist, die sich die Welt anhört. „Billboard" zufolge -das ist die größte Zeitschrift der Schallplattenbranche, und die sollte es ja wissen -klebt dieser Klang zwischen den Ritzen jeder zweiten in der westlichen Welt verkauften Schallplatte.

In Erscheinung - und das heißt: kommerziell in Erscheinung -trat die Country-Musik erstmals in den zwanziger Jahren. Ihr erster Held war Jimmy Rodgers, ein gitarrespielender Eisenbahnarbeiter, dem die Tuberkulose zu einem frühzeitigen Nachruhm verhalf. Seine Songs basierten auf traditionellen Melodie-Partikeln, seine Texte holte er sich aus dem Alltag: Liebe, Gefängnis, Eisenbahnen, die ländliche Idylle.

Hier feierte noch einmal der urwüchsige Individualist sagenhafte Triumphe: der Fernfahrer, der Landstreicher, der Cowboy, der Outlaw. Die Weltwirtschaftskrise, Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit - diese Requisiten moderner Zivilisation wollte man im Klärbad der großen amerikanischen Mythologie von sich waschen.

Man schrieb Songs über Ehe und Familie, weil diese noch wichtige soziale und ökonomische Funktionen hatten. *Kin folk,* die Verwandten*,* hingen noch zusammen und gewährten sich gegenseitig Schutz und Hilfe. Und Kapitalismus, Herrgott und Vaterland (in Amerika ohnehin oft synonym gebraucht) waren die Farben jenes Regenbogens, an dessen Ende man auf einen Pott voll Gold hoffte, jenes Hoffnungsschimmers, der den Lebenskampf nicht in Verzweiflung umschlagen ließ.

Kurz, genau wie der Blues nahm die Country Musik ihren Anfang in einer isolierten, ökonomisch klar umrissenen Bevölkerungsgruppe im Süden Amerikas, die in ihrer Musik geheiligte Werte gegen feindliche gesellschaftliche Bedingungen hochhielt und verteidigte.

Es ist klar, daß sich seither einiges geändert hat.

Die „Konsumgesellschaft" zog sich eine „Mittelschicht" heran, die Wertvorstellungen auf der unteren Skala gesellschaftlicher Gruppen verwischten sich. Zu dem alten Publikum der Farmer, Lastwagenfahrer und Bergarbeiter gesellten sich nun auch die Fabrikarbeiter, Büroangestellten und Verkäufer in den Städten. Wer im eigenen Heim sein Bier aus dem Kühlschrank holt und sich vor dem Fernsehapparat unterhalten läßt, wer ein oder zwei Autos in der Garage stehen hat, dem fällt es schwer, sich mit Landstreichern und Cowboys zu identifizieren.

Der Landstreicher von heute, das ist bestenfalls noch der Fernfahrer, eben jener scharfe Hänger, den Roger Miller in seinem „King of the Road" verherrlicht - und nicht mehr der arme, von Polizisten gejagte Hobo Bill der früheren Balladen. Und was den „Outlaw" angeht, so zieht sich jede amerikanische Familie nun ihren eigenen heran.

Es versteht sich, daß mit dem Wandel des Publikums auch Veränderungen in der Musik einhergingen. Hätte man den alten Stil bewahren wollen, hätte auch die Kultur, die ihn hervorgebracht hatte, intakt bleiben müssen - eine Kultur, gekennzeichnet von Rassismus, Hinterwäldlertum, Armut und religiösem Fanatismus. Und von einer großen Schlichtheit des Gemüts.

Bedauerlicherweise trifft es sich, daß die einfachen, sentimentalen Antworten, die Verkleinerungsgläser der Weltsicht gerade wieder in Mode sind. Genau wie jener Teil der parasitären Hippie-Kultur, der das Heil in einem *Zurück zur Natur* sieht (laß doch Henkel seinen Dreck alleine machen) sitzt auch das Amerika der Mittelschicht der Illusion auf, daß schon alles wieder okay wäre, wenn man nur alles viel, viel einfacher machen könnte.

Im Spiegel der Musik drückt sich das dann aus als Weltflucht und Sehnsucht nach einer idealisierten, tugendsamen kleinen Stadt irgendwo im amerikanischen Nirgendwo:

„Es ist schwierig, in Los Angeles Liebe von Haß zu unterscheiden."

„Ach, was gäbe ich darum, wieder ein Landmädchen zu sein."

„Ich mag dieses New Yorker Sekretärinnenleben nicht."

Die Gesellschaft bietet keine Identifikationspunkte mehr. Familie, Arbeit, Religion oder gar Heimat zählen nicht mehr. Identifizieren kann man sich nur noch mit Phantasieprodukten, die einem Bedürfnis nach Raum, nach Weite, nach Ungestörtheit Ausdruck verleihen. Die Nostalgie-Industrie funktioniert hier als Motor für eine Schlittenfahrt ins Gestern, wo die amerikanische Mittelschicht frenetisch in der Rumpelkammer der Vergangenheit herumstöbert, auf der Suche nach Bildern und Leitbildern für die Gegenwart.

Was dabei zutage tritt, ist in vielen Fällen nurmehr Karikatur. In der Tat scheint es Aufgabe des Country-Stars zu sein, den einen oder andern Aspekt amerikanischer Tradition darzustellen, mehr noch: zu *verkörpern.* Johnny Cash beispielsweise hat es verstanden, seine Karriere größtenteils auf zwei archetypischen Modellen aufzubauen: auf den Gefangenen und den Eisenbahner.

Es ist möglich, daß Country Musik gar nicht absichtlich politisch „rechts" ist. Richtiger ist es wahrscheinlich, daß sie,

wie die Generation, die sie hervorgebracht hat, im Grunde apolitisch ist. Ihre Werte, und somit ihre Politik, sind rückwärtsgewendet - auf eine romantisierte und nur :m- der Einbildung bestehende gute alte Zeit. Das macht natürlich reaktionär gegenüber der Gegenwart. Fixe Werte in einer sich verändernden Welt werden zu fixen Ideen.

Man sieht: es geht hier um mehr als um eine Musik-Form und ihr Publikum. Es geht zunächst und in erster Linie um das Publikum, das hier in einer bestimmten Musik seine Stimme findet. 1n der Tat, es ist jene berüchtigte und viel beschworene „schweigende Mehrheit". In der Country-Musik findet sie zu sich selbst, spricht sie über sich selbst.

Dieses Publikum liebt die Ehrlichkeit seiner Musiker. „Sincerity" - Glaubwürdigkeit - ist das Wort, mit dem die Fans ihre Lieblingssänger gern charakterisieren. Diese „persönliche" Note kommt besonders stark durch in den Country-Songs über politische Themen, vor allem zur Zeit des Vietnam-Krieges.

Interessant ist hier auch der Vergleich zwischen den Protestliedern der Folk-Rocker mit denen aus Nashville (Nashville, nebenbei, ist sozusagen das Hollywood der Country Musik). Phil Ochs zum Beispiel sang politische Texte gegen den Krieg, die er nur eben grade notdürftig verkleidete. Wie ein typischer Linksintellektueller - Ochs ist nebenher auch Journalist - interpretierte er den Krieg, behandelte er Krieg als *Thema.* Country Musik reagierte dagegen ganz direkt, ohne Einschalten des Hirns, aus dem Bauch. Dem Country-Sänger ging es um die Folgen des Krieges für die Mutter, die Söhne, für die zurückgelassenen „Sweethearts".

Da betete dann etwa eine Mutter für ihren Sohn (in dem Song „My Son"), oder „Little Johnny from Down the Street", der Junge von nebenan, „bringt das größte Opfer". Der Protest ist aber, kaum ausgesprochen, auch schon wieder zurückgenommen. Traurig, daß junge Männer sterben müssen, meinen die Sänger, aber im allgemeinen ist das Beste was man tun kann, schön still zu halten und: mal abwarten, was der Präsident machen wird.

Die Songs zum Korea-Krieg waren nicht viel anders. Da gab es den „Liebeskranken Soldaten auf dem Berg der gebrochenen Herzen" der direkt „Aus Mutterarmen nach Korea" verschlagen war. Politische Kommentare beschränkten sich auf ein „Nein, nein, nein, Joe" oder „Sie schlossen Gott aus hinter dem eisernen Vorhang". Klassisch wurde es dann mit „Das Rot das wir wollen ist das Rot das wir haben (im guten alten Rot, Weiß und Blau)" - nämlich der amerikanischen Flagge. Die politische Funktion der Country Songs war und ist es, die Fahne hochzuhalten und dann zu schwingen wie einen Knüppel.

A propos Knüppel - das bringt uns zum Sex. Der war erst mal lange Zeit ganz unbekannt. Nachdem dann aber Doktor Reuben und Dutzende andere in seinem Gefolge der amerikanischen Mittelklasse alles über Sex verraten haben, trägt man jetzt auch Sex, obgleich man immer noch nicht weiß, ob man das mag oder nicht.

In der „Elternbeiratsversammlung von Harper Valley" (so der Titel des Songs) von Tom T. Hall, läßt sich der Sänger über das lasziv-doppelmoralische Schweinstreiben der gehobeneren Schichten mit der sittlichen Entrüstung eines Boulevardblattes aus, einer Mischung aus Prüderie und Mit-Suhlerei.

Auch die akzeptablen Formen des Sexualverhaltens sind nicht frei von Verklemmungen; die Lieblingssituation ist offenbar die des erwachsenen Onanisten, der seinen zurückgestauten Phantasien Auslauf geben möchte: erfahrener Mann im besten Alter perforiert Jungfrau; wie in dem großen Hit von 1973, „Soweit bist du noch nie gegangen" (You've never been this far before).

Auch gefühlsmäßig ist in der Country Musik nichts los; aus dem Schmerz wird jammernd-jämmerliches Wehgeheul, wo der Blues schreit, blubbert es hier, wo der Blues Hochgefühle kennt, bietet Country nur bierselig lautes Tralala. Ein Fingerzeig auf die emotionale Ödlandschaft dieses Publikums.

Die Schallplattenindustrie, die in den USA mehr Dollars umsetzt als die Eilmund Fernsehgesellschaften zusammen, schüttet eine Schwemme kleiner ideologischer Botschafter, in Vinyl geritzt, über die amerikanische Bevölkerung aus. Die Luft surrt im rhythmischen Leerlauf ungezählter Radio-Stationen, die um die Uhr Werbung und „Musik" ausstrahlen. Schallplatten sind wie Bazillen: sie infizieren unauffällig, übertragen Ideologie. Die Ideologie des „Plastik-Amerika", wo es nur folgerichtig ist, einen Richard Nixon als Exponent alles dessen, was an Amerika wirklich schon ist, ins Amt des Präsidenten zu wählen.

Dieses Volk, das (in einer Gallup-Umfrage vor einigen Jahren) seine eigene Unabhängigkeitserklärung, das Dokument der ersten bürgerlichen Demokratie, entweder für ein radikales Pamphlet oder gar für das „Kommunistische Manifest" hielt, dieses Volk hat die Kraft zum Wandel, zum demokratischen Fortschritt verloren. In der Musik dieses Volkes, das mag auch nicht mehr sehr überraschen, ist Kummer zu Selbstmitleid geworden, und Freude kommt verschämt und verklemmt aus verbogenen Stimmen, wie im Text dieses Duetts:

Er: „Well, ich dachte die Farbe der Liebe sei rosenrot oder hübsch rosa."

Sie: „Und ich dachte, Liebe sei ein durstiger Mann, der nach Hause kriecht zu einem großartigen Drink - oh du mein herzensbrechender, liebemachender, schneid-mir-eine-Scheibe-Schinken-ab

Teufelskerl von Mann."

Er: „Oh, du mehlsiebendes geldrüttelndes, naseschneutzendes Goldstück von Frauenzimmer."

Zusammen: „Liebe, sag ich dir, ist wirklich was ganz Besonderes, da blästs mir wirklich das Hirn auseinander."

Wie man sich denken wird, habe ich die Songtext-Zitate genau so blöd übersetzt, wie sie in Wirklichkeit sind. Man kann es immerhin als tröstlich empfinden, daß der überwiegende Teil derer, die sich auf der ganzen Welt diese Musik anhören, von einem gnädigen Schicksal davon bewahrt wird, die dazugehörigen Texte zu verstehen.

Konkret 04/75, S. 50

Yaak Karsunke

IG Druck und Papier-Tiger

Über den Fall Siemens/Delius:

Der Berliner Schriftsteller F. C. Delius veröffentlichte 1972 ein Buch mit dem Titel „Unsere Siemens-Welt/Eine Festschrift zum 125jährigen Bestehen des Hauses S.". Wörtlich war dieser Titel nicht zu nehmen - es handelte sich vielmehr um eine Dokumentar-Satire, die in parodiertem Lobredner-Ton eine Fülle von Fakten aus der siemensschen Firmengeschichte ausbreitete, darunter manche, an die sich die derzeitigen Herren des Hauses S. offenbar nur ungern erinnern lassen.

Jedenfalls verklagte der Konzern den Autor beim Landgericht Stuttgart. Delius solle, so das Siemens-Begehr, 19 in seinem Buch enthaltene Behauptungen zurücknehmen (darunter auch solche, die der Autor aus bislang von der Firma nicht beanstandeten Veröffentlichungen übernommen hatte). Geht man von rund 2000 Einzeldaten aus, die in der „Siemens-Welt" verarbeitet sind, so bemängelte die Klage also eine angebliche Fehlerquote von weniger als einem Prozent: Gleichwohl wurde der Streitwert - nach dem auch die Prozeßkosten sich bemessen - auf stolze 200 000 Mark festgesetzt. Darüber hinaus wollte Siemens vom Gericht auch noch einen Schadensersatz-Anspruch zugebilligt bekommen.

Ende vergangenen Jahres erging das Urteil, das dem Konzern in 14 von 19 Punkten recht gab, einen Anspruch auf Schadensersatz bejahte und Delius und dem Rotbuch-Verlag (in dem die „Festschrift" erschienen ist) zwei Drittel der Gerichtskosten auferlegte. Der ehemalige Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsident Richard Schmid nannte diese Entscheidung „einen besonders krassen Rückfall der Rechtsprechung in die nur scheinbar überwundene Überbewertung des gewerblichen, kommerziellen Privatinteresses im Verhältnis zur Kunstfreiheit und zum allgemeinen Interesse an der Kritik und freien Erörterung öffentlich wichtiger Sachverhalte". (Der Urteilstext ist ebenso wie Schmids Urteilskritik und eine Prozeß-Chronologie in der soeben erschienenen „Prozeß-Ausgabe" der „Siemens-Welt" abgedruckt.)

Prinzipielle Bedeutung gewinnt der so gerügte Spruch dadurch, daß er dem Autor auferlegt, auch bereits unbeanstandet publizierte Tatsachenbehauptungen vor ihrer literarischen Wiederverwendung jeweils noch einmal auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, andernfalls er regreßpflichtig gemacht werden kann. Selbstverständlich übersteigt diese Forderung die Möglichkeit jedes Einzel-Autors. Die „Frankfurter Rundschau" kommentierte zutreffend: „Die Konsequenzen des skandalösen Urteils zielen darauf ab, literarische (und auch journalistische) Kritik einzuschüchtern und unmöglich zu machen, indem ein Autor mit seinem finanziellen Ruin bedroht wird."

Zur gleichen Einschätzung kam im November 1974 der Kongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier. Mit überwältigender Mehrheit forderten die in Frankfurt am Main versammelten Schriftsteller ihre Gewerkschaft auf, dem betroffenen Kollegen Delius Rechtsschutz für einen Musterprozeß durch alle Revisionsinstanzen zu gewähren. Der zuständige Hauptvorstand der IG Druck und Papier ließ sich erst einmal ein gutes Vierteljahr Zeit - und beschied Delius am 13. Februar 1975 abschlägig: „Obwohl uns die grundsätzliche Bedeutung des Falles für die Kunst- und Meinungsfreiheit durchaus bewußt ist, sind wir wegen der eindeutigen Bestimmungen unserer Satzung nicht in der Lage, Rechtsschutz zu gewähren. Unsere Satzung bestimmt, daß Rechtsschutz nur bei Streitigkeiten aus einem Arbeitsverhältnis oder aus dem Urheberrecht gewährt werden kann, und zwar nur dann, wenn sich die Auseinandersetzung gegen den Arbeitgeber bzw. den Auftraggeber richtet."

Offenbar halten die Mitglieder des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier die Schriftsteller für Analphabeten, die deshalb die Satzung nicht lesen können, in der es nämlich heißt: „Ausnahmsweise kann . . . Rechtsschutz bei Rechtsstreitigkeiten aus Veröffentlichungen gegen Dritte gewährt werden; darüber entscheidet der Hauptvorstand" - dem die Satzung also ausdrücklich das Recht zu Ausnahme-Entscheidungen gibt! Der Hauptvorstand hat von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht und negativ entschieden - er wird wissen, warum er diese Entscheidung mit Satzungs-Verweisen bemäntelt, anstatt offen zu ihr zu stehen.

In jedem Fall beweist der Hauptvorstand mit seiner Entscheidung ein blamables Unverständnis für die reale Interessenlage der gewerkschaftlich organisierten Autoren. Wir erleben zur Zeit eine auf breiter Front geführte Kampagne gegen die Kunst- und Meinungsfreiheit, die durchaus nicht von Arbeit bzw. Auftraggebern der Autoren ausgeht, sondern im Gegenteil auch diese mundtot zu machen versucht: Die Verlage sollen ebenso eingeschüchtert werden wie die Verfasser. Nicht Bertelsmann klagt gegen Engelmann, und in Berlin steht der Verleger Wagenbach vor Gericht, weil der Berliner Polizeipräsident sich beleidigt fühlt - der gleiche Polizeipräsident, der durch eingeschränkte Aussage-Genehmigungen für seine Untergebenen die prozessuale Wahrheitsfindung so erschwert, daß man von Behinderung zu reden versucht ist.

Für die gewerkschaftlich organisierten Schriftsteller ist es ein Präzedenzfall, daß sich ihre angebliche Interessenvertretung bei der ersten Gelegenheit, eine für alle Autoren grundsätzliche Frage zu klären, wie ein Papiertiger hinter der Satzung verkriecht, anstatt die Interessen der Betroffenen zu vertreten. Die Schriftsteller sind der Gewerkschaft nicht beigetreten, um nun genau so schutzlos zu sein, wie sie es in ihren alten - ständischen - Verbänden waren.

Zum ersten April hat die IG Druck und Papier ihre Beitragssätze erhöht -daß sie im Ausgleich dafür ihre Leistungen drastisch reduziert, erscheint als verfehlter Aprilscherz.

Konkret 04/75, S. 51

Mario Angelo, Henryk M. Broder, Frank Grützbach

Am laufenden Band

RFFU ist die Abkürzung für Radio-Fernseh-Film-Union. In ihr sind viele der freien Mitarbeiter von Funk und Fernsehen gewerkschaftlich organisiert. Mit Unterstützung der RFFU haben freie Mitarbeiter, die überwiegend bei einer Funkanstalt ihr Geld verdienen, vor Gericht die Pflicht der Anstalt zur Festanstellung erstritten.

Ein Sieg nach Pyrrhus-Art: Zwar werden einige hundert freie Mitarbeiter sozial besser gesichert, doch liegen die festen Einkünfte oft bis zu fünfzig Prozent unter den bisher bezogenen Honoraren. Freie Mitarbeiter, die nicht fest angestellt werden wollen, erhalten keine Aufträge mehr, weil die neuen Festangestellten beschäftigt sein wollen. Außerdem wird in Zukunft jeder Einsatz eines freien Mitarbeiters zentral erfaßt, um sicherzustellen, daß keiner mehr durch „überwiegende" Beschäftigung einen rechtlichen Anspruch auf Festanstellung erwirbt. Folge: Eine ganze Journalisten-Generation wird von den Funkanstalten ferngehalten.

Die Überschwemmung mit festangestellten Autoren hat unterdessen organisatorische Kuriositäten angespült. Mario Angelo, Henryk M. Broder und Frank Grützbach (drei, die nicht fest angestellt werden wollen) haben es beobachtet:

Ort: Besetzungsbüro eines Funkhauses. Pro Besucher kräftiges Türenklappen. Irgendein Summen vielleicht, jedesmal wenn ein neuer Mann hereinkommt, so etwa wie beim Kassenarzt. Ein gelangweilter Mann an einer Schreibmaschine, der Eintragungen macht.

Beamter: B

Eintretende: 1, 2, 3, 4, 5, 6

B: Der Nächste bitte . . .

1: Ja, hier . . .

B: Sparte?

1: Lyriker.

B: Endreim?

1: Nein. Reimlos.

B: Schon wieder.

1: Bitte?

B: Nichts. Genre?

1: Natur, Landschaft, das Wechselspiel zwischen . . .

B: Gut. Rechts rüber, Landfunk.

Summen

B: Der Nächste bitte.

2: Ja, also ich . . .

B: Sparte?

2: Tja . . . Musiker!

B: Genre?

2: Ich habe eine Empfehlung von Karl Heinz Stockhausen.

B: Is jut, is jut. Atonal. Ausbildung?

2: Promoviert!

B: Könn Sie nen Radio reparieren?

2: Bitte, wie meinen?

B: Rechts hinüber, bitte, Hochfrequenztechnik.

Summen

B: Sparte?

3: Soziologie, Sozialpsychologie, Kommunikationswissenschaften, Randgruppentherapie, analytische und vergleichende . . .

B: Also Juso.

3: Na, hören Sie mal. Ich bin in der Gewerkschaft.

B: Nach links bitte zum Durchleuchten.

Summen

B: Sparte?

4: Punktuelle Stimulanz.

B: Olala. Bisheriges Arbeitsgebiet?

4. Serviererin im Frühschoppen.

B: Nachgewiesene Dienstjahre?

4: Fünfzehn.

B: Gut, Sie übernehmen den ARD Weinkeller. Hier sind die Schlüssel.

4: Danke, Sie sind zu gütig.

B: Den Vertrag müssen Sie gut aufheben. Er ist vererbbar. Die Sendung läuft noch eine Weile.

4: Stimmt es, daß der Höfer schon seit einem Jahr gedoubelt wird?

B: Na, hören Sie mal! Der Nächste bitte!

Summen

B: Der Nächste bitte . . .

5: Grüß Gott . . .

B: Sparte?

5: Hörspiel.

B: Genre?

5: Progressiv.

B: O-Ton oder Kunst?

5: O-Ton, dokumentarisch . . .

B: Ü-Wagen, dritte Schicht.

Summen

B: Name?

6: Siebeck.

B: Vorname?

6: Wolfram.

B: Sparte?

6: Internationale Spezialitäten.

B: Waaas?

6: Haute Cuisine.

B: Kantine, Abteilung Rohkost!

Konkret 04/75, S. 53

Post

Im Nachgang zu der kleinen Kontroverse zwischen Hermannn L. Gremliza und mir, wo es unter anderem um die Frage ging, ob ein „Linker" im „Playboy" veröffentlichen darf, möchte ich darauf hinweisen, daß in der Januar-75-Ausgabe des „Playboy" ein Beitrag des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies erschienen ist. Da dem Vorsitzenden der größten marxistischen Arbeiterpartei der Bundesrepublik, im Gegensatz zu mir, unmöglich unterstellt werden kann, er unterstütze Heinrich Bauer und dessen Redaktionsdirektor Heinz Loosecat, der seinerseits mit CSU-Gesellen kollaboriert, und da Herbert Mies, wieder im Gegensatz zu mir, sicher mehr bezweckt als nur schöne Formulierungen unters Volk zu bringen; und da schließlich Herbert Mies wegen seines Gastspiels im „Playboy" nicht gerügt worden ist, muß ich annehmen, daß er die Porsche fahrenden und Tennis spielenden Massen agitieren wollte - eben im „Playboy". Wo denn sonst.

Henryk M. Broder,

Köln

Sie halten sich für wohlmeinend, aber Sie können offensichtlich nur in der Negation über Frauen schreiben und nur mit der Assoziation „Kochtöpfe". Die Frau und der Jude - das Negative an sich. „Die dauernde Beleidigung unserer (besitzanzeigendes Fürwort!) Frauen" findet in Ihrem Herrenblatt permanent statt - und Sie sind so abgebrüht und kaltschnäuzig, daß sie gar nicht merken, wie sehr Sie gegen Frauen hetzen, besonders gegen die kritischen, nämlich Feministinnen. Wie sehr Sie Frauen demütigen, beleidigen, erniedrigen in einem Ausmaße, wie Sie das bei keiner anderen ausgebeuteten Klasse zu tun wagen. So wurde in KONKRET 2/75 eine sehr kämpferische Frau der Frauenbewegung „Leitaffe" genannt (von Herrn Piwitt), und ein Protestbrief von mir wurde selbstredend nicht abgedruckt. Welcher Unterschied besteht da eigentlich zwischen KONKRET und der „Frankfurter Allgemeinen"?

„Wir (d. h. wir Männer) wissen nicht, wie schlecht es euch geht" - wirklich? Können Sie lesen? Es wird zwar das meiste von Frauen nicht gedruckt, aber einiges gibt es doch zu kaufen. Wenn Sie Augen hätten zu sehen und Ohren zu hören, würden Sie um sich herum verstümmelte, total verelendete, verzweifelte Frauen sehen. „Sagt es uns" - wenn es keine leere, billige, heuchlerische Phrase sein soll, dann stellen Sie uns Frauen aus der Frauenbewewegung 1 Jahr KONKRET und die Redaktion als Produktionsmittel zur Verfügung - einschließlich Ihres Gehaltes! Dann können wir das schlimmste und grauenhafteste sagen. Wir bekommen kein Buch, keinen Artikel, keinen Leserbrief gedruckt -wir werden diffamiert von rechts bis links.

H. Schröder,

Göttingen

Der Artikel von Huffschmid ist sehr zu begrüßen. Von plakativen - agitatorisch notwendigen - Sprüchen (Nehmt den Konzernen die Profite! u. ä.) allein ist nämlich keine sozialistische Wirtschaftspolitik zu machen, geschweige denn sind damit erste Schritte in unsere Wirtschaftsunordnung einzubringen. Also weiter mit konkreter linker wirtschaftspolitischer Aufklärung - es ist nötig! Unter „Linken" ist nämlich Ökonomie häufig ein Leerfach.

Günther Mayer,

Norderstedt

In KONKRET 2/75 findet sich der „Standpunkt der Sowjetunion" zu Straußens Chinareise von Wladen Kusnezow. Kusnezow spricht von „diktatorischen Allüren". Hätte der Autor Marx und Lenin gelesen, wäre ihm klar, daß dies kein Berührungspunkt ist. Strauß will die Diktatur der Bourgeoisie stärken und verteufelt die proletarische Bewegung. In Peking hingegen wird die Diktatur des Proletariats aufgebaut. Kontakte zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten beurteilt die Sowjetunion danach, wie weit sie der Entspannung und Zusammenarbeit dienen. Dies ist ein Standpunkt. Ein anderer -und zwar marxistischer -Standpunkt ist es, eine Politik danach zu beurteilen, ob sie der proletarischen Bewegung nützt oder nicht, Schon diese beiden Standpunkte der Sowjetunion zeigen, wie weit sich Moskau von einer marxistisch-leninistischen Politik - zu welcher sie sich de verbo immer wieder bekennt -entfernt hat. Inder Betrachtung politischer Fragen nimmt die SU einen kleinbürgerlichen Standpunkt ein.

Karl Hanz,

Furtwangen

Die Artikel von Peggy Parnass und Martin Buchholz liefern stets Anregung zur Auseinandersetzung. Das macht wohl deren offene und direkte Schreibe. Macht bloß weiter so. Ihr füllt eine echte Lücke.

Karin Racherbäumer,

Geesthacht

Der Leserbrief von H. G. Müller aus Heidelberg zur Funktion von Norbert Blüm ist bis auf einen Punkt richtig: In linken Zeitschriften singt er eben nicht das Lied von FJS, wie aus seinem Beitrag „Weder liberal noch gar sozial", KONKRET 2/75, deutlich zu ersehen ist. Wenn nämlich ein CDU-Mann behauptet, daß das „Darwinsche Gesetz" („die großen Fische fressen die kleinen Fische") in der Wirtschaft jetzt fröhliche „Urstände" feiert und die „Großen größer, die Starken stärker und die Reichen reicher" werden, dies sei das „Ergebnis" quasi ausschließlich sozialliberaler Konjunkturpolitik, dann muß er sich echt die Frage gefallen lassen, ob er den Einführungskurs in die Dynamik marktwirtschaftlicher Systeme geschwänzt hat. Ansonsten kann ich mir auch schwerlich erklären, daß er den Tatbestand, „daß mit den Steuergroschen der Arbeitnehmer die Vermögenspolitik der Kapitalgeber unterstützt wird", als „neue Pointe" entdeckt zu haben glaubt.

Was soll das? Will er dadurch seiner Partei einen progressiven Touch verleihen oder auch noch die letzten SPD-Linken (ob so einer rechten Wirtschaftspolitik) ins Fahrwasser der DKP treiben - denn damit wären sie ja erstmal weg vom Fenster. So berechtigt seine Kritik am Konjunkturprogramm der BR auch ist, sein Alternativ-Rezept (oder das seiner Partei) hätte nicht fehlen dürfen. Der fundierte Huffschmidsche Beitrag gibt da ein gutes Beispiel ab. Doch blanke CDU-Kritik aus der linken Ecke macht mich immer mißtrauisch. Meiner Ansicht nach ist Norbert Blüm entweder 1. ein ganz pfiffiger Oppositionspolitiker, dessen Herz nun eben doch rechts schlägt oder z. ein ehrlicher Linker, der trotz eigener empirischer Erkenntnisse über die Realisierungsmöglichkeiten seiner Vorstellungen innerhalb der CDU sich immer noch Illusionen hingibt oder einfach partout nicht wahrhaben will, daß er mißbraucht wird.

Geron Mohr,

Wildeck-Bosserode

Konkret 04/75, S. 54

Heiner H. Hoier, Detlef Michelers

Rasierklinge

Provo oder bravo

Ein hysterischer Abklatsch zu diesen Seiten.

Lange harpunierten wir damit herum. Der Spruch der sieben Waisen, die neuen Rahmenrichtlinien des Molkereigewerbes, die Frage, ob der Nachbar unsere Klingel mitbenutzen darf und manches weitere mehr. Alles wollte beurteilt sein. Sollte in unseren Köpfen zu der großen, alles umfassenden Linie verarbeitet werden, um das Konzept für diese Doppelseite zu finden.

Kleben wir also unsere Karten unter den Tisch. Was wollen wir? Diese Doppelseite wird in Zukunft die Aufgabe haben, den Menschen als schicksalentbundenes Stimmvieh auf die Almen der politischen Transzendenz zu führen. Geradeheraus gesagt, dem Menschen in der schlichten Würde eines Fahrstuhls mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das familiäre Fiaker-Dasein zu motorisieren, ja, die Allgewalt von Ebbe und Flut in die entlegensten Talsperren unserer Republik zu transportieren. Aus diesem Grund werden wir ihnen Monat für Monat an dieser Stelle auflauern, um ihnen in Kilt und Cord über die schnasseligsten, liederlichsten und schnodderigsten Ereignisse zu berichten. So wie unser Leitbild Johannes Brass in seinem „Leitfaden für den verhobenen Mechaniker" bereits schrieb: „... so ist das Wissen um die Arbeit, als Möglichkeit, seinen Schaffensdrang einem höheren Ziel unterzuordnen, auch für den Mechaniker keine abgehobene Zielverirrung, sondern . . .

Auf ewig mein,

Euer D. Michelers

Aus Buch und Umschlag

„Gott hat es verloren, und Erwin hat es nicht wiedergefunden." Unter diesem schlüpfrigen Ausspruch steht das neueste Meisterwerk von Richard Taubhuhn, einem Autor, der uns durch seinen Stil und seine Brillantine schon seit langem ein Dorn im Ohr ist. Das vorliegende Werk umfaßt diverse Seiten, die alle bedruckt sind. Auf jeder Seite steht was anderes, und man muß sich wirklich einmal fragen, wie da der Setzer wohl durchgefunden hat. Kein Wunder also, daß bei den letzten Tarifverhandlungen von der IG Druck & Papier Tariferhöhungen von bis verlangt wurden.

Doch zurück zum Roman. Zusammenfassend kann man sagen, es ist ein Buch. Nicht mehr und nicht weniger, und das besagt in unserer heutigen Zeit schon eine Menge, wo jeder Hanswurst es sich herausnimmt, alles Mögliche in Frage zu stellen. Lassen Sie uns deshalb gespannt sein, was uns der Poet demnächst durch den Briefkastenschlitz steckt.

Richard Taubhuhn: Wanke & welke. Autobiografische Notizen aus zwei Jahrhunderten. Verlag Brosamen & Lorbee, Ratzeputz, DM 15,90 bis Seite 100, danach pro Seite 0,25 DM.

Hurra!

„Wer hätte das gedacht?" „Wie haben wir das gemacht!" So und ähnlich klangen die Überschriften in der Regen- und Nebelbogenpresse in den letzten Tagen. Denn die tapferen deutschen Frauen vom Jungbrunnenthal konnten befreit werden. Wochenlang mußten sie eine Fabrik besetzen, weil der Fabrikant vorübergehend nicht in der Lage war, dies und das zu bezahlen. Eine kleine, ungemein radikale Minderheit hatte daraufhin die Werksanlagen besetzt, die Frauen unter Androhung zur Weiterarbeit gezwungen und ihnen sogar noch weiterhin wöchentlich den Lohn ausgezahlt! Es ging sogar so weit, daß der Besitzer von dem erarbeiteten Geld keinen einzigen Pfennig sah!

Damit ist nun Schluß. Fünf Hundertschaften unserer Polizei umstellten in einem dichten Kordon das Gebäude. Unser Bild zeigt, wie die Frauen winkend, lachend und mit Freudentränen in den Augen die Fabrik verlassen, um in eine bessere Zukunft zu gehen.

Wie ich meinem Biber das Pfeifen beibrachte

Von unserem Inquisitor Justus Lieblich.

Wir kennen sie alle, diese jungen Burschen, in ihren meist ungepflegten, übel riechenden Pullovern, die mit Regenschirmen bewaffnet unsere Straßen unsicher machen, mit ihren langen schmierigen und zotteligen Haaren, in den erbsensuppenfarbenen Parkern, die dauernd versuchen, unser System, das, was wir geschaffen haben, zu verändern. Denn stellen wir doch einmal die Frage „après de la vie" und „avant la bataille", wovon sie wohl leben, wer es ihnen ermöglicht, auf den Schulen und Unikaten einen faulen Lenz bis Frühling zu schieben? Na, wer wohl? Eben!

Doch lassen sie uns bei aller überwollenden Kritik nicht vergessen, auch wir waren einmal jung, haben Widerworte gehabt, mal über die Stränge geschlagen. Ich denke da immer wieder gerne an eine Episode aus meinem Elternhaus, als ich eines Tages ein wenig mehr Taschengeld haben wollte. Ich bekam damals 1,50, und das war eigentlich eine Menge Geld. Nun wollte ich mir jedoch meine ersten Seidenstrümpfe mit Naht kaufen. Und daran entzündete sich der ganze Streit. Mein Vater meinte, für einen Buben in meinem Alter sei das nicht das Richtige. Wieso ich mir keine Fußballstutzen kaufen wollte. Was ich nicht sagen wollte, war, daß ich gerade meinen ersten Freund hatte, und er war völlig vernarrt in meine Waden. Was soll ich groß sagen, ein Wort gab das andere, wir standen uns Auge in Auge gegenüber, und ich focht bis zuletzt. Auf jeden Fall kann ich von meiner Generation her eins sagen: feige waren wir nicht. Wir standen unseren Mann, von Angesicht zu Angesicht, auch wenn es manchmal bitter war und hart herging.